Deutscher Reporterpreis 2014

Die 8 nominierten Texte in der Kategorie „Beste politische Reportage“

Seite

1) Würger, Takis, Fünf Mann und eine Revolution (0006) 03

2) Seibt, Constantin, Mehr Punk, weniger Hölle! (0044) 14

3) Löwisch, Georg; Magnis, Constantin; Marguier, Alexander; Schwennicke, Christoph, Die Stunde Null (0079) 27

4) Willeke, Stefan, König Jochen (0340) 41

5) Alexander, Robin, Aktion Schreibtisch (0552) 57

6) Osang, Alexander, Abflug (0821) 62

7) Vogelsang, Lucas, Deutsche Vita (0866) 70

8) Wagner, Lorenz; Hagelüken, Alexander, Freut euch nicht zu früh (0947) 77

Fünf Mann und eine Revolution

Vom Aufstand in der Ukraine sieht die Welt vor allem die Bilder aus Kiew. Der Kampf um Freiheit aber durchzieht das Land. In Lemberg blockieren junge Menschen einen Baumarkt, beten gen Westen und hoffen auf einen neuen Staat.

Von Takis Würger, Der Spiegel, 24.02.2014

Als der Feind Feierabend macht, nimmt Andrej seine Mütze vom Kopf, richtet den Blick Richtung Europa und betet für die Zukunft der Ukraine. Es ist Nacht, minus 15 Grad Celsius, und an dieser Straße außerhalb der Stadt Lemberg drängen sich Andrej und seine Freunde nahe an eine Öltonne, in der so viel brennendes Holz steckt, dass sie glüht. Die Männer beten, weil sie Angst haben. Sie werden jeden Tag gewarnt, der Feind werde anrücken, und sie sind sich sicher, dass das stimmt. Sie wissen nur nicht, wann.

Hinter Andrej türmt sich mannshoch eine Barrikade, die er und seine vier Freunde errichtet haben. Reifen von alten Lastwagen stapeln sich dort und Säcke aus Plastik, in die die Männer Schnee geschaufelt haben. Vor dem Bollwerk haben sie einen zweiten Verteidigungsring angelegt und Holzpaletten aufgestellt, als erwarteten sie den Angriff schwerer Reiter. Hinter den Barrikaden erhebt sich gegen den Nachthimmel ein Gebäude, so groß wie ein Flugzeughangar. Auf dem Dach steht in königsblauen Buchstaben der Name einer Firma geschrieben: ЕПІЦЕНТР. Auf Deutsch heißt das: Epizentrum. Das Epizentrum ist ein Baumarkt.

Andrej blockiert einen Baumarkt, weil er glaubt, dass dieser Markt zum Firmenimperium der ukrainischen Präsidentenfamilie gehöre. Er glaubt, wenn er verhindert, dass Menschen in diesem Baumarkt Wandfarbe und Parkettboden kaufen,

schade er damit dem Präsidenten Wiktor Janukowitsch. Die Blockade ist sein Beitrag zum Protest.

Andrej betet zehnmal das Ave-Maria und einmal das Vaterunser.

"Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen. Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen. Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden."

Es geht um viel am Rand der Landstraße in Lemberg, dieser 700 000-Einwohner-Stadt, die auf Ukrainisch Lwiw heißt. Es ist weniger kriegerisch als in Kiew, wo Panzer auffahren und Menschen sterben. Aber es geht um dasselbe: um Freiheit.

Andrej sagt: "In Filmen gibt es manchmal ein Happy End, in dieser Geschichte gibt es nur ein End."

Er ist 28 Jahre alt, arbeitet auf dem Bau, ist groß und hager, und in seinen Bewegungen liegen die Präzision und Unruhe eines austrainierten Boxers. Alle Kleidungsstücke, die er trägt, sind schwarz. Unter seiner Mütze schauen zwei wache, blaue Augen in die Nacht.

Es gibt nur einen unter den fünf Männern auf dieser Blockade, der noch furchterregender wirkt. Ein kleiner, kräftiger Mensch, den alle nur "Bosch" nennen, weil er arbeitet wie eine Maschine von Bosch. Ein einziges Mal zeigt Bosch in den fünf Tagen, die wir mit ihm verbringen, eine nennenswerte Gefühlsregung, es geschieht, als er beim Holzhacken das Beil so hart schwingt, dass ein Holzkeil durch die Luft fliegt und knapp neben meinem Kopf auf den Boden schlägt. Da lacht er.

Es ist Anfang Februar, Andrej, Bosch und drei weitere Freunde blockieren den Baumarkt seit zwei Wochen und warten seitdem jeden Tag auf den Angriff. Sie erinnern an die Aktivisten der Occupy-Bewegung, die monatelang vor Banken kampierten und die Abschaffung des Kapitalismus forderten. Irgendwann bauten die Demonstranten die Zelte ab und gingen heim. Das Geld hatte gesiegt.

Das Geld in der Ukraine gehört wenigen Menschen, und die Familie von Wiktor Janukowitsch hat viel davon. Der Präsident war früher ein Automechaniker aus

Donezk, zweifach vorbestraft, einmal wegen Diebstahls, einmal wegen Körperverletzung. Heute besitzt er einen Helikopter und einen Palast am Schwarzen Meer. Er hat sein Geld vor allem durch eine Holding angehäuft, die sein Sohn Alexander führt, ein gelernter Zahnarzt. Die Zeitschrift "Forbes" schätzte das Vermögen des Sohnes im vergangenen Jahr auf 500 Millionen Dollar.

Es ist nicht bekannt, ob die Firma Epizentrum mit ihren über 40 Baumärkten tatsächlich der Familie Janukowitsch gehört. Allerdings ist die ehemalige Besitzerin der Baumarktkette Mitglied der Janukowitsch-Partei. Unabhängige ukrainische Zeitungen berufen sich auf Insider, die sagen, dass 85 Prozent des Unternehmens dem Präsidenten gehörten. Andrej genügt das, als Beleg.

In Lemberg öffnet das Epizentrum um acht Uhr morgens seine Türen. Auf dem Parkplatz parken wenige Autos. Sie sind durch den Hintereingang vorgefahren, durch die zweite Zufahrt. Andrej sagt, er habe zu wenige Männer, um auch die zweite Zufahrt zu blockieren.

Die Blockade ist also eine halbe Blockade. Wer im Epizentrum Holzbeize kaufen will, fährt einmal um den Block, nimmt den Hintereingang und kauft Holzbeize. Die Blockade ist nur ein Symbol.

Bosch lebt als einziger der Männer dauerhaft auf der Barrikade, er schläft in seinen Schlafsack gehüllt auf einer selbstgezimmerten Bank. Andrej fährt jede Nacht für ein paar Stunden nach Hause. An diesem Morgen ist er auf einer Bank in einem Verschlag bei der Barrikade eingeschlafen. Bosch sitzt daneben und schaut wach in die Morgensonne wie ein Wolf, der ihn beschützt.

Warum das alles für ein Symbol?

Das fragt man sich, wenn man diese erschöpften Männer betrachtet. Wenn man mit ihnen gefrorenen Speck und malziges Kümmelbrot teilt. Wenn man die Kälte spürt, die einem den Rotz in der Nase gefrieren lässt. Wenn man Andrejs rußverschmierte rechte Hand betrachtet, an deren Mittelfinger ein Ring steckt, auf dem der Erzengel Michael einem Drachen seine Lanze in den Rachen rammt.

"Irgendwer muss es tun", sagt Andrej. Er ist wach geworden und trinkt einen Kaffee mit zwei gehäuften Esslöffeln Zucker, den er über dem Feuer der Öltonne gekocht hat. "Wir bleiben bis zum Ende."

Die Proteste in der Ukraine begannen Ende November, als Janukowitsch einem Abkommen die Unterschrift verweigerte, das eine Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union regeln sollte. So eine Zusammenarbeit hätte ukrainischen Produkten den Weg auf den europäischen Markt erleichtert, aber auch die veraltete Wirtschaft der Ukraine der Konkurrenz Westeuropas ausgesetzt. Als Janukowitsch das Abkommen scheitern ließ, gingen ein paar junge Menschen aus Protest auf die Straße. Die ersten Versammlungen erinnerten an eine Studentenparty. Auch in Lemberg, das im Westen der Ukraine liegt, demonstrierten die Menschen, und Andrej demonstrierte mit. Er sagt, er interessiere sich nicht für die EU, aber für die Menschen.

Janukowitsch schickte seine Polizisten zu der Demonstration in Kiew und ließ die Menschen zusammenschlagen. Die Party war vorbei. Sie wich einer Wut, die dazu führte, dass mehr Demonstranten kamen, die Barrikaden errichteten. Dann passierte für einige Wochen wenig, und als ein paar Hooligans in Kiew nervös wurden, kippten sie Benzin in Flaschen, zündeten diese an und warfen sie auf Polizisten. Andrej fuhr Ende Januar nach Kiew und warf mit. Er trug eine schusssichere Weste und einen alten Militärhelm.

Er hatte Glück in Kiew. Vor seinen Füßen explodierte nur eine Blendgranate der Polizei. Er hat noch Schorf von Wunden an der Nase, die die Splitter gerissen haben.

Als Andrej damals auf dem Maidan stand, hörte er sich Reden an, bis es ihm langweilig wurde, sagt er. Im Auto auf der Rückfahrt von Kiew sagte einer der Reisenden: Warum blockieren wir Janukowitsch nicht da, wo er das Geld herbekommt? Was ist sein größtes Business in Lemberg? Einer googelte auf seinem Smartphone und fand auf irgendeiner Seite das Epizentrum. Nachts schleppten sie die Autoreifen und Holzpaletten vor den Eingang und versperrten ihn.

Warum das alles für ein Symbol?

Janukowitsch sieht seine Rettung eher in Moskau als in Brüssel. Er ist Putin näher als dem Europäischen Parlament. Aber in der Westukraine leben viele

Menschen, die Geschichten erzählen wie Marija, die Großmutter von Andrej, die sagt: "Russen sind Verbrecher."

Marija ist 89 Jahre alt, geboren im Jahr 1924. Als sie sechs Jahre alt war, zwang Stalin die ukrainischen Bauern dazu, in Kollektivwirtschaften zu arbeiten. Sie mussten ihr Getreide abgeben. Drei Millionen Menschen verhungerten, so viele Menschen, wie in Berlin leben. Marijas Mutter weigerte sich, in der Kollektivwirtschaft zu arbeiten, da schlugen ihr Parteikommissare so lange auf die Nieren, bis sie starb, so erzählt es Marija.

Die Angst vor dem Einfluss der Russen treibt viele Menschen in der Westukraine auf die Straße. Diese Angst treibt Andrej an. Die Angst und die Wut über die Armut und Korruption.

Andrej und seine Freunde erzählen, es koste 100 Dollar, die ein Ukrainer an den Professor zahlen müsse, wenn er ein juristisches Examen mache. Wenn ein Ukrainer Auto fährt, fürchte er die Kontrollen von Verkehrspolizisten, die behaupten, er sei über eine rote Ampel gefahren, auch wenn es keine Ampeln gibt. Die Korruption geht einher mit Armut. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf liegt bei 3900 Euro im Jahr, das ist weniger als ein Zehntel der deutschen Wirtschaftsleistung pro Kopf. Andrej sagt: "In diesem Land ist nur Geld wichtig, du kannst niemandem trauen."

Es ist Mittag geworden auf der Barrikade. Ab und zu schlüpfen Menschen daran vorbei und gehen einkaufen. Sie tragen später Plastiktüten an der Barrikade vorbei und schauen Andrej nicht in die Augen. Eine Zeitlang hatte er auch den Fußweg zum Baumarkt blockiert, aber dann sah er, wie Menschen versuchten, über den Zaun zu klettern.

Von innen sieht der Baumarkt aus wie ein Obi oder Hornbach. Nur die vielen Sicherheitsleute erinnern daran, dass man sich in der Ukraine befindet.

Wir hatten darum gebeten, den Chef des blockierten Marktes zu sprechen, aber der Pressesprecher der Firma sagte, dass das nicht möglich sei. Treffen dürfen wir stattdessen Irina Zinko, die einen anderen Epizentrum-Baumarkt in Lemberg führt, eine elegante Frau mit Lipgloss und einer funkelnden Kette aus Rotgold und Diamanten. "Nicht echt", sagt Zinko.

Sie beginnt das Interview mit einem Verweis auf die Bibel und sagt: "Wenn du Gutes tust, erwarte nicht, dass die Leute dich preisen." Dann sagt sie, die Firma sei nicht politisch involviert, sie wisse auch nicht, warum alle sagen, sie gehöre zu Janukowitsch. Sie könne nur sagen, wie viel Gutes diese Firma tue. Sie finanziere den Angestellten Urlaub in der Türkei, und sie unterstütze die ukrainische Nationalmannschaft der Gewichtheber.

Welche Verbindung hat das Epizentrum zu Janukowitsch, Frau Zinko?

"Ich will nicht darüber reden."

Was ist Ihre eigene Meinung zu den Protesten?

"Ich will keine Erklärung über Politik abgeben. Wir wollen, dass die Bürger die besten Materialien zum Bauen haben."

Dann bittet Irina Zinko zu einer Führung durch ihren Baumarkt. Der Markt misst 28 000 Quadratmeter, er ist größer als ein Eishockeystadion. Zinko sagt, es arbeiteten 28 Putzfrauen ständig daran, den Markt sauber zu halten.

Über Andrej und seine Freunde sagt sie, das seien junge Leute, die nicht wüssten, was sie tun. Von der glattgewienerten, warmen Welt im Innern des Epizentrums aus betrachtet wirkt die Barrikade wie eine Müllhalde, und Andrej und seine Freunde erscheinen wie ein Haufen rußverschmierter Heckenpenner.

Andrej, der Junge vom Bau, hat Kernphysik studiert. Er bekam dafür ein Stipendium der Universität, sagt er, weil seine Noten so gut waren. Nach seinem Abschluss an der Universität vermittelte einer seiner Professoren ihm den ersten Arbeitsplatz. Er arbeitete ein Jahr im Management einer Elektronikfirma und versuchte dann, eine eigene Firma zu gründen, die Waren aus China importiert. Er beauftragte einen Händler damit, Waren zu kaufen. Der Händler betrog ihn, und weil Andrej die Polizei als eine Bande Verbrecher erlebt hatte, zeigte er den Händler nie an. Er eröffnete einen kleinen Lebensmittelladen vor dem Haus seiner Eltern, aber er ging fast pleite, weil ständig Kontrolleure vom Staat vorbeikamen, die Schmiergeld haben wollten. Nun arbeitet er mit seinem Bruder zusammen als Handwerker. Andrej hat die Ukraine nie verlassen und nie das Schwarze Meer gesehen. Eine Arbeit als Physiker findet er nicht, weil er dafür, so sagt er, Geld brauchte oder Kontakte. Wäre er in

Deutschland geboren, würde er wahrscheinlich Karohemden tragen, Audi fahren und für die erste Eigentumswohnung sparen. Aber Andrej ist Ukrainer, 28 Jahre alt, fürchtet sich, seinen Nachnamen zu nennen, und wohnt in seinem Kinderzimmer im Haus seiner Eltern.

Er trinke nur dreimal im Jahr Alkohol, sagt er. "Nachladen" nennt er das. Er müsse alle paar Monate sein Gehirn ausschalten, sonst würde er durchdrehen.

Andrej erzählt seine Geschichte im Innern der Barrikade vor der Öltonne. Zuvor hat er versucht, mit einer Axt das Eis aufzubrechen, das wie Beton auf diesem Land liegt. Sein Freund Oleg, einer der Demonstranten, kommt angelaufen und sagt: "Sie werden angreifen." Jemand habe ihn gewarnt, dass die Sicherheitsleute die Barrikade an diesem Tag zerstören wollen.

Andrej zieht sein Telefon aus der Tasche und ruft nacheinander seine Freunde an. Er sagt bei jedem Telefonat ungefähr den gleichen Text: "Du hast gesagt, dass ich mich melden soll, wenn was ist. Alle haben uns aufgegeben. Du hast gesagt, du würdest kämpfen. Wir versuchen, unsere Kämpfer zu sammeln. Wenn du kommen kannst, komm."

Nach und nach treffen junge Männer bei der Barrikade ein. Andrej begrüßt sie mit den Worten: "Ruhm der Ukraine", und die Männer antworten: "Ruhm den Helden". Es ist der Gruß der Ukrainischen Aufstandsarmee, Kämpfer, die mit der Wehrmacht kollaborierten und später als Partisanen gegen die Deutschen und gegen die Rote Armee kämpften. Andrejs Großvater war einer dieser Partisanen. Die Sowjets nahmen ihn gefangen und deportierten ihn nach Sibirien.

Andrej steht vor der Barrikade wie ein General und haut seine Fäuste abwechselnd in die Handflächen seiner Lederhandschuhe. Als es keiner seiner Freunde hört, sagt er, dass er nie Gewalt gegen die Sicherheitsleute des Epizentrums anwenden würde. Das seien seine ukrainischen Brüder. Wenn sie wirklich angreifen, werde er danebenstehen und zuschauen.

Oleg bekommt alle paar Minuten einen Anruf von einem Menschen, der ihm sagt, dass die Lemberger Opposition auseinanderfalle. Angeblich habe ein Anführer der Protestbewegung gesagt, dass Andrej und seine Freunde zu radikal seien. Andrej

steht zwischen den eintreffenden Menschen und Nachrichten wie in einem Haufen Scherben.

Dieser Protest folgt keinem Plan. Es kann jederzeit alles passieren. Die Bewegung kann erlahmen oder eskalieren.

Es gibt auf dem Maidan nicht die Opposition, sondern Dutzende verschiedener Gruppen und vermutlich ebenso viele Männer, die von sich sagen, sie seien der Chef. Sie haben das gemeinsame Ziel, Janukowitsch zu stürzen, aber damit endet die Gemeinsamkeit. Es gibt Anarchisten, Kommunisten, es gibt die Anhänger von Julija Timoschenko und die nationalistische Swoboda-Partei, die gute Kontakte zur NPD pflegt, es gibt einen Boxer, es gibt Hooligans des FK Dynamo Kiew, eine Neonazi-Gruppe mit dem Namen "Weißer Hammer", es gibt die Geschäftsleute aus Odessa, die mehr Wettbewerb wollen, und ein Bataillon von Veteranen des sowjetischen Afghanistan-Krieges.

Anarchie hat Tradition in der Ukraine. 1917 schuf der Bauernsohn Nestor Machno dort eine anarchistische Volksbewegung. Die Rote Armee zerschlug die Bewegung später und jagte Machno aus dem Land.

In Lemberg stürmten Demonstranten im Januar den Sitz des Regionalgouverneurs und zwangen ihn, eine Rücktrittserklärung zu unterschreiben. Im Moment weiß niemand so genau, wer im besetzten Regierungsgebäude das Kommando hat. Der Bürgermeister von Lemberg jedenfalls schloss sich den Demonstranten an. Manche Lemberger sagen, ein ehemaliger Angestellter der ukrainischen Eisenbahn sei der wirkliche Chef, andere sagen: "Ich bin der Chef."

Ein ukrainisches Sprichwort aus der Tradition der Kosaken lautet: Hast du zwei Ukrainer, hast du drei Anführer.

Wenn Andrej einen Satz über einen Politiker sagt, beginnt er mit den Worten: "Ich will nichts Schlechtes über ihn sagen, aber ..." Andrej traut keinem der Politiker auf dem Maidan. Wenn man ihn fragt, was er von Vitali Klitschko halte, sagt er, Klitschko sei ein guter Boxer.

Andrej hat keine Antwort auf die Frage, wie dieses Land regiert werden soll, er weiß nur, dass es nicht so regiert werden soll wie im Moment und dass er Russland

fernbleiben will. Er weiß allerdings auch, dass im Osten der Ukraine Millionen Russen leben und auch Millionen Ukrainer, die als Muttersprache Russisch sprechen. Und er weiß, dass es dort Städte gibt, in denen kaum jemand gegen Janukowitsch demonstriert und sich viele Menschen wünschen, endlich ans russische Reich angeschlossen zu werden. Die Ukraine liegt geteilt in Ost und West wie auf zwei tektonischen Platten.

Andrej sagt, es gehe um die Ukraine und nicht um Europa. Kiew liegt weniger als zwei Flugstunden von München entfernt, aber es dürfte schwer werden, sich mit der Mehrheit der Ukrainer auf Werte zu einigen, die in München gelten. Die Rassisten vom "Weißen Hammer" halten nicht viel von bunten Kulturen, Muslimen und dunkelhäutigen Parlamentsabgeordneten. In den Tagen, die wir in der Ukraine verbrachten, haben wir nicht einen Menschen getroffen, der Homosexuelle gut findet. Unser Übersetzer sagte einmal beim Abendessen: "Wir sind einfach sehr traditionell. Wir wollen nicht, dass die ihre Paraden in unseren Städten machen." Es klingt wie ein Satz, den Wladimir Putin sagen könnte.

Einer der Männer, der angab, er sei der Chef der Lemberger Protestbewegung, sagte: "Wir wollen die Wirtschaft aus der EU, aber nicht die Werte."

Am Freitagmorgen stürmen die Mitarbeiter des Epizentrums die Barrikaden. Es sind vielleicht hundert Leute, die aus dem Eingang des Baumarkts strömen und über den Parkplatz laufen. Sie tragen Schilder in den Händen, auf denen steht: "Gebt den Kunden die Wahl" oder "Die Arbeiter des Epizentrums sind gegen Gewalt". Jemand vom Epizentrum hat die lokalen Fernsehsender informiert, und so filmen vier Kameraleute, wie die Angestellten über die Barrikaden herfallen. Andrej schaut den Menschen entgegen. Seine Lippe zittert.

Die Menschen bauen sich vor Andrej und seinen vier Freunden auf. Sie schreien, aber niemand fasst die Barrikade an. Eine der Angestellten brüllt Andrej ins Gesicht: "Wir kriegen kein Geld mehr, wenn die Barrikaden bleiben. Wir kriegen kein Geld mehr." Eine Angestellte gibt den Journalisten ein Interview und sagt, sie habe Andrej und seine Freunde beobachtet und gesehen, wie sie Alkohol aus Flaschen getrunken hätten, und dass das arbeitslose Menschen seien, die für diese Blockade bezahlt würden.

Kameraleute halten Andrej ihre Objektive ins Gesicht. Er sagt: "Wir sind nicht korrupt." Und als die Kameras weg sind, sagt er leise: "Wir haben viel geopfert. Wir haben nichts mehr übrig."

Als die Demonstranten zurück in den Baumarkt gehen und die Barrikade noch steht, fragt Andrej, ob wir ihn nach Hause begleiten wollen. Er stellt uns seiner Mutter vor und seiner Großmutter Marija, der er die Barrikade verschweigt, weil sie Probleme mit dem Blutdruck hat. Andrej bittet seine Mutter, für uns, die Besucher aus Europa, Borschtsch zu kochen und Wareniki, Teigtaschen mit Kartoffelfüllung. Er zeigt uns seinen Deutschen Schäferhund Rudolph und sein Zimmer, auf dessen Bett eine Decke mit Wolfsmotiv liegt, unter der Andrej von einem besseren Leben träumt. Auf dem Schrank in seinem Schlafzimmer liegt eine Gasmaske, zum Schutz vor dem Tränengas des Staats.

Andrej sagt: "Wir sind nicht da, um etwas in Lemberg zu ändern. Wir wollen das Land verändern."

Andrej geht es nicht um den Baumarkt oder ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Aber es geht ihm darum, so leben zu dürfen wie ein EU-Bürger. Er will für sich selbst sorgen können, er will mit dem Auto fahren dürfen, ohne Furcht, Schmiergeld zahlen zu müssen. Er will in einem Land leben, in dem ein Mann als Physiker arbeiten darf, wenn er Physik studiert hat. Er träumt von etwas Einfachem. Diese Einfachheit gibt den Protesten in der Ukraine ihre Kraft.

Der Protest hat nicht nur ein Epizentrum, nicht das in Lemberg und nicht den Maidan in Kiew. Es gibt viele kleine Epizentren in den Leben der Menschen, die den gleichen Traum haben wie Andrej.

Sie finden, das Volk müsse aufwachen, und dafür müssen manche Menschen Opfer bringen, auf ihr Gehalt verzichten, kämpfen, frieren. Revolutionen werden nicht durch fünf Mann gewonnen.

Die Blockade ist nur ein Symbol. Dieser Satz ist falsch. Die Blockade ist ein Symbol. Vielleicht wird man Andrej und seine Freunde irgendwann Helden nennen.

Am Freitagabend taut es in Lemberg. Das Eis auf der Barrikade schmilzt, und in der Nähe der heißen Öltonne bildet sich ein kleiner Bach, der die Straße entlanggurgelt. Alles fließt.

An diesem Tag bekommt einer von Andrejs Freunden einen Anruf aus der Stadt Stryj, die 70 Kilometer von Lemberg entfernt liegt. Der Anrufer sagt, er wolle seine Solidarität bekunden, und dass er und seine Freunde anfangen werden, den Baumarkt des Epizentrums in Stryj zu blockieren. An diesem milden Freitag wirkt es so, als hätten Andrej und seine Freunde gewonnen. Er sagt: "Wir haben Angst, aber wir wollen keine Angst mehr haben, deswegen sind wir hier."

Am Samstag rücken Sicherheitsleute mit einem Traktor an und zerstören die Barrikade vor dem Epizentrum in Lemberg.

Ein paar Tage später stürmen Unbekannte in der Stadt die Polizeikaserne und die Büros der Staatssicherheit und des Generalstaatsanwalts. Polizisten laufen zu den Aufständischen über. Das Stadtparlament erklärt seine Unabhängigkeit von Kiew.

Andrej und seine Freunde sammeln ihre Ausrüstung zusammen, Schienbeinschoner, Metallschilde, damit sie sich notfalls gegen das Regime wehren können.

Für kurze Zeit waren sie auch im Besitz eines Transportpanzers, den sie aus der gestürmten Kaserne geklaut hatten, aber andere Kämpfer nahmen ihnen den Panzer wieder weg.

Andrej wird seine Gasmaske vom Schrank in seinem Schlafzimmer nehmen. Er will nach Kiew reisen.

Mehr Punk, weniger Hölle!

In Island fand ein einzigartiges politisches Experiment statt: Vier Jahre lang regierten Anarchisten die Hauptstadt Reykjavik. Und diese Amateure haben Erstaunliches vollbracht.

Von Constantin Seibt, Tages-Anzeiger, 28.05.2014

Als die Stimmen ausgezählt waren, sagte die Premierministerin von Island, das Ergebnis sei ein «Schock». Den Schock teilten an diesem Abend so gut wie alle. Die bisherigen Parteien, weil sie die Wahl verloren hatten. Und die neue Partei, weil sie die Wahl gewonnen hatte.

Ein solches Resultat hatte es noch nie gegeben, nicht in Island, nicht sonst wo auf der Welt. Dabei war Reykjavik eigentlich eine verlässlich konservativ stimmende Stadt gewesen. Das war nun Vergangenheit. Mit 34,7 Prozent hatte die Stadt eine neue Kraft an die Macht gewählt: die Anarchosurrealisten.

Deren Spitzenkandidat, Jon Gnarr, von Beruf Komiker, betrat bleich den tobenden Saal voller betrunkener Anarchisten. Er hob fast schüchtern die Faust und sagte: «Welcome to the revolution!» Und: «Hurra für alle möglichen Dinge!»

Gnarr war nun Bürgermeister von Reykjavik. Nach dem Premierminister war dies das zweitwichtigste politische Amt auf der Insel: Ein Drittel aller Isländer lebt in der Hauptstadt; ein weiteres Drittel pendelt dorthin. Die Stadt ist Islands grösster Arbeitgeber, ihr Bürgermeister der Chef von 8000 Beamten.

Kein Wunder, schockierte das Wahlresultat. Denn Reykjavik steckte tief in der Krise. Der Bankencrash hatte alles gleichzeitig an den Rand des Bankrotts gebracht: Staat, Stadt, Firmen und Einwohner. Und die anarchosurrealistische Partei, getauft «Die Beste Partei», bestand im Wesentlichen aus Rockstars, fast alle ehemalige Punks. Kein Einziger hatte je in einem politischen Gremium gesessen. Ihr Slogan zur Bewältigung des Crashs hiess: «Mehr Punk, weniger Hölle!»

Was war in die konservativen Wähler von Reykjavik gefahren? Jedenfalls zeigten sie Mut. Sie taten am 27. Mai 2010 etwas, wovon sonst alle immer nur redeten: Sie entzogen den Politikern die Macht. Und übertrugen sie den Amateuren.

Und so begann ein einzigartiges politisches Experiment: Wie würden Nicht-Politiker regieren? Wie Punks? Wie Anarchisten? Mitten in der Krise?

Gruppensex

Um die Kühnheit der Wähler von Reykjavik zu würdigen, genügt es, die wichtigsten Wahlversprechen der Besten Partei nachzulesen. Sie versprach:

• Gratishandtücher in den Schwimmbädern.

• Einen Eisbären im Zoo.

• Den Import von Juden, «damit endlich jemand, der etwas von Wirtschaft versteht, nach Island kommt».

• Ein drogenfreies Parlament bis 2020.

• Tatenlosigkeit: «Wir haben ein Leben hart gearbeitet und wollen uns nun vier Jahre gut bezahlt erholen.»

• Ein Disneyland mit wöchentlichem Gratiseintritt für Arbeitslose, «wo sie sich mit Goofy fotografieren dürfen».

• Mehr Nähe zur Landbevölkerung: «Jeder isländische Bauer soll gratis ein Schaf ins Hotel nehmen dürfen.»

• Gratis-Bustickets. (Mit dem Zusatz: «Wir können mehr versprechen als alle anderen Parteien, weil wir jedes Wahlversprechen brechen werden.»)

Entstanden war die Beste Partei aus einem Konzept für eine Sketchsendung. 2008 hatte Gnarr die Figur eines schleimigen Politikers entworfen, der alles versprach. Das Konzept starb, als die Massen nach dem Bankencrash vor dem Parlament demonstrierten: Die Zeiten waren zu ernst für Scherze.

Doch Gnarr mochte seine schleimige Politikerfigur. Er war zwar ein Schurke, aber er war fröhlich. So stellte er ein paar Clips auf Youtube. Die Leute klickten, und

Gnarr entwarf eine Website mit der Parodie einer Partei. Er nannte sie «Die Beste Partei» und warb für sie mit dem einleuchtenden Slogan: «Warum die zweitbeste wählen, wenn Sie die beste haben können?»

Wie es zur Idee kam, damit tatsächlich an den Wahlen teilzunehmen, bleibt dunkel. Gnarr selbst erklärte, nur Kinder glaubten, dass «eine Idee ja einfach so geboren» werde. «Normalerweise haben zwei andere Ideen Sex. In diesem Fall war es Gruppensex.»

Die Hauptbeteiligten der Orgie waren: 1. Die Idee, dass es Spass machen würde. 2. Dass Spass das wäre, was die gebeutelten Einwohner Reykjaviks dringend bräuchten. 3. Der Gedanke: «Bis jetzt haben die Politiker ungefragt in unser Leben hineingefunkt. Warum sollten wir nicht das Umgekehrte tun?» 4. Der Ehrgeiz, ein perfektes Kunstwerk hinzulegen.

Gnarr überzeugte seine Kollegen, sich auf die Wahlliste schreiben zu lassen: zum Beispiel Einar Örn, den ersten Bühnenpartner von Björk, der noch unberechenbarer als sie war. Dann Ottarr Proppe, einen riesigen, belesenen Punk, den Sänger bei der finsteren Heavy-Metal-Band Ham. Und den Bassisten der Band, Björn Blöndal.

Frauen waren schwerer zu überreden. Gnarr fand als Wahlkampfmanagerin eine Politologin, die gerade ihr Studium abgeschlossen hatte, Heida Helgadottir. Und zu seinem Stolz Elsa Yeoman, eine Jüdin mit rauem Humor, wodurch die Beste Partei die einzige war, die «einen ausländisch klingenden Namen» oben auf der Liste hatte.

In den ersten Umfragen erreichte die Beste Partei 0,7 Prozent. Gnarr feierte das im Fernsehen als «Erdrutschsieg». Und tatsächlich war es der Anfang davon.

Der Kandidat

Nichts hatte in Gnarrs Jugend auf Glück oder Erfolg hingedeutet. Er war das späte Kind eines bitteren Paars. Sein Vater war Polizist und Stalinist: Im Briefkasten lag die «Prawda», an der Wand hing das Foto des aktuellen Staats- und Parteichefs der Sowjetunion, wenn auch nur an der Wand des Besenschranks: Gnarrs Mutter war Konservative.

Der Vater wurde als Kommunist nie befördert. Seine endlosen Monologe bei Tisch weckten in dem Sohn tiefe Abneigung gegen Politik. Ausserdem hatte er andere

Probleme: In der Schule fiel Gnarr von Anfang an durch. Die Ärzte deklarierten ihn als zurückgeblieben: Er war klein, schmal, hatte ADHS und Migräneanfälle. Schreiben lernte er erst mit 14. Und bis er die Monate fehlerfrei aufsagen konnte, war er 16. In dem Alter hatte er bereits zwei Selbstmordversuche und eine Laufbahn durch mehrere Schwererziehbarenheime hinter sich.

Alle, er selbst inbegriffen, hielten ihn für dumm. So traf er mit 13 drei Entscheidungen: Er wurde Punk. Er wurde Klassenclown. («Lieber der Clown als nur dumm.») Und er stellte das offizielle Lernen in der Schule ein. Er las nur noch privat. Dafür Tonnen von Büchern: zu Anarchismus, Bruce Lee, Tao te King, Monty Python und Surrealismus.

Gnarr wurde Psychiatriepfleger, Taxifahrer, Bassist bei der Punkband Die tropfenden Nasen, mit 20 Vater, und irgendwann entdeckte er, dass er Musik hasste, aber die Zwischenansagen mochte. Sie wurden länger und länger. Schliesslich wurden die Nebenbemerkungen sein Hauptberuf. Gnarr machte Karriere als Komiker: Telefonscherze am Radio, Stand-up, Kolumnen, Sketche, Fernsehserien.

Komiker war kein auf Island üblicher Beruf. Anfangs wurden seine Söhne in der Schule gefragt, ob ihr Vater geistesgestört sei. Als man sich daran gewöhnt hatte, wurde er berühmt. («Wobei berühmt werden in Island mit 300 000 Einwohnern sehr wenig heisst», wie er sagte. «Du kaufst eine Flasche Milch, und schon bist du berühmt.») Später, im Wahlkampf, verwiesen seine Gegner auf seine Scherze: etwa Gnarrs Parodie, in der er als Hitler die Romantik-CD «No Regrets» vorstellt. Oder seinen Erfolg als glatzköpfiger, egoistischer, aber rührend ungeschickter Stalinist in einer TV-Serie. Wie die Figuren, so der Mann.

Tatsächlich schillerte Gnarr. Beruflich zeigte er eine Vorliebe für mutige Frisuren und alberne Verkleidungen, etwa einen Einteilerbadeanzug. Im Gedächtnis war auch noch seine Konversion zum Katholizismus: Über Monate hatte er ganz Reykjavik mit enthusiastischen Kolumnen auf den Papst und die Kirchenhierarchie genervt, nur um am Ende doch Agnostiker zu bleiben. Anderseits war er Vater von fünf Kindern; er war Buchautor, Komiker und eine feste Grösse am Fernsehen; ein ruhiger Mann mit einem wilden Lachen, immer noch ein Chaot, aber mit einer klugen Frau. Er hatte einen langen Weg hinter sich.

Im Wahlkampf

«Unsere Strategie für den Wahlkampf war, eine komplette Gegenwelt zu entwerfen», erklärte Wahlkampfmanagerin Heida Helgadottir später. «Politik ist von alten Männern dominiert, die rituell Giftpralinen austauschen. Wir dagegen setzten auf Lebenserfahrung, Aufrichtigkeit, Humor. Und wir hatten den perfekten Kandidaten. Jon ist Stand-up-Comedian: gut im Timing und gut im Lesen des Raums. Er beherrschte, worum es bei guter Politik geht: die Wahrnehmung der Umgebung.»

Tatsächlich machte die Beste Partei im Wahlkampf alles anders als andere Parteien: keine Spenden, kein Geld, keine Plakate. Auf den Podien erzählte Gnarr Anekdoten, statt sich mit den anderen Politikern zu streiten. Die Profipolitiker lächelten.

Sie hörten damit auf, als die Beste Partei in den Umfragen auf 10 Prozent stieg. Der Ton schlug um. Man warf Gnarr vor, Lage und Bevölkerung nicht ernst zu nehmen. Auch die Presse hörte auf, die Sache lustig zu finden. In einem TV-Interview wurde Gnarr auseinandergenommen. Nach seinem Standpunkt zum Flughafen gefragt, sagte er: «Ich habe keine Ahnung.» Er verliess das Studio, gedemütigt, mit dem Gefühl, ein Idiot zu sein. Zu seiner Verblüffung gratulierten ihm die Leute: «Endlich einer, der es zugibt!» Bei der nächsten Umfrage erzielte die Beste Partei 20 Prozent.

Und dann folgte das Video, vielleicht das fröhlichste der Politikgeschichte. Es war eine umgetextete und von den Kandidaten gesungene Version von Tina Turners «Simply the Best» – mit einer kurzen, mitreissenden Rede von Gnarr, die mit dem Satz begann: «Mitbürger, es wird Zeit, dass ihr in eure Herzen seht und abwägt: Wollt ihr eine leuchtende Zukunft mit der Besten Partei? Oder wollt ihr Reykjavik in Trümmern?»

Das Video war, wie Ottarr Proppe später sagte, «keine aufwendige Sache. Bei Musikvideos waren wir ja Profis.» Und trotzdem ist es das schönste politische Video, das je gedreht wurde: Wer es sieht, ist danach zwei Stunden guter Laune. Es riss die Leute hin. Es überzeugte sie. Zwei Wochen vor der Wahl stand die Beste Partei bei 38 Prozent.

Das war der Moment, als Gnarr ans Aufgeben dachte. Er fühlte sich müde und fremd. Die Politiker irritierten ihn: Sie machten vor und nach der Debatte Small Talk,

dazwischen beschimpften sie ihn. Er merkte, dass er von den Dossiers keine Ahnung hatte, aber anfing, so zu tun. Er bekam Angst.

Nach Tagen der Depression verkroch er sich in der Badewanne. Dort kamen ihm zwei Gedanken. Der erste: «Die Beste Partei war eine Idee. Sie war gewachsen, also musste ich ihr folgen. Selbst gegen meine Interessen. Sie war grösser als ich. Ich wurde zur Figur im eigenen Stück. Meine Freiheit war zwar passé. Ich war gefangen. Aber neugierig.» Der zweite Gedanke, der ihn überzeugte, war ein Scherz.

Am Tag darauf stieg die Schlussdebatte. Gnarr ging ans Rednerpult und sagte: «Wir von der Besten Partei haben immer gesagt, wir machen es so lange, wie wir Spass haben. Inzwischen ist alles sehr ernst geworden. Hiermit ziehe ich meine Kandidatur als Bürgermeister und die Beste Partei von den Wahlen zurück.» Eine lange Stille folgte. Das Publikum schwieg, die anderen Politiker sahen sich an. Und Gnarr sagte: «Jooooooke!»

Die Zeitungen kommentierten, dass das der letzte Scherz von Jon Gnarr gewesen sei. Die Beste Partei habe alle Glaubwürdigkeit verspielt. Zwei Wochen später gewann sie die Wahl.

Später sagte Gnarr: «Es war ein Wahlkampf, ganz wie der Satz von Mahatma Ghandi: Erst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich, und dann gewinnst du.»

Moderne Wikinger

Klar, der Sieg wäre nicht möglich gewesen ohne den kompletten Zusammenbruch vorher: Am 24. September 2008 ging in New York die Lehman-Bank pleite und eine Woche später Island. Kein anderes Land wurde so schnell, so wuchtig, so hart getroffen. Die drei grössten Banken brachen über Nacht zusammen – sie hinterliessen Schulden, die das Zehnfache des Bruttosozialprodukts betrugen. Die Börse brach um 90 Prozent ein. Der damalige Ministerpräsident Geir Haarde sagte im Fernsehen: «Gott schütze Island!»

Mit den Banken versanken die Leute. Erstens, weil die Banken systematisch Kredite gestreut hatten – so gut wie alle in Fremdwährungen, etwa in Schweizer Franken. Der Zins war so massiv günstiger als bei Krediten in isländischer Krone. Doch

nach dem Crash sackte die Krone ins Bodenlose. Die Schulden schnellten dadurch in die Höhe. Wer einen Kredit für ein Auto aufgenommen hatte, zahlte nun ein Haus ab.

Zudem wurde publik, dass die Banker sich kurz vor dem Crash riesige zinslose Darlehen gegeben hatten.

Island, das weder Kriege noch Bürgerkriege noch Revolten kannte (alle Blutrunst steckt in den Sagas), erlebte Massendemonstrationen, Steine, Feuer, Tränengas. Die Regierung trat zurück. Und mit ihr eine ganze Kultur: In den Jahren zuvor hatten die konservativen Parteien alle Regulierungen abgeschafft. Island wuchs innert weniger Jahre zum Bankenriesen: ein viel gelobtes Land von Wirtschaftsprofessoren, OECD, dem Staatspräsidenten Grimsson, der im Jahr zuvor den Erfolg so erklärt hatte: «Wir sind Wikinger!» Das raue isländische Klima habe den Killerinstinkt der Vorfahren konserviert.

Nun verschwanden Anzüge, Range Rovers, Nobelboutiquen, aber auch Jobs und Altersguthaben aus Reykjavik.

Die Stadt

In normalen Zeiten wäre es ein Vergnügen, Reykjavik zu regieren. Die Hauptstadt Islands wirkt locker wie eine Fronststadt im wilden Westen. Die Häuser sind hastig zwischen breiten Ausfallstrassen gebaut. Und da Baumaterial importiert, also teuer ist, bestehen sie aus einer abenteuerlichen Mischung aus Holz, Beton, Marmor und Wellblech. Keine zwei Häuser haben denselben Stil; keines hat Stil.

Es ist eine junge Stadt. Die Bevölkerung ist deutlich jünger als der Schnitt in Europa. Viele Bars, viel Musik, im Winter endlose Nächte, zusammengefasst: viel Kinder. Da Kinderarbeit bis vor kurzem üblich war, haben die meisten Isländer viele Jobs gehabt: Fischfabrik, Häuser bauen, Journalismus (jeder 7. Isländer schreibt, wie es heisst, ein Buch), Bankchef. Es ist nicht unüblich, wenn man als Direktor gefeuert wurde, wieder Fischer zu werden. «Wir haben viele Hüte auf, das müssen wir: Wir sind so wenige», sagte eine Frau in der Bar: «Isländer sind entspannt, faul, können viel und sind überall Dilettanten. Wir sind Überlebende»

In der Geschäftswelt herrscht das Gesetz der meisten Inseln. Alle kopieren alle. In den 90er Jahren gab es alle paar Meter Videotheken, ab 2000 eine Flut von Edel-

boutiken, heute Outdoorkleidung. Plus Design. Wer etwas anderes will, muss lang suchen.

Kurz: Reykjavik ist eine Stadt, die Fehler ignoriert.

Der Todesstern

Die Beste Partei hatte im Wahlkampf versprochen, im Amt ein erholsames Leben zu führen. Daraus wurde nichts. In der Krise waren die Steuern um 20 Prozent eingebrochen. Die Ausgaben dagegen waren wie in jeder Stadt vertraglich gebunden – fast 95 Prozent des Budgets waren für die Politik kaum veränderbar. Und die Ausgaben stiegen nun rasant: für Sozialhilfe und Arbeitslosengeld.

Dazu entdeckte man, dass die Vorgänger eine Bombe hinterlassen hatten, welche die Stadtfinanzen in die Luft zu sprengen drohte: den städtischen Energiekonzern RE, Reykjavik Energy. Dieser lieferte Strom und Wasser. Das hielt man eigentlich für ein sicheres Geschäft: Nirgendwo ist Energie so billig wie auf Island, dem Land der Vulkane. Hier muss Wasser für das Duschen mitunter heruntergekühlt werden.

Tatsächlich hatte RE Ende der 90er-Jahre ein Problem: Es machte zu viel Profit. Die Stadt setzte zur Lösung ein Management mit Leistungsboni ein. Es leistete ganze Arbeit: Ein Jahrzehnt später hatte der Konzern 2 Milliarden Dollar Schulden.

Im Prinzip hatten sich die Stadtwerke in eine Investmentbank verwandelt: Sie investierten immer grössere Fremdwährungskredite in andere Energiekonzerne, in die Zucht von Riesencrevetten oder in Riesenturbinen für ein Aluminiumwerk, das nie jemand baute.

Wie zum Teufel saniert man so einen Konzern? «Das ist nur ein neuer Job», sagte der Ex-Band-Partner von Björk, Einar Örn. «Wir kamen ja nicht nackt in dieses Amt. Wir hatten Erfahrungen. Ich war Barkeeper. Da musst du nach der Party die Aschenbecher leeren. Ich weiss, wie Dreck aussieht. Es ging einfach darum, das Beste zu tun. Egal, ob politisch rechts oder links.»

Gnarr sagte: «Es gab Sitzungen, Sitzungen, Sitzungen. Aber im Prinzip war die Sache einfach. Der Konzern machte, was er nicht sollte. Sein Zweck war, Strom und Wasser zu liefern. Also mussten wir alles andere loswerden.»

Als erste Partei verzichtete die Beste Partei auf die Sitze im Verwaltungsrat. Und holte stattdessen Experten. Sie feuerte den CEO, dann 200 Leute, schmiss den Konzern aus dem riesigen, finsteren, superteuren Verwaltungsgebäude (es sah aus wie der Todesstern) und erhöhte die Energiepreise.

«Das Problem ist, dass vor allem die wohlhabende Elite wählt», sagte Gnarr. «Deshalb wird die Politik auch für sie gemacht. Money talks, bullshit walks. Als wir den Konzern verkleinerten und die Preise erhöhten, gab es ziemlich viel Druck. Man sagte uns, dass wir bei der nächsten Wahl Ärger bekämen. Da hatten wir als Leute, die gar nicht im Amt sein wollten, einen Vorteil. Ich konnte zurückfragen: ‹Welche Wahl?›»

Das scheussliche erste Jahr

«Ein Jahr», sagte die rechte Hand von Gnarr, Björn Blöndal, ein Mann mit dem Outfit eines Wildwestbankers (Stiefel, Schurrbart, Anzug), der für die schlechten Botschaften zuständig war und deshalb auch «Prinz der Finsternis» genannt wurde. «Ein Jahr brauchst du, bis du Politik begriffen hast. Wenn du dein erstes Budget gemacht hast, dann hast du den Job gelernt.»

Das erste Jahr war schlimm. Die Opposition schoss aus vollen Rohren, die Zusammenlegung der Kindergärten brachte endlose Proteste, die Zeitungen schossen quer und brachten etwa, als Gnarr im Urlaub war, die Schlagzeile «Bürgermeister abgetaucht» oder spotteten, als sich Gnarr zum Zeichen seines Engagements sich das Stadtwappen von Reykjavik auf den Arm tätowieren liess, das sich dann entzündete.

Das Budget war eine harte Kletzelei, besonders, da Kürzungen möglichst vernünftig verteilt werden mussten. «Was mich überraschte, war, wie politische Ideologie funktioniert», erinnerte sich Gnarr. «Als wir das Budget durchrechneten, wurde klar: Ohne Steuererhöhungen geht es nicht. Dadurch wurden wir automatisch der Linken zugerechnet. Und die Rechten tobten. Dabei taten wir nur, was getan werden musste.»

Wu Wei

Eine typische Auseinandersetzung im Parlament lief so:

Der konservative Abgeordnete X: «Wir wollen einen Bürgermeister, der die Fakten kennt! Der keine Anekdoten erzählt! Der uns klare Antworten auf klare Fragen

gibt! Der kein Idiot ist!»

Bürgermeister Gnarr: «Es tut mir leid, dass du mit meinen Antworten nicht zufrieden bist. Deine Einschätzung trifft mich sehr. Umso mehr, weil sie nicht auf Gegenseitigkeit beruht. Wir halten nämlich dich, X, für einen klugen, aufrechten, kompetenten Menschen.»

Eines der Projekte der Besten Partei war, die politische Kultur zu verändern. Was sie vermissten, war Aufrichtigkeit. Gnarr sagte: «Am Anfang dachte ich, die Leute, die mich im Parlament anschreien, sind wirklich empört. Aber das sind sie nicht. Sobald die Kamera aus ist, wollen sie mit dir Bier trinken gehen.» Ottarr Proppe: «Man hat zwei Sprachen. Eine vor, eine hinter der Kulisse. Das kann man sich an keinem anderen Arbeitsplatz leisten. Eine Band etwa würde so keine vier Wochen überleben: Der Punkrocker ist ehrlich. Der Politiker nicht.» Und Einar Örn: «Sagen wir es so. Ich habe unter Politikern keine Freunde gefunden. Denn mit Freunden rede ich über Hobbys. Und das Hobby der Politiker ist die Politik.»

«Ein wenig inkonsequent ist das schon», kommentierte der Journalist Karl Blöndal, Vizechef des konservativen «Mogunbladid»: «Sie sehen die Politik als Theater. Aber sind schockiert vom Theater in der Politik.»

Im politischen Nahkampf benutzte die Beste Partei ein Konzept aus dem Tao Te King, das «Wu Wei»: Nie zurückschlagen, sondern die Attacke ins Leere laufen lassen. Aber die Wertschätzung für den Gegner ausdrücken.

«Erinnert das nicht an die Urchristen im alten Rom?», sagte ich zu Björn Blöndal. «Eigentlich lasst ihr eurem Gegenüber nur zwei Wege offen: Entweder man bekehrt sich zur Sanftheit. Oder man hat den starken Wunsch, euch in die Arena zu den Löwen zu stecken.»

Blöndal lachte: «Ich glaube, sie würden liebend gern die Löwen schicken.»

Die gute Grossmutter

Die Stadtkasse war leer. Also setzte der Bürgermeister auf symbolische Aktionen. Etwa das tätowierte Stadtwappen. Die Forderung an die chinesische Handelsdelegation, Dissidenten freizusetzen. (Sie reiste empört ab.) Den Auftritt in Frauenkleidern der Gay Parade. Den Wettbewerb um die fetteste Katze Reykjaviks als offizielle

Weihnachtskatze. Der Gang an die Wahlurne als Jedi-Ritter. Den Guten-Tag-Tag, angekündigt in einem haarsträubend schleimigen Video, mit der Aufforderung, dass sich die Bürger an diesem Tag höflich grüssen sollten. (Es funktionierte.) Und nach dem Tod seiner Mutter erschien Gnarr, wie er schrieb, zum Zeichen der Trauer in ihren Kleidern im Amt ...

«Stopp! Nicht alles, was Jon schreibt, entspricht exakt der Wirklichkeit», sagte der Presseverantwortliche Reykjaviks, Bjarni Brynjolfsson: «Manchmal irritiert er die Leute auch gern. Jedenfalls hat er das Problem, dass ein Politiker ohne Geld den Leuten nichts bieten kann, elegant gelöst. Keine seiner Aktionen kostete etwas.»

Und Ottar Proppe sagte: «Jon ist wie eine gute Grossmutter: Er macht sehr viel aus sehr wenig. Wir zeigten, dass man viel Spass haben kann, auch ohne Geld. Das gilt auch für die Revolution: Jon und wir redeten grundsätzlich mit allen. Man kann auch das Klassensystem einreissen ohne Geld.»

Der Partner

Am Wahlabend formulierte die Beste Partei die Bedingung für den Koalitionspartner: Sie sollten alle fünf Staffeln von «The Wire» gesehen haben.

Die Sozialdemokraten akzeptierten. In der Presse hiess es, sie riskierten damit politischen Selbstmord. Aber in Wahrheit war es die Wahl zwischen Risiko und Tod: Der Chef der Sozialdemokraten, Dagur Eggertson, von Freund und Feind beschrieben als «jemand, der brillant redet, aber etwas weniger brillant zuhört», hatte die zweite Wahl in Folge verloren. Er brauchte die Macht. Und lieh sich die ersten drei Staffeln «The Wire» aus.

Die Zusammenarbeit schilderte sein Parteikollege Hjalmar Sveinsson wie folgt: «Anfangs dachten wir, das hält höchstens ein Jahr. Aber alles lief erstaunlich reibungslos. Sie hatten schöne Ideen: Menschenrechte, Politik als Kunstwerk und so weiter. Aber man muss sich im politischen Handwerk auskennen: Wo sind die Schwachstellen, welche Wege gibt es, welche Probleme? Reykjavik ist etwa eine extrem zerstreute Stadt. Sehr unideal für Busverkehr. Also braucht man einen Zonenplan, der neue Quartiere verhindert. Die Strategie kam von Dagur. Wie fast immer. Im Grunde fällten wir alle wichtigen Entscheidungen. Sie waren ein schwacher Partner: Die Anarchisten

waren sehr schnell sehr brav. Sie kämpften nicht! Jedes Mal mussten wir die Opposition kontern. Ich stehe für das und das – das macht einen guten Politiker doch aus ... Ich glaube, sie hatten nur drei Interessen: 1. Das hier zu überleben. 2. Die Verantwortung zu übernehmen. 3. Lustigkeit. Es war wirklich eine fröhliche Zeit.»

Die Bilanz

Die Bilanz von vier Jahren Anarchisten an der Macht ist ziemlich unerwartet: Die Punks haben die Finanzen saniert. Dazu kommen einige sehr gelungene Reden, ein paar Dutzend Kilometer Veloweg, ein Zonenplan, eine neue Schulorganisation (über die sich heute niemand mehr beklagt), die Förderung von kleiner Kunst und eine entspannte, boomende Stadt: Der Tourismus wächst jährlich um 20 Prozent. (Und manche sagen, das ist die neue Blase.)

Staatpräsident Grimsson lobt nun in Reden nicht mehr den angeborenen Killerinstinkt der Wikinger, sondern die angeborene Kreativität des Isländischen Volks, das seit Jahrhunderten auf einer kahlen Vulkaninsel überlebt. Die Immobilienpreise steigen wieder, überall werden Hotels hochgezogen, Anzüge sind weiterhin out, aber man sieht weit mehr Range Rovers auf den Strassen. Der Wahnsinn beginnt wieder.

«Das Radikalste, was wir taten, war an die Macht zu kommen», sagte Björn Blöndal, der Prinz der Finsternis: «Sonst haben wir vor allem gearbeitet. Obwohl: Das Radikalste, was wir tun konnten, war eben – saubere Arbeit. Wir machten Reformen, alle ohne Geld. Als Künstler waren wir gewöhnt, mit kleinem Budget zu arbeiten, das half. Wir wollten nicht das System in die Luft jagen. Wir wollten etwas bauen: etwas Schönes, etwas Unterhaltendes, etwas Cooles.»

Offensichtlich machte die Beste Partei ihren Job. In den Umfragen letzten Oktober erreichte sie ihr Rekordhoch von 38 Prozent. Kurz darauf kündigte Jon Gnarr an, aufzuhören. Und die Beste Partei aufzulösen. Er begründete das mit: «Ich bin Komiker, nicht Politiker.» Und: «Ich war vier Jahre Taxifahrer, ein wirklich guter Taxifahrer sogar, aber ich habe auch damit aufgehört.»

«Meine Frage war immer: Wie ficken wir das System?», kommentierte Einar Örn. «Und die Antwort war: Wir zeigen, dass Nicht-Politiker den Job auch machen können. Aber aufzuhören, mit dem sicheren Wahlsieg vor Augen: Das ist wirklich das

System gefickt!»

Andere machten weiter. Sie gründeten die Nachfolgepartei «Leuchtende Zukunft». Ottar Proppe ist inzwischen Abgeordneter im Nationalen Parlament, Björn Blöndal, der Prinz der Finsternis, bewegt sich mittlerweile in der Politik wie ein Fischer am Wasser: «Es macht Spass, wenn du gelernt hast, wie man etwas verändern kann. Und langsam gut darin wirst. Politik ist ein Handwerk»

Blöndal ist Spitzenkandidat der «Leuchtende Zukunft» bei den Wahlen in Reykjavik dieses Wochenende. Er und Dagur Eggertson liefern sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Gnarrs Nachfolge, mit Vorteilen für den sozialdemokratischen Profi.

Die konservative Partei, die Jahrzehnte die Stadt regierte, ist chancenlos.

Die Stunde Null

Die Union macht sich Gedanken über die Zeit nach Angela Merkel. Ursula von der Leyen will ihr nachfolgen. Darf sie auch?

Von Georg Löwisch, Constantin Magnis, Alexander Marguier und Christoph Schwennicke, Cicero, 01.07.2014

Bevor die Macht entweicht, wird Angela Merkel noch mal am Handy knibbeln. Die Daumen der Noch-Kanzlerin werden über die Tastatur huschen. Vielleicht wird sie eine Sekunde länger über eine Formulierung nachdenken. Aber die SMS wird zur Situation passen, ihre lieb gewonnene Kommunikationsform, von der sie nicht mal ließ, als die Amerikaner ihre Daten abfischten. Die SMS' haben ihren schnörkellosen Stil in all den Jahren so schön unterstrichen, es lag in ihnen immer auch ein Stück humorvolle Distanzierung vom Pomp der Politprominenz. Die Kurznachricht wird es ihr auch ermöglichen, die wuchtige, alles beendende Information mit der nötigen Gleichzeitigkeit zu verschicken. Kein Durchsickern, kein Krampf, ein souveräner Abgang. Durchatmen, ein letzter Daumendruck, gesendet: „bin weg danke und alles gute am".

So stellen sie es sich vor in der CDU. So reden sie über die „Stunde null". Ein Mann aus der CDU-Führung sagt in seinem Büro: „Sie muss es so machen. Ohne Vorankündigung, ohne Gespräche. Was glauben Sie? Eine Kanzlerin auf Abruf ist keine Kanzlerin mehr." – „Die Partei muss sich dann neu finden", überlegt ein Landesfürst, der auf Besuch in Berlin ist. – „Wie das Szenario aussieht, weiß nur sie", sagt jemand tief im Regierungsgeschäft. Und meint damit: Im Kopf der Kanzlerin existiert eines.

Neun Jahre, nachdem Angela Merkel Kanzlerin geworden ist, und 14 Jahre nach ihrer Wahl zur CDU-Vorsitzenden geschieht in Berlin Unerhörtes. Es wird über die Zeit nach ihr geredet. Ihren Abgang. Vorsichtig, vertraulich. In der Hierarchie eher oben als unten.

Erst wenn die Union bei der Sonntagsfrage Richtung 35 Prozent rutscht, wird das Geschnatter richtig losgehen. Dann wird die Partei darüber klagen, dass ihre alte Partnerin FDP so gut wie tot ist. Dass die SPD immer lebendiger wird. Die Frage nach der Zukunft wird in den Vordergrund rücken. Die Frage nach der Nachfolge von Angela Merkel.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum die Stunde null in den Blick gerät. Ursula von der Leyen. Sie will. Aber darf sie? Wenn ihre Zeit im Verteidigungsministerium ein Erfolg wird, hat sie gute Chancen. Jetzt schon verhält sie sich wie eine Rennfahrerin, die in der Pole-Position die Motoren röhren lässt. Man sollte sie sich schon einmal genauer ansehen.

An einem Freitagabend in Hamburg betritt sie die Manege im silbernen Glitzerkleidchen. Der Verlag Gruner + Jahr verleiht den Henri-Nannen-Preis, die Choreografie ist einem Zirkus nachempfunden. Der Schauspieler Dominique Horwitz gibt den Zirkusdirektor, er glänzt, aber selbst er findet in Ursula von der Leyen seine Meisterin. Im Scheinwerferlicht entfaltet sie eine Präsenz, als wäre sie Löwenbändigerin und Löwin in einem. Die Mähne sitzt, kein Härchen steht nur entfernt so ab wie die Ohren von Dominique Horwitz.

Von der Leyen hält die Lobrede auf den Deutsch-Franzosen Alfred Grosser, der für sein publizistisches Lebenswerk ausgezeichnet wird. Ihre Gesten sind klar, sie artikuliert überdeutlich wie beim Vorsprechen. Sie redet, als hätte sie als Kind schon auf Onkel Alfreds Schoß gesessen, lächelt ihn dabei an, innig, vertraut. Wir Großen unter uns. Die Pointe setzt sie selbstverständlich in akzentfreiem Französisch, dann artig beiseitegetreten, damit der Onkel die Bühne für sich hat.

Ein paar Tage später eine Mail an Alfred Grosser: Ob er und seine Laudatorin einander kennten? Er schreibt, dass er sie nie zuvor getroffen habe. Aber sie habe sehr warmherzig gesprochen.

Sie spielt diese Wärme, in Perfektion. „Das ist das Unheimliche an ihr“, sagt ein früherer Kollege aus Merkels Kabinett. Er nennt sie „eiskalt, machtsüchtig und berechnend.“ Es ist kein Weichei und kein Warmduscher, der zu dieser Einschätzung kommt, und doch: „Die Frau macht mir Gänsehaut.“

Wenn es in der deutschen Politik einen Menschen gibt, der die Show von Kindesbeinen an gelernt hat, dann sie. Sie wird 1958 in Brüssel als Tochter des späteren niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht geboren – und hinein in das Schauspielensemble ihrer Mutter Heidi Adele Albrecht. Zu deren Hobbys gehört das Verfassen von Theaterdrehbüchern, ihre Stücke inszeniert sie mit ihren Kindern auf privaten Vorführungen im Bekanntenkreis. Ursula Gertrud – genannt „Röschen“ – steht regelmäßig auf der Bühne.

Als Ernst Albrecht 1976 Ministerpräsident von Niedersachsen wird, haben Röschen und ihre Geschwister das ganze Land als Publikum. Noch im selben Jahr trällert die Familie im NDR-Fernsehen Jägerlieder. 1978 veröffentlichen die Albrechts mit „Wohlauf in Gottes schöne Welt“ eine Volkslied-Single. Wenn Parteigrößen „Tundrinsheide“ besuchen, das Gut der First Family in Beinhorn bei Hannover, gehört ein Hauskonzert der Kinder zum Begrüßungsritual, Röschen am Klavier. Ursulas inzwischen verstorbene Mutter Heidi Adele hat einmal gesagt: „Andere lesen Romane, wir leben sie.“

In der Familie hat Röschen eine Sonderposition. Nicht nur weil sie das erste – und nachdem ihre kleine Schwester Benita 1971 an Krebs stirbt, auch das einzige – Mädchen im Haus ist. Der Vater ist ihr Fixstern und umgekehrt. Während die Brüder bei Besprechungen aus dem Zimmer geschickt werden, darf Röschen bleiben. Sie erfüllt die Erwartungen. Überspringt eine Klasse, macht schon mit 17 Jahren das Abitur, Note 0,7.

Im Juni 2014 betritt sie in Berlin den Saal der Bundespressekonferenz. Die Bundesministerin der Verteidigung. Die Kameras rattern. Dunkelblauer Hosenanzug, Frisur in Fasson. Alles sitzt. Am Wochenende ist sie kritisiert worden. Der ehemalige Generalinspekteur Harald Kujat hat ihr vorgeworfen, ihre Agenda für eine attraktivere Bundeswehr verpasse den Streitkräften „das Image von Weicheiern und Warmduschern“.

Die Ministerin lächelt die Hauptstadtjournalisten an. Sie lädt durch. Die Kritik sei eine „Einzelstimme vom Wochenende“. Zweiter Schuss: Die Probleme der Bundeswehr habe es schon gegeben, „als jene Verantwortung trugen, die sich heute gegen jede Veränderung wehren“. Mit anderen Worten: Kujat und seine Kameraden

sind schuld, dass die Bundeswehr als unattraktive Arbeitgeberin gilt und kaum Nachwuchs findet.

Aber jetzt kommt ja ihr Programm. Überschrift: „Aktiv. Attraktiv. Anders." Maßnahmen: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexiblere Laufbahnen, freundlichere Kasernen. Den Einwand, in Zeiten der Ukrainekrise seien Bundeswehr-Kitas das falsche Signal, nimmt sie gern auf: Gerade weil die Zeiten so ernst seien, müsse die Bundeswehr attraktiver werden. „Eine Riesenherausforderung."

Nach der Bundestagswahl im September 2013 hat sich die Kanzlerin darangemacht, die Stunde null vorzubereiten. Die Große Koalition formiert sich. Zwei Ressorts besetzt sie im Lichte der Nachfolge. Thomas de Maizière ist im Verteidigungsministerium am Drohnenskandal gescheitert. Der Mann in der Regierung, den sie am längsten kennt, bekommt eine zweite Chance: das Innenministerium. Ursula von der Leyens Sozialministerium geht an die SPD. Wie kann Merkel ihr eine Chance geben und sie zugleich auf Distanz halten? Die Verteidigung. Erste Frau in dem Amt, das ist historisch. Zugleich ist es das härteste aller Ressorts.

Soldaten und zivile Mitarbeiter zusammengenommen, arbeiten in der Bundeswehr fast eine Viertelmillion Menschen. Es ist eine eigene Welt mit sehr unterschiedlichen Sphären, sie ist auf die Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt ausgerichtet, auf die Ministerin. Ganz oben in der Befehlskette ist von der Leyen gut angesehen. Generale im Ministerium können selbst im informellen Gespräch nicht recht verstehen, warum die Chefin so viel Kritik bekommt. Die Wahrnehmung, sie habe nur Kitas und Teilzeitarbeitsplätze im Blick, stimme einfach nicht, sagt einer der Uniformierten mit mehreren goldenen Sternen auf der Schulter. Um die anderen wichtigen Baustellen ihres Hauses, vor allem um die Rüstung, kümmere sie sich genauso intensiv. Geht man in der Hierarchie etwas herunter, lässt die positive Sicht der Dinge nach. Selbst Kommandeure sehen eher die Ressortchefin, die in der Öffentlichkeit einen Bogen um die Frage macht, ob und wie die Bundeswehr sich mit Drohnen ausrüsten soll.

Auf die Drohnen schauen die Bürger, doch um viel mehr Geld geht es bei den Planungen für neue Hubschrauber oder ein künftiges modernes Flugabwehrsystem, das auch Raketen abschießen können muss. Von der Leyen wäre gut beraten, auf dem komplizierten Feld der Beschaffung von milliardenteurem Gerät vorsichtig zu agieren. Doch sie hat ein Zeitproblem: Noch in diesem Jahr müssen grundlegende Entscheidungen fallen, wenn nicht Zeit und Geld verschwendet werden sollen. Das komplizierte Beschaffungsgefüge knirscht, nachdem von der Leyen angeordnet hat, es erst einmal zu durchleuchten.

Sie muss die Position des Rüstungsstaatssekretärs neu besetzen. Als Ende Mai die Berliner McKinsey-Chefin Katrin Suder gehandelt wurde, glich das dem Einschlag einer Granate. „McKinsey, Frau und Lesbe – die Jungs in der Truppe haben ja Schnappatmung bekommen“, frotzelt eine Parteifreundin von der Leyens.

Helmut Willmann atmet ruhig. Unter Strom steht er schon. Kontrollierte Wachsamkeit. Früher war er Inspekteur des Heeres. Ein gedrungenes Kraftpaket, ein Schleifer mit Herz. Als er zu viele junge Soldaten zu fett fand, befahl er ein Ertüchtigungsprogramm. Zirkeltraining, Dauerläufe. Sie nannten ihn „Tiger-Willi“.

Willmann ist jetzt 74, von seiner Tochter weiß er, wie wichtig Kindertagesstätten heute sind. Seinem jüngsten Nachfolger habe er das auch erklärt: „Bauen Sie Kitas!“ Die Truppe müsse attraktiv werden. Grundsätzlich sei es nicht falsch, was Frau von der Leyen da mache, sagt er, „und Sie wissen: Ich bin kein Weichei!“

Es folgt ein ABER, das man in Großbuchstaben schreiben muss. „Wenn man den Eindruck gewinnt, dass die eigene Person wichtiger ist als die Sache, wird es sehr kritisch. Und diese Grenze hat Frau von der Leyen in der kurzen Zeit im Amt schon deutlich überschritten.“ Die Ministerin drücke sich vor den wichtigen Themen. Was heißt die Ukrainekrise für das Heer? Braucht man wieder mehr Panzer? „Dazu höre ich von Frau von der Leyen nichts!“

In der Frage nach Drohnen für die Bundeswehr schlage sich von der Leyen in die Büsche, wettert Willmann. Sie sage, sie warte erst die gesellschaftliche Debatte ab. „Sie muss diese Debatte führen, von vorne!“ Überhaupt, von der Leyen und die

Waffen. Zwei Stunden sei sie über die ILA, die Luftfahrtmesse in Berlin, spaziert und habe tunlichst vermieden, einem Waffensystem nahezukommen. „Führung von hinten ist das!“, ruft Willmann. Er redet über die anderen: Volker Rühe, Rudolf Scharping und Joschka Fischer, alles drei Männer, die Auslandseinsätze durchsetzen mussten. „Das war Führung!“ „Nein“, schließt er fast resigniert, „Frau von der Leyen macht nur das, was ihrer Popularität dient, und schließt alle anderen Themen aus.“

Eigentlich unterscheidet es von der Leyen gerade von Merkel, dass sie Konflikte provoziert. Elterngeld, Frauenquote – sie prescht vor, es gibt eine Debatte und – wenn es optimal läuft – einen Kompromiss, den sie als ihren Erfolg verkauft. Merkel dagegen nimmt gern Entwicklungen auf und sortiert die Dinge so, dass sie in ihre Strategie passen. Die Kanzlerin integriert, von der Leyen inszeniert. Doch ihre Konflikte – da hat Willmann recht – wählt sie genau aus: Die Chance muss hoch sein, Profil zu gewinnen.

Angela Merkel liebt die Macht pur. Nicht die Insignien, das Brimborium. Sie will die Figur sein, die die anderen bewegt. Nicht die, die auf dem Spielbrett hin- und hergeschoben wird. Dann wäre das Spiel verdorben – und nicht mehr das ihre. Dann lieber rechtzeitig aufhören.

Am Anfang ihrer Laufbahn hatte außer ihrem Vater noch ein CDU-Politiker ein großes Interesse an Ursula von der Leyens Aufstieg: Christian Wulff.

Auf einem Reitturnier begegnet ihm Ursula von der Leyen 1998. Sie ist verheiratet, bereits Mutter von sechs Kindern, ausgebildete Medizinerin. Wulff ist CDU-Chef im Landtag und damit Oppositionsführer, denn in Niedersachsen regiert Rot-Grün. In der CDU herrscht ein kalter Krieg. Der Katholik Wulff gegen die Protestanten um Jürgen Gansäuer und Wilfried Hasselmann, CDU-Ehrenvorsitzender und rechte Hand von Ex-Ministerpräsident Albrecht. Wulff ist angetan von Albrechts talentierter Tochter. In der CDU ist der Stolz des früheren Regierungschefs auf sie weithin bekannt. Wulff erkennt in „Röschen“ das ideale Schild gegen seine parteiinternen Gegner. Er beruft sie in sein Kompetenzteam, zieht damit die Protestanten Albrecht und Hasselmann auf seine Seite.

Der alte Büchsenmacher Heinrich Meier, ein Raucher mit runzligem Gesicht und fröhlichen Augen, erinnert sich noch, wie „Röschen“ 2001 von Wulff und ihrem Vater in den ersten Kommunalwahlkampf geschickt wurde. Meier war damals CDU-Chef in von der Leyens damaligem Heimatdorf Ilten, ihr Vater hat ab und zu mal eine Waffe bei ihm gekauft. Plötzlich steht dessen Tochter bei ihm in der Tür und sagt: „Ich will als Bürgermeisterin kandidieren, wie läuft das hier?“ Zweite Frage: „Wer sind meine Gegner?“ Heinrich setzt sich mit ihr in die Ortskneipe und versucht, sie zurück auf den Teppich zu bringen: „Vergiss es“, sagt er ihr. „Hier in Ilten hast du gegen die SPD keine Chance.“ Aber das ist Röschen egal.

Sie lässt sich von Meier den ganzen Ort vorstellen. Sie stillt noch ihr jüngstes Kind, notfalls in der Besenkammer einer Turnhalle, die anderen Kinder haben „gut mitgezogen“, erinnert sich Meier, „immer in Reih und Glied“. Als sie beim Schützenfest auf der Rednerliste auf den dritten Platz gesetzt wird, hinter den Chef des Kaninchenzüchtervereins, ist sie sauer. Meier verhandelt sie auf Platz zwei.

Um Publikum muss Röschen sich nicht sorgen. Die Regionalpresse interessiert sich sehr für die ersten politischen Stehversuche von Tochter Albrecht, der NDR schickt Kamerateams vorbei. Öffentlichkeit, von der andere Kandidaten nur träumen können. Trotzdem verliert sie die Wahl gegen die amtierende SPD-Bürgermeisterin Gisela Neuse. Sie wird nur deren Stellvertreterin und CDU-Fraktionsvorsitzende im Rat des Nachbarorts Sehnde.

Aus dieser Niederlage lernt sie: Prominenz und Fleiß reichen nicht. Sie muss sich richtig gut verkaufen. In Ilten sind sie zwar zunehmend genervt von der Frau, die die Namen der Nachbardörfer verwechselt. Allen aber fällt auf, dass sie von Monat zu Monat bessere Ansprachen hält, als würde jemand sie trainieren.

„Sie hatte spätestens ab da Medienfachleute, die sie berieten und coachten“, sagt ein Bekannter aus der Regierung Wulff. „Ihr Genie besteht darin, den Rat ihrer Fachleute wie ein Schwamm aufzusaugen und perfekt zu mechanisieren. Das macht so kein anderer Politiker.“

Als Ursula von der Leyen 2003 in den Landtagswahlkampf zieht, ist sie bereits ein Medienprofi. Und als sie aus dem Stand nicht nur Abgeordnete, sondern auch

Sozialministerin in Niedersachsen wird, ist das ihr Abitur in Politik, Leistungskurs PR, Note 0,7.

Sie weiß, dass ihre Geschichten eine reale Substanz brauchen, dass ihre Erzählungen mit Sacharbeit unterfüttert werden müssen. Aber die Priorität hat ihr persönliches Profil. Jeder Auftritt ist eine Investition, deren Nutzen genau kalkuliert wird.

Nach der SMS werden die Drähte glühen. Die Fürsten der Union werden telefonieren. Wer ist jetzt maßgeblich? Volker Bouffier, der Ministerpräsident von Hessen. Volker Kauder, der Chef der Unionsfraktion im Bundestag, die am Ende einen neuen Kanzler oder eine neue Kanzlerin wählen muss. Armin Laschet aus Nordrhein-Westfalen und Thomas Strobl aus Baden-Württemberg, die Chefs der beiden mitgliederstärksten Landesverbände. Julia Klöckner, Parteiliebling aus Rheinland-Pfalz, wird mitmischen. Auf den Rat eines Wolfgang Schäuble wird man auch nicht verzichten. Eine Sitzung des Präsidiums wird anberaumt.

Seit jeher irritiert Kollegen, Kontrahenten und Mitstreiter das Tempo, mit dem von der Leyen an ihnen vorbeirast. Schon den alten Büchsenmacher Heinrich Meier warnten die Leute in Ilten: „Leg dich nicht so für die ins Zeug, die bleibt doch eh nicht hier. Die will nach ganz oben. Die siehst du später nie wieder.“

Im Rat von Sehnde genau wie im Landtag von Niedersachsen hinterlässt sie Kollegen, die sie für überheblich halten. Sie erwirbt sich keine Loyalitäten. Auch nicht im Bundestag in der niedersächsischen Landesgruppe. Wenn sie deutschlandweit Kollegen in ihren Wahlkreisen besucht, sind das Termine mit Bravour. Als Bundesministerin kann sie Mittelständler begeistern und Rentnerinnen glücklich machen. Aber bei diesen Besuchen geht es ihr nicht darum, einem Parteifreund zu helfen. „Sie macht das für sich“, sagt ein CDU-Politiker, der sie zu Besuch hatte.

Starke Auftritte bringen ihr politisches Kapital, mit dem sich Ziele durchsetzen lassen. Als sie 2005 Familienministerin wurde, sammelte sie als eine der wenigen in Merkels CDU Punkte. Die Supermutterpowertochter. Eine weniger strahlende

Aufsteigerin hätte es schwer gehabt, das Elterngeld in der Union so glatt durchzusetzen. In dieser Zeit lernt Merkel sie schätzen.

Den ersten Knacks bekommt die Beziehung im Juni 2010, in nur 72 Stunden. Es geht um das Amt des Bundespräsidenten, Horst Köhler hat hingeschmissen. Von der Leyen ist im Gespräch. Aus Merkels Umfeld folgt kein Einspruch, von der Leyen interpretiert das Schweigen als Zustimmung, ihre Eigenwerbung nimmt Fahrt auf. „Wird sie die Mutter der Nation?“, fragt Bild. Als ein Journalist wissen möchte, was denn nun mit ihrer Kandidatur wird, lächelt sie verschwörerisch, legt den Finger an den Mund und macht: „Psssssst!“

Von der Leyen schwebt. Merkel schweigt. Dann nominiert sie Wulff für das Amt. Und demütigt damit öffentlich die Frau, der nichts so wichtig scheint wie ihr Bild in der Öffentlichkeit. Doch von der Leyen diszipliniert sich. Um nicht als Gelackmeierte dazustehen, lobt sie Wulff. Als ihn die CDU auf einer Pressekonferenz präsentiert, taucht sie überraschend auf: „Ach, Christian, ich gratuliere, ich freue mich so für dich.“

Merkel schätzt allzu ehrgeizige Aspiranten auf höchste Ämter nicht. Als von der Leyen im Jahr 2012 eine Debatte über eine Minimalrente für Geringverdiener inszenierte, ließ sie sie auflaufen. Die Kanzlerin schritt nicht ein, als ihre Ministerin vor der versammelten Fraktion niedergemacht wurde. Kurz darauf stand von der Leyen beim Parteitag als eine der Vizevorsitzenden zur Wiederwahl – und bekam dürftige 69 Prozent.

Seither wird jede seismische Auffälligkeit im Verhältnis der beiden registriert. Da war doch diese Situation in der vergangenen Wahlperiode, erinnert sich ein CDU-Mann. Im CDU-Präsidium hat von der Leyen gefehlt. Merkel schaute in die Runde. „Wo ist sie denn jetzt wieder?“ – „Der Volker Kauder ist ja auch nicht da“, sagte jemand. Merkel: „Das ist was ganz anderes. Der Volker ist immer da, wenn man ihn braucht.“

Von jetzt an wird Merkel sich raushalten. Rum ist rum. Aber es gibt andere. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier ist dafür bekannt, gern mal eine herbe

Bemerkung über von der Leyen fallen zu lassen. Er ist stark, Schwarz-Grün in Wiesbaden sein Meisterstück. Die Hessen-CDU ist immer noch ein Kampfverband. Soll von der Leyen jetzt noch mehr zerstören von der alten CDU? Quote, Mindestlohn und dann der Ringelpiez bei der Bundeswehr. Geht zu weit! Soll „Buffi" selbst antreten? Schwierig im Wahlkampf. Zu viel alte CDU.

Ursula von der Leyen kann Merkel nicht wegkriegen, sie kann nur warten, dass die Kanzlerin geht. Sie hat alles auf ihr Standing beim Wähler gesetzt. Auch bei einfachen CDU-Mitgliedern, die sie aus dem Fernsehen kennen, ist sie beliebt. Aber bei Abgeordneten und Funktionären fehlt ein Netzwerk. Es gibt keinen Kreis, der im Ernstfall für von der Leyen kämpfen würde. „Weil sie selbst den Einzelnen so selten das Gefühl gegeben hat, für sie zu kämpfen", sagt ein Unionsmann aus Niedersachsen. Sie hat sich all den Ritualen verweigert, die zum Aufbau belastbarer Bindungen nötig sind, den Abenden an der Bar, den Kumpeleien und Kungeleien, den kleinen und großen Vertraulichkeiten.

Natürlich, sie hat eine Familie und sieben Kinder. Wie soll da noch Zeit gewesen sein, nicht nur Ministerin zu werden, sondern obendrein eine Hausmacht in der Partei aufzubauen? Dennoch glauben viele, dass von der Leyen trotz des kunstvollen Lächelns emotionale Nähe gar nicht herstellen will. Auch Ernst Albrecht war distanziert, aber er hatte in Wilfried Hasselmann einen Weggefährten, der die Schwäche des Chefs durch seine Nahbarkeit auszugleichen wusste.

In Niedersachsen gibt es mit David McAllister wieder so einen erdverwachsenen Parteiführer. Hasselmann ist sein Vorbild. Nach der Abwahl als Ministerpräsident hat Merkel McAllister aufgefangen und eng an sich gebunden. Er ist jetzt, mit 43 Jahren, erst einmal Europaparlamentarier. Auf ihn kann von der Leyen nicht bauen. Denn er hat seine Krise nach dem Verlust des Ministerpräsidentenamtes noch nicht überwunden.

Kann jemand von diesem Amt lassen? Adenauer ist gegangen, weil die FDP ihn zwang. Erhard wurde nach einer Wahlniederlage von der eigenen Partei gestürzt. Kiesinger verlor die SPD als Bündnispartnerin, als Brandt sich mit der FDP auf die

erste sozialliberale Koaliton verständigte. Brandt geriet durch die Guillaume-Affäre unter Druck und war es leid, von Wehner bekämpft zu werden. Schmidt? Von der FDP verraten. Kohl: abgewählt, wie Schröder. Merkel würde zum zweiten Mal Geschichte schreiben: Erste Frau im Amt. Und die erste, die es trotz einer starken Position hergibt.

Das Verteidigungsministerium ist für Thomas de Maizière eine Herzenssache gewesen. Zum Großen Zapfenstreich im Januar wünschte er sich als Abschiedshymne „Live is Life“, jenen Popsong aus den Achtzigern, den er mit seiner Frau und den Kindern immer wieder hört. Es war eine persönliche Geste zum Abschied aus jenem Ministerium, das ebenfalls zur Familiengeschichte gehört, denn de Maizières Vater war früher Generalinspekteur. Das Musikcorps spielte, die Fackeln leuchteten. Neben de Maizière stand Ursula von der Leyen auf dem Podest. Sie wirkte perfekt.

Anfang des Jahres sagte ein Kabinettskollege über die beiden: „Da laufen sich zwei warm.“ Aber nun macht der Minister auf einige den Eindruck, die Dinge bloß wegzuadministrieren. Früher war es ihm wichtig, nur aufzufallen, wenn es um etwas geht. Heute sinniert er öffentlich darüber, dass Deutschlands Fußballstars von den vielen Spielen verschlissen werden. Der Mann, der früher Mitarbeiter dadurch gewann, dass er in der Poststelle seines Ministeriums vorbeischaute, streitet sich heute mit dem Personalrat herum.

Im Rennen der Minister rennt somit bisher nur eine. Ursula von der Leyen. Wer soll sie aufhalten?

Angela Merkel nehme natürlich wahr, dass das Gerangel, das Schaulaufen begonnen hat, sagt jemand an einer zentralen Stelle. „Mit Interesse, ein wenig Amüsement und großer innerer Ruhe.“

Es gibt zwei Szenarien. Die Sofortlösung, etwa falls die Kanzlerin plötzlich erkrankt. Dann könnte Wolfgang Schäuble den Laden übernehmen und für den geordneten Übergang sorgen. Andere sehen auch dann von der Leyen vorn. Das zweite Szenario ist die Stunde null in einigen Jahren. In diesem Zusammenhang fällt ein neuer Name: Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin des Saarlands.

Was Merkel an ihr beeindruckt? Sie sei zielstrebig, eigenständig, habe aber eine große Gelassenheit. Das hat sie immer wieder in den Pausen der Koalitionsverhandlungen gezeigt. Während alle rumhühnerten, stellte sie sich zwei Stühle zurecht, legte die Füße hoch und las ein Buch oder schloss einfach mal die Augen. Kramp-Karrenbauer ist derzeit Merkels Nummer eins.

Vielleicht ist die Kanzlerin auch so fasziniert vom Bücheryoga der Saarländerin, weil sie ein Gegengewicht zur Verteidigungsministerin will. Ein Gegenentwurf zu von der Leyen ist Kramp-Karrenbauer auf jeden Fall. Inszenierungen sind ihr ziemlich egal.

Das Saarland ist winzig. Aber Annegret Kramp-Karrenbauer hat hier schon mal eine Koalition gewechselt und danach die Wahl gewonnen: 2012 kündigte sie FDP und Grünen die Jamaika-Koalition. Bei der Neuwahl verbesserte sie sich sogar und regiert seither mit der SPD. Sie hat fast anderthalb Jahrzehnte Regierungserfahrung auf Landesebene und war – schönen Gruß an von der Leyen – als Deutschlands erste Innenministerin auch schon mal erste Frau in einem Männerressort.

Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben selbst keine Traumkandidaten. Ein Comeback von Norbert Röttgen? Seine katastrophal gescheiterte Spitzenkandidatur in Nordrhein-Westfalen hat sich eingeprägt. Volker Kauder aus Baden-Württemberg? Kennt seine Grenzen, deshalb schätzt Merkel ihn ja. NRW, Baden-Württemberg und Bouffier könnten sich auf jemanden aus einem kleineren Landesverband einigen, der künftig auf sie angewiesen ist. Doch Julia Klöckner aus Rheinland-Pfalz? Kramp-Karrenbauer?

Kramp-Karrenbauer wirkt rührig, das gilt als Qualität für eine Kanzlerkandidatin. „Die Person muss Empathie ausstrahlen“, sagt ein Mitglied des CDU-Präsidiums. „Angela Merkel verkörpert dieses Fürsorgliche. Genau wie Helmut Kohl, er ließ sich anrühren.“

Jemand wird eine Mitgliederbefragung ins Spiel bringen. Das Parteivolk soll entscheiden, nicht die Fürsten! Vorstellungsrunden, Regionalkonferenzen,

Fernsehinterviews. Dann würde der Auftritt zählen. Und Gefühle einfacher Mitglieder.

Von der Leyen werde als jemand erlebt, der Biss hat und im Vergleich zu Merkel schärfer auftrete, sagt der Psychologe Stephan Grünewald. „Sie wird deshalb bewundert, aber sie irritiert auch, weil sie prototypisch ist für die Dominanz, die die Frauen auch aus Sicht der Männer in vielen Lebenslagen heute gewonnen haben." Grünewald glaubt zu wissen, wie die Deutschen ticken. Er ist Mitbegründer des Kölner Rheingold Instituts, das nicht nur Stichworte abfragt, sondern in intensiven Interviews tiefere Beweggründe auslotet. Sein Bestseller heißt „Deutschland auf der Couch".

Grünewalds Diagnose: „Viele Frauen werden mit ihr in eine Mütterkonkurrenz treten und erleben, dass Frau von der Leyen das Perfektionsdilemma der modernen Frau grandios verstärkt hat – sieben Kinder, beruflich enorm erfolgreich und trotz fortgeschrittenen Alters noch sehr attraktiv. Das bekommt eine normale Frau so nicht hin. Frau von der Leyen ist der Beweis dafür, dass es aber möglich ist." Daraus würden ihr gegenüber unterschwellige Animositäten erwachsen.

Sie wird kämpfen. Perfekt sein. Aktiv. Attraktiv. Anders. Sie muss aufpassen, sie hat kein Sicherheitsnetz in der Partei, das sie auffängt. Ein niedersächsischer Parteifreund, der sie seit Jahren kennt, sagt: „Alle bewundern sie irgendwie. Aber die allermeisten würden ihr auch genüsslich beim Sturz zusehen."

Schon seit der Wiederwahl 2009 hat sie diese Ruhe erfüllt, die dritte Amtszeit empfand sie bereits als Nachschlag. Sie muss sich nichts mehr beweisen. Am 17. Juli wird sie 60 Jahre alt. 1989 hat sie die Erfahrung gemacht, dass sich alles ändern kann. Zum Besseren. Das Amt schlaucht. Die UN brauchen Ende 2016 einen Nachfolger für Generalsekretär Ban Ki-moon. Aber vielleicht will sie es sich einfach gut gehen lassen. Seit dem Skiunfall hat sie abgenommen: Gemüsesticks statt Brötchen. Sie will nicht werden wie Kohl. Es gibt das Gerücht von der großen Reise, auf der sie mit ihrem Mann den amerikanischen Kontinent durchmisst. Und man sieht sie oder ihren Mann Joachim Sauer manchmal fürs Abendessen einkaufen, bei

Lebensmittel Ullrich. Sie wirken bescheiden, es sind Momente, in denen man ahnt: Es gibt ein Leben nach dem Kanzleramt.

König Jochen

Das Volk liebt ihn. Sogar seine Gegner geben zu, dass er Menschen für sich einnehmen kann. Joachim Gauck hat etwas vor mit seinem Land: Er will die Deutschen nicht nur repräsentieren – er will ihr Erzieher sein.

Von Stefan Willeke, DIE ZEIT, 31.07.2014

Darf man den Bundespräsidenten ein Arschloch nennen? Johann Legner wollte es tun. Er hatte sich einen Satz zurechtgelegt für den Moment, in dem Joachim Gauck ihm noch einmal begegnet. "Herr Gauck, Sie sind ein Riesenarschloch." Das sollte Johann Legners Begrüßung sein, ein einziges Mal wollte er Gauck etwas entgegenschleudern.

Dann stand Gauck plötzlich vor ihm, unangemeldet tauchte der Bundespräsident vor dem Haus des Journalisten Legner in Berlin-Dahlem auf. Etwa ein Jahr ist das her. Gauck war von seiner Dienstvilla herübergelaufen, die nur ein paar Straßen entfernt ist. Die beiden Kleinkinder seiner Tochter Katharina waren mitgekommen, die Leibwächter auch, und Gauck ging durch die Allee mit den hohen Pappeln, blieb vor dem Haus mit dem hölzernen Erker stehen und klingelte. Gauck, so erinnert sich Legner, habe ihn mit einem versöhnlichen Lächeln gefragt: "Wollen wir spazieren gehen?" Legners Vorsatz, ihn zu beschimpfen, löste sich in diesem Moment restlos auf. "Ja", antwortete Legner brav, gehen wir spazieren.

Was hatte Legner für diesen Mann nicht alles getan? Er kennt Gauck seit fast einem Vierteljahrhundert, war sein Pressesprecher in der Stasi-Unterlagen-Behörde, die man Gauck-Behörde nannte. Danach trafen sie einander hin und wieder auf privaten Feiern, bis Gauck ihn im Jahr 2010 in sein Wahlkampfteam holte. Damals lief Gaucks erste und erfolglose Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten an. Noch heute stößt Legner in seinem Arbeitszimmer auf alte Aktenmappen, die ihn daran

erinnern, dass Gauck keine Lust hatte, sich mit Details zu befassen. "Wie besprochen", steht darauf, daneben ein großes grünes G.

Wie oft hatte Legner ihn im Auto zu Terminen gefahren, ihm eine Fahrkarte für den Zug besorgt, das Ticket bezahlt, weil Gauck seine Kreditkarte wieder nicht finden konnte? Wie oft hatte Legner nach dem Schlüsselbund gesucht, den Gauck verlegt hatte? Manchmal bestand Gauck darauf, noch schnell seine Hemden selber zu bügeln, stellte sich dabei aber so umständlich an, dass ein anderer ihm prompt die Arbeit abnahm. "Er ist ein Meister der zelebrierten Hilflosigkeit", sagt Legner. Man spürt sofort die unerledigte Geschichte, sobald Legner über Gauck spricht. Sie handelt von sehr viel mehr als von gebügelten Hemden.

Als Gauck zum zweiten Mal Bundespräsident werden wollte, berief er Legner nicht mehr ins Wahlkampfteam. Gauck brauchte jetzt neue Leute. Daran war nichts Verwerfliches, kein Anlass für eine Beschimpfung, aber Legner fühlte sich ungerecht behandelt. Gauck bekam von Monat zu Monat mehr Aufmerksamkeit, Legner immer weniger. Gauck wird inzwischen ein Höchstmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit geschenkt, Legner muss sich einen Rest von Aufmerksamkeit erkämpfen. Er schreibt an einer Biografie über Gauck, die in wenigen Monaten erscheinen soll. Das ist Legners Versuch, wieder zu Gauck aufzuschließen und Macht über ihn zu erlangen, zumindest Deutungsmacht, aber dieser Versuch kann natürlich nicht gelingen. So arbeitet noch heute die Wut in Legner.

Viel von der gemeinsamen Vergangenheit wurde aufgewirbelt, als Gauck bei Legner unerwartet vor der Haustür stand. Aber die Gefühle des Gekränkten erreichten Gauck nicht, weil Legner sich wieder von Gaucks Charme überwältigen ließ. Unvermittelt erzählte Gauck ihm interessante Vorgänge aus dem Präsidialamt, weihte ihn in persönliche Überlegungen ein, fragte ihn um Rat. Gauck nahm ihn so stark gefangen, wie er es immer getan hatte. Er verwandelte Legner binnen Minuten zurück in einen Wegbegleiter. Legner kapitulierte und fügte sich in seine Rolle. "Er hatte mich überrumpelt", sagt Legner.

Aus zwei Männern, die selbstständig sind und voneinander unabhängig, der eine 74, der andere 59 Jahre alt, wurden ein Redner und ein Zuhörer, ein Staatsoberhaupt und ein Untertan, die Hierarchie war wiederhergestellt. Legner wusste, dass die

Vertrautheit schnell verfliegen würde, aber es nützte ihm nichts, das Muster erkannt zu haben. Er fand kein Mittel, sich Gauck zu entziehen.

Gauck kann Dinge, die Legner nicht kann. "Er kann aus Schwächen Stärken machen", sagt Legner, "er kann faul sein, unvorbereitet und überhaupt nicht neugierig. Aber das merkt kein Mensch, wenn er anfängt zu reden. Ich kenne niemanden, der eine Situation spontan so drehen kann wie er." Joachim Gauck ist ein Gedankenverflüssiger. Er kann eine politische Idee in ein tiefes Gefühl verwandeln und sich in dieses Gefühl so hemmungslos fallen lassen, dass es ihn am Ende selbst überwältigt. "Deswegen ist er in der Lage, in Tränen auszubrechen, wenn er nur die amerikanische Hymne hört", sagt Legner.

Das alles ist neu für die Bundesrepublik. Ein Land wundert sich. Man hat den Repräsentanten Deutschlands öffentlich weinen sehen, immer wieder, und man hat sich gefragt, wovon er mehr gerührt ist, von den Ereignissen oder von sich selbst. Man hat den Wutausbruch des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan gehört, nachdem Gauck ihm während eines Staatsbesuchs die Leviten gelesen hatte. Man war erstaunt über Gaucks Geradlinigkeit, als er NPD-Anhänger "Spinner" nannte. Man war erstaunt über das Bundesverfassungsgericht, das die Wahl des Bundespräsidenten als "demokratisch veredelten Rückgriff auf das Erbe der konstitutionellen Monarchie" würdigte. Man war auch erstaunt über Gaucks Mahnung zu mehr Menschlichkeit im europäischen Flüchtlingsdrama, sein Bekenntnis zur deutschen Einwanderungsgesellschaft – und darüber, dass er sich zunächst weigerte, das Gesetz über höhere Diäten für Bundestagsabgeordnete zu unterschreiben.

Wo er auftritt, entsteht etwas, manchmal Streit, manchmal Bewunderung. Er kann mahnen, provozieren, belehren und begeistern. Bleibt die große Frage: Worauf will er hinaus? Will er die Politik vor sich hertreiben?

Vom früheren Bundespräsidenten Roman Herzog ist der Satz geblieben, durch Deutschland müsse ein Ruck gehen. Von Christian Wulff stammt der Satz, der Islam gehöre zu Deutschland. Müsste man sich heute, kurz vor der Mitte seiner Amtszeit, auf Gaucks wichtigsten Satz festlegen, dann wäre es seine Forderung nach stärkerer deutscher Verantwortung in der Welt. Damit sind auch militärische Interventionen

gemeint, das macht es so brisant. Denkbar ist, dass er eine Kraftprobe wagen wird: Wer ist stärker, Gauck oder sein Amt?

Es lag in Trümmern, als Gaucks Vorgänger Wulff verschwunden war. Gaucks Aufgabe bestand darin, die Würde der Institution wiederherzustellen. Zur Würde benötigte er nicht viel mehr als sich selbst. Danach folgten die Inhalte. Sein zentrales Thema ist die Besinnung der Deutschen auf ihre Stärken – ihre gefestigte Demokratie, ihre Wirtschaftskraft und die daraus folgende Fähigkeit, sich mehr in die Probleme der Welt einzumischen. Das Land soll lernen, sich zu mögen. Es soll so selbstverliebt werden wie Gauck, das ist die unfreundliche Zusammenfassung. Die wohlwollende lautet: Der Bundespräsident verschenkt sein Zutrauen an sein Land.

Das alles lief so lange reibungslos, wie sich Gaucks Blick für die Realität nicht eingetrübt hatte. In seiner Rede auf dem Bankentag im April dieses Jahres prangerte er dann aber nicht den offenkundigen Missstand an, die Gier der Finanzindustrie, sondern zielte auf die Unwissenheit der Verbraucher, die sich angeblich zu wenig mit Ökonomie beschäftigt hätten. Da wurde sichtbar, dass Deutschland nicht ständig den Erkenntnisfortschritten seines Präsidenten hinterherläuft, sondern dass es auch umgekehrt sein könnte: Das Land ist vielleicht schon weiter, als sein Präsident glaubt. Das Land hat bereits begriffen, dass der ungebremste Kapitalismus ein großes Risiko für die Freiheit ist, Gaucks Schlüsselbegriff.

Als Bundespräsident ist er ohne operative Kraft, aber in der Lage, Themen zu setzen, die womöglich Machtfragen nach sich ziehen. Es ist eine codierte und verklausulierte Macht, um die es geht, die Wirkungsmacht des politisch Einflusslosen. Weder Johannes Rau noch Horst Köhler oder Christian Wulff brachten es fertig, Themen zu formulieren, die Spitzenpolitiker dauerhaft beschäftigt haben. Bei Rau kam sofort die Frage auf, ob seine Partei das Amt des Bundespräsidenten als SPD-Ehrenloge missbrauche, bei Köhler reichte zum Schluss ein Luftzug, um ihn umzuwehen, bei Wulff: geschenkt. Im Grunde ging es meist darum, gelegentlich ein Reformthema zu benennen, vor allem aber gravitätisch stehen, sitzen und schreiten zu können.

Der letzte Bundespräsident, der politische Spannung aufrechterhielt, war Richard von Weizsäcker. Seine Kunst bestand darin, Interessenpolitik hinter

fulminanten Auftritten zu verstecken. Weizsäcker konkurrierte mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl um öffentliche Aufmerksamkeit. Mit dieser Art von Dualität ist auch Gauck ins Amt gekommen. Die Kanzlerin sträubte sich dagegen, dass Gauck Bundespräsident wurde. Vielleicht fürchtete sie politische Übergriffe, vielleicht sein ungleich größeres Charisma. Vielleicht wollte sie sich ein Endlager für Konkurrenten aus der Partei sichern, vielleicht hielt sie Gauck für unfähig, eine große politische Krise auszuhalten, weil er zwar viel Erfahrung als Pastor, Demokratielehrer und Redner mitbrachte, aber keinerlei Erfahrung als Spitzenpolitiker.

Das alles ist unklar geblieben. Klar ist, dass Joachim Gauck einen Weg gefunden hat, Themen ins Rollen zu bringen. Ein Mann ist dabei, den Erzieher in sich zu entdecken und diese Figur politisch einzusetzen.

Als Gauck im vergangenen Oktober seine Rede zum Tag der Deutschen Einheit hielt, ahnte kaum jemand, dass es ein vorsichtiger Versuch war, die Agenda zu markieren. Er sagte: "Einer meiner Vorgänger, Richard von Weizsäcker, ermuntert Deutschland, sich stärker einzubringen für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Es stellt sich tatsächlich die Frage: Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes?"

Gauck interessiert sich vor allem für Deutschland, er hat sich nie viel im Ausland herumgetrieben, aber er spürt eine besondere Verbindung zu den USA, die im Zentrum all dessen stehen, was Gauck als "den Westen" definiert. Er war nur ein paarmal in den USA. Es ist weniger das Land, was ihn beeindruckt, als vielmehr die Idee, die er sich davon gemacht hat. Während einer dieser Reisen, auf der Johann Legner ihn begleitete, sprach ihn der Journalist auf die soziale Zerrissenheit der USA an, aber Gauck habe davon nicht viel wissen wollen. "Die USA sind einer seiner Haltegriffe", sagt Legner. Deswegen reagierte Gauck auf die NSA-Spionageaffäre emotionaler und früher als Merkel und ihre Minister. Der alte Freund Amerika hat eine erschreckend finstere Seite offenbart, das trifft Gauck, weil es seine Vorstellungswelt bedroht.

Im Präsidialamt fehlte Gauck zunächst ein Spezialist für den transatlantischen Blick. Seit dem vergangenen Sommer füllt Thomas Kleine-Brockhoff diese Rolle aus, ein ehemaliger Redakteur der ZEIT, danach Direktor der amerikanischen Stiftung

German Marshall Fund in Washington, inzwischen Planungschef des Bundespräsidenten. Kleine-Brockhoff gehört zu Gaucks engstem Beraterkreis, ein eloquenter Stratege, gegenüber der ZEIT darf er sich allerdings nicht äußern. Sein Einfluss auf Gauck soll anfangs gewaltig gewesen sein.

Gauck gefiel von Beginn an Kleine-Brockhoffs Weltläufigkeit, die amerikanische Grammatik seines Denkens. Hielt Gauck eine seiner viel beachteten Reden, von denen die meisten durch Kleine-Brockhoffs Hände gegangen waren, lief der Planungschef durchs Haus und erzählte, dies sei eine der wichtigsten Reden gewesen, die ein Bundespräsident jemals gehalten habe. Der Bundespräsident. ER. Er hat gesagt. Er hat vor. So reden sie im Amt über Gauck.

Mitarbeiter, die mit Gaucks Planungschef zu tun haben, schildern ihn wie einen Außerirdischen, der auf der Erde gelandet ist. Was die Mehrheit der Deutschen denke, interessiere Kleine-Brockhoff kaum, heißt es. Er habe etwas gegen "linke Moralisten". Auch in diesem Punkt trifft er sich mit Gauck. Beide haben Verständnisschwierigkeiten mit der Bundesrepublik – Kleine-Brockhoff, weil er sich in Amerika so weit von ihr entfernt hatte, und Gauck, weil ihn seine DDR-Biografie geprägt hat, in die das Nachbarland oft nur in Form des Westfernsehens vordrang.

Gauck fühlt sich von Tschechen oder Polen beim Thema Freiheit ungleich besser verstanden als von Westdeutschen, die keine Diktatur überwinden mussten. Kleine-Brockhoff lebte jahrelang in den USA, für Gauck immer noch ein Sinnbild der Freiheit. So blickten zwei Seiteneinsteiger, der eine von Osten, der andere von Westen, auf die Bundesrepublik und näherten sich ihr mit vereintem Belehrungseifer.

Dann aber, Ende Januar dieses Jahres, hielt Gauck seine berühmte Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, und der mitgereiste Kleine-Brockhoff überspannte den Bogen. "Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen", sagte Gauck und meinte auch die Rolle der Bundeswehr. Kleine-Brockhoff ließ sich von Teilnehmern der Tagung dabei beobachten, wie er im kleinen Kreis Erklärungen nachschob und sich zum Interpreten des Präsidenten aufschwang, ganz so, als sei Gauck auf seinen Planungschef angewiesen wie auf eine ausgelagerte Festplatte. Seitdem ist es stiller geworden um Thomas Kleine-Brockhoff, Gaucks Thema aber ist geblieben.

Gaucks Auftritt auf der Sicherheitskonferenz war lange vorbereitet worden – und koordiniert. Nicht nur die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen schwenkte auf Gaucks Kurs ein, auch der Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Seine Wege zu Gauck sind kurz. Gaucks Büroleiter, früher im Wahlkampfteam des SPD-Kanzlerkandidaten Steinmeier, ist einer der wenigen Mitarbeiter, die ihren Schreibtisch in Gaucks Nähe haben, im Schloss Bellevue. Fast alle anderen sitzen außerhalb des Schlosses, in einem eigenen Bürogebäude.

Hatte sich Steinmeier mit Gauck besprochen, hieß es hinterher: "Der Frank war wieder da." So entwickelte sich eine Debatte über Militäreinsätze, die von Steinmeier befeuert wurde, bis schließlich von der Leyen ihre Absicht erklärte, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anzuschaffen. Man kann darüber spekulieren, ob Gauck sich einspannen ließ oder ob er die anderen einspannte.

Seit vergangenem Jahr kursiert ein Strategiepapier zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, das von 53 Experten erarbeitet wurde, darunter Kleine-Brockhoff und einige Journalisten großer Blätter (auch ein Redakteur der ZEIT) . Das Papier mit dem Titel Neue Macht, neue Verantwortung könnte als Blaupause für Gaucks Kurs herhalten, aber es wäre naiv, daraus abzuleiten, Gauck singe bloß nach, was andere vorgesungen haben. So einfach ist es nicht. Es ist ein gemischter Chor, der da singt, und Gauck hört zufrieden zu. Manchmal übernimmt er das Solo.

Im Juni, auf der Rückreise von einem Staatsbesuch in Norwegen, legte Gauck nach und erklärte auf die Frage eines Radioreporters, dass man im Kampf um Menschenrechte notfalls "zu den Waffen greifen" müsse. Im Amt lästerten daraufhin einige seiner Mitarbeiter, die sonst respektvoll über Gauck reden: "Opi will wieder schießen."

Gauck hat eine seltsam gedächtnislose Debatte losgetreten. Seit dem Kosovokrieg, an dem die Bundeswehr im Jahr 1999 teilnahm, sind Auslandseinsätze kein Tabu mehr. 15 Jahre ist es her, dass sich der grüne Außenminister Joschka Fischer wegen seiner Zustimmung zum Einsatz im Kosovo von Parteikollegen beschimpfen und mit einem Farbbeutel bewerfen ließ. Es folgte ein langer und mühseliger Kampf in Afghanistan, den schließlich auch ein deutscher

Verteidigungsminister umstandslos Krieg nannte. Die politische Schlacht um den Sinn von Auslandseinsätzen wurde oft geschlagen.

Russland hat die Krim annektiert, soll die Nato sie zurückerobern? So hat Gauck es nicht gemeint. Soll die Nato in der Ostukraine eingreifen? Im Irak? Im Gazastreifen? Nein. Soll die Bundeswehr Dschungelkämpfer für einen Einsatz im Bürgerkriegsland Zentralafrikanische Republik ausbilden? Das hat Gauck nie gefordert. Die Lage in Syrien ist dramatisch. Ein Fall für die westliche Allianz, also auch für die Deutschen?

Die Debatte, die Gauck entfacht hat, krankt daran, dass sie mit der aktuellen Weltkarte der Krisen und Konflikte nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Das könnte daran liegen, dass Joachim Gauck ein Land vor sich sieht, das es nicht mehr gibt. Er möchte Menschen wachrütteln, die schon lange nicht mehr schlafen.

Gauck könnte auch ein Szenario vor Augen haben, das er nicht benennt, auf das er die Deutschen aber vorbereiten will. Dann wäre es eine Zukunftsdebatte, die einen Rückfall in die Ära der zaudernden Unschuld verhindern soll, aber sie wäre weiterhin ohne Anlass und ohne Publikum.

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, das zeigen viele Umfragen. Doch das leise Grummeln der Bevölkerung hat noch keinen Parlamentarier davon abgehalten, das Mandat für den Afghanistan-Einsatz zu verlängern. Solange Gauck keinerlei Andeutung macht, welche Art von militärischer Operation er meint, bleibt die Debatte pseudorelevant.

Gauck hat sich auf eine Missionsreise durchs eigene Land begeben, das er von überkommenen Vorstellungen befreien will. Noch immer, sagen einige seiner Mitarbeiter im Amt, renne Gauck gegen sogenannte "Linksprotestanten" an, die sich schwärmerisch auf Ostermärschen sammeln und gelegentlich in Talkshows herumhängen, gegen unverbesserliche Altachtundsechziger im Westen, gegen verblendete DDR-Nostalgiker im Osten. Vor 20 Jahren waren diese Menschen eine Macht, aber was haben sie heute noch zu sagen?

An einem warmen Sommertag steigt Heiko Lietz die Stufen zu seinem Büro in einem Pfarrhaus in Schwerin hoch. Irgendwas mit "Menschenrechten" steht auf dem

Schild, das Büro ist nur ein einziges Zimmer, auf dem Dachboden. Man muss den Nebeneingang des Hauses nehmen, sonst findet man Heiko Lietz nicht. Es gibt kein Telefon im Büro, keinen Computer, die Luft ist stickig. Lietz schnauft leise, als er die Tür öffnet, er ist 70 Jahre alt. Über seinen langjährigen Weggefährten Gauck sagt Lietz: "Er ist im Paradies angekommen." Er meint damit beides: das Amt des Bundespräsidenten und den Kapitalismus. Lietz fühlt sich bis heute hingezogen zu Gemeinschaften wie der "Freien Republik Klitschendorf", an eine Alternative zur Konsumgesellschaft will er weiterhin glauben.

Lietz und Gauck besuchten dieselbe Schule in Rostock, sie spielten gemeinsam Handball, beide studierten Theologie und wurden Pfarrer in der DDR, beide wurden von der Staatsmacht drangsaliert, aber Lietz war rebellischer.

Er nennt Gauck "einen mir vertrauten Menschen". Das Wort "Freund" vermeidet er. Gauck residiert in einem Schloss, Lietz muss sich von seiner Dachkammer eine enge Treppe hinabtasten, wenn er zur Toilette will.

Lietz und Gauck wurden Teil der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Gauck hielt auf dem Kirchentag 1988 in Rostock eine bewegende Rede, das Westfernsehen brachte einen Ausschnitt, er rief den DDR-Herrschern zu: "Wir werden bleiben wollen, wenn wir gehen dürfen!" Dennoch sagt Lietz heute: "Gauck war in Wahrheit gar nicht präsent. Er war einfach nicht da, auch in Rostock nicht. Die Arbeit machten andere." Ganz zum Schluss, im Oktober 1989, sei Gauck aufgetaucht und habe eindrucksvolle Reden gehalten. Lietz sagt: "Das Etikett des großen Bürgerrechtlers ist falsch."

Gauck hat sich dieses Etikett nicht selber angeklebt, Herr Lietz.

"Aber er hat es auch nie dementiert. Er hat ein Missverständnis aufrechterhalten."

Lietz setzte damals seine Existenz aufs Spiel, so weit ist Gauck nie gegangen. Lietz warf seinen Job als Pfarrer hin. Die SED-Herrschaft musste zusammenbrechen, ein anderes Lebensziel kannte er nicht mehr. Gauck blieb Pfarrer und kümmerte sich um Gefangene. Er schmiss nicht hin, er hielt aus. Er leistete Widerstand, begrenzte

aber sein persönliches Risiko. Deswegen stand er am Ende als Sieger zur Verfügung, als es etwas zu feiern gab.

Nach der Wende landete Gauck im besten Deutschland aller Zeiten, Lietz suchte weiterhin danach. "Ich bin nicht in sein Boot gesprungen", sagt er. "Gaucks Ansatz ist nicht biblisch, sondern politisch-rational, eingesenkt in einen theologischen Sound." Oft habe Gauck ihm vorgehalten: Wer mit der Bergpredigt Politik machen wolle, gehöre auf die Couch.

Wenige Tage bevor Gauck im März 2012 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, lud er Heiko Lietz ein, im Reichstag dabei zu sein. Lietz war überrascht. Er hatte mit zehn anderen ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern im Tagesspiegel eine misstrauische Erklärung gegen den künftigen Bundespräsidenten abgegeben. Auch Friedrich Schorlemmer hatte unterzeichnet. "Gaucks Denken über Freiheit ist von dem Begriff individueller ›Selbstermächtigung‹ bestimmt", hieß es, "uns geht es um die Freiheit aller."

Aber Gauck war nicht nachtragend. Im Reichstag saß Lietz dann in der Loge neben Gaucks Familie. Anschließend nahm Lietz sich vor, sich "nicht mehr zu intensiv" mit diesem Menschen zu beschäftigen. Er muss die Gefahr geahnt haben, sich an Gauck ewig abzuarbeiten.

Am Ende des Gesprächs auf dem Schweriner Dachboden holt Lietz einen dicken Aktenordner hervor, in dem er all die Artikel und Notizen über Gauck gesammelt hat. "Wenn Sie ihn sehen, brauchen Sie ihm keine Grüße zu bestellen", sagt er noch und bleibt in seiner Kammer zurück.

Joachim Gauck empfängt zum Gespräch in seinem Amtszimmer im Schloss Bellevue. Ein prachtvoller Teppich, Gemälde an den Wänden. Stille. Draußen, auf dem Rasen vor dem Schloss, schleicht einer der zahmen Füchse herum, die sich vor Menschen nicht mehr fürchten, seit sie die deutschen Bundespräsidenten kennen.

Dann öffnet sich eine weiße Tür, die in eine weiße Wand eingelassen ist, so als habe man den Zugang tarnen wollen. Gauck tritt herein und setzt sich an den polierten Besprechungstisch. Am Tag zuvor hat ihn die Bild-Zeitung seitenfüllend zu einem "Bürger-Präsidenten" proklamiert. Macht ihn das stolz? Er schaut einen an, als habe

man den König beleidigt. Während des Gesprächs, aus dem man nur wenige Sätze zitieren darf, sagt er: "Ich bin ein Bürgerpräsident, weil ich von unten komme. Das ist für mich auch heute noch ein höchst erstaunlicher Vorgang."

Inzwischen habe er ein "natürliches Gefühl für die Grenzen des Amtes gefunden. Mich treibt weniger als zu Beginn die Sorge um, ob ich diese Grenzen überschreite."

Gauck spricht auch über die Rolle der Bundeswehr, er sagt: "Es gibt Situationen, in denen militärische Einsätze als letztes Mittel gerechtfertigt sind – aber wir begrenzen sie strikt."

Ist der Westen in Afghanistan nicht gescheitert, Herr Gauck? "Nicht alles, was der Einsatz erreichen sollte, hat er auch erreicht. Aber das heißt noch nicht, dass er vergeblich war." Dann verschwindet er wieder hinter der weißen Tür.

Verlässt man das Schloss Bellevue, dann klingen seine Antworten eine Weile nach. Gauck nannte den Westen "eine Verabredung von Werten". Er gibt einem immer das Gefühl, auch er sei aus einer Verabredung hervorgegangen – dem Plan, den fundamentalen Gedanken des Landes durch einen einzigen Menschen Gehör zu verschaffen. Vieles, was sich in seinem Leben ereignet hat, verbindet er zu einer gedanklichen Linie, einer ziemlich geraden Linie, die im Kommunismus begonnen hat.

Als Joachim Gauck noch ein kleiner Junge war, der in dem Dorf Wustrow an der mecklenburgischen Küste aufwuchs, nahm ihm der Stalinismus den Vater. Jochen nannten Freunde den Vater, Jochen nannten Freunde auch den Sohn. Jochen, der Sohn, war elf Jahre alt, als sein Vater in einen sowjetischen Gulag verschleppt wurde, wegen angeblicher Spionage. Zwangsarbeit in Sibirien. Bäume fällen, Hunger, Magenkrankheiten, dann Arbeitserleichterung. Der Vater räumte Latrinen aus. Erst 1955 kam er frei.

Diese Geschichte hat Joachim Gauck seinen zwei Söhnen und zwei Töchtern oft erzählt, Christian Gauck kann sich gut daran erinnern. Er ist das älteste der Kinder, Arzt in einem Hamburger Krankenhaus. Er sitzt in einem Café und erzählt davon, dass die Familie zwar im Osten wohnte, sich aber im Geiste im Westen bewegte. Noch

heute träume er davon, wie er damals darum kämpfte, endlich dorthin zu gelangen. "Schon verrückt", sagt er, "wie einen das noch immer beschäftigt."

Christian Gauck wurde wegen seines Pastorenvaters in der Schule von Lehrern schikaniert. Er durfte nicht studieren, nicht Arzt werden. Schließlich stellte er mit seinem jüngeren Bruder einen Ausreiseantrag, und Christian Gauck erlebte einen Vater, den er nicht kannte. Joachim Gauck unterstützte die Söhne nicht, er sagte: "Ihr seid nicht im Gefängnis. Ihr könnt für die Demokratie kämpfen." Er verlangte von ihnen, sich so zu verhalten, wie er selbst es tat.

Als der Ausreiseantrag schließlich genehmigt worden war, 1987, stand Joachim Gauck mit seiner Frau Hansi auf einem Bahnsteig in Rostock. Er wirkte ungerührt und kalt, seine Frau sagte zu ihm: "Andere Menschen haben ein Herz. Was hast du?" Joachim Gauck, so erinnert sich der Sohn, habe gesagt: "Die Kinder haben doch, was sie wollen. Warum bist du traurig?" Dass sie die Söhne jemals wiedersehen würden, war damals alles andere als sicher. Die Kinder, die Mutter, alle brachen in Tränen aus, nur Joachim Gauck nicht. Von dieser Szene hat er später selbst öffentlich berichtet.

Nach der Wende, als er nach Berlin gezogen und Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde geworden war, verließ er Hansi und die damals zwölfjährige Tochter Katharina. Die beiden blieben in Rostock-Evershagen zurück, einem trostlosen Plattenbauviertel, das die Ehefrau immer gehasst hatte. Sie war nur dort hingezogen, weil Joachim Gauck es so verlangt hatte. Er hatte dort unbedingt Pfarrer werden wollen.

Gauck war bald mit einer neuen Partnerin zusammen, der strahlend schönen Journalistin Helga Hirsch, damals noch Polen-Korrespondentin der ZEIT. Hansi Gauck litt furchtbar unter der Trennung, und Christian schrieb seinem Vater einen vorwurfsvollen Brief: "Warum hast Du das getan?"

Christian möge ihn bitte nicht verurteilen, antwortete Joachim Gauck und erklärte, was in ihm vorgegangen war. "Ich habe ihn danach besser verstanden", sagt Christian Gauck. Warmherzig sei sein Vater in den letzten Jahren geworden, "so haben wir ihn früher nicht gekannt".

Nach ein paar Jahren trennte sich Helga Hirsch von Joachim Gauck. Sie wollte seine Nähe nicht mehr ertragen, sie hält überhaupt die Nähe in einer engen Beziehung nicht gut aus, aber die Verbindung zu ihm blieb. Seit Langem ist Joachim Gauck inzwischen mit Daniela Schadt zusammen, wieder einer Journalistin, diesmal von der Nürnberger Zeitung. Manchmal treffen sie sich abends zu dritt in Gaucks Dienstvilla, essen gemeinsam und besprechen sich.

Helga Hirsch ist offiziell Beraterin des Bundespräsidenten, sie hat einen Vertrag als freie Mitarbeiterin. Meist arbeitet sie zu Hause in Berlin-Wilmersdorf, ihr karges Büro in einem Nebengebäude des Amtes nutzt sie nicht. Es gibt dort nicht mal Internet. "Den Einfluss dieser Frau auf ihn kann man kaum überschätzen", sagt einer, der die beiden seit 20 Jahren kennt, "sie hat ihm den Westen erklärt."

Im Amt wird Helga Hirsch misstrauisch empfangen, weil ihr Sonderverhältnis zum Präsidenten einigen Mitarbeitern nicht geheuer ist. Sie bespricht sich mit Gaucks Planungschef draußen bei einer Tasse Tee, manchen Referenten im Amt ist sie fachlich überlegen. Auf Gaucks Dienstreisen sieht man sie nicht, sie bereitet aber Reden vor, die Gauck in Osteuropa hält. "Schau mal drauf", sagt er vorher. Gauck ist ein brillanter Redner, aber er kann nicht schreiben. Es reicht nur für Textbausteine, die seine Mitarbeiter verwerten müssen.

Wenn Helga Hirsch ihm mailt, antwortet er ihr direkt. Sie sind ein eingespieltes Team. Helga Hirsch erarbeitete für ihn auch die Autobiografie. Spätabends fuhren sie in seine Wohnung, um über das Buchmanuskript zu reden, nachts brachte Gauck sie heim. Seine Partnerin Daniela Schadt muss eine bemerkenswerte Frau sein. Sie hat volles Vertrauen in ihn. Das sagen alle, die die beiden seit Langem kennen.

Besucht man Daniela Schadt in ihrem Arbeitszimmer im Schloss Bellevue, dann trifft man auf eine Frau, die lauter Sätze sagt, die auch Joachim Gauck sagen könnte. "Was Jochen und ich sehr ähnlich sehen: Es ist entmutigend, wenn immer nur die Probleme benannt werden, ohne zu zeigen, wie viele Menschen sich für deren Lösung einsetzen." Sie sitzt vor einer cremefarbenen Wand auf einem cremefarbenen Sofa neben einer cremefarbenen Lampe, die vor cremefarbenen Vorhängen steht, und es würde einem schwindelig, wenn sich nicht Daniela Schadt in ihrem grün gemusterten Sommerkleid als Orientierungspunkt anböte. Sie kann sehr lebendig über Gaucks

Vorzüge reden, und wenn man sie danach fragt, was sie nicht an ihm mag, dann antwortet sie: "Ich runzle die Stirn über seine zuweilen ungebremste Begeisterungsfähigkeit." Bremsen Sie ihn dann, Frau Schadt? "Nein, ich finde diese Fähigkeit ja auch gut." Gauck interessiere sich besonders für Psychologie, sagt sie, für die Frage "Wie definiere ich mich?".

Nach der Wende nahm Gauck an Therapiekursen teil, die ein Pfarrer in einem Seelsorge-Seminar gab. Danach war Gauck ausgiebig mit sich selbst beschäftigt, ein Zustand, der bis heute angehalten hat.

Fährt man zu dem Mann, der damals Gaucks Seminarleiter war, zu Klaus-Dieter Cyranka in Halle an der Saale, dann sagt er: "Jochen ist ein Beziehungshersteller." Gauck nennt Cyranka inzwischen seinen besten Freund, Cyranka sieht das genauso. Sie kennen einander seit 40 Jahren. Cyranka ist heute Rentner. Er sagt: "Wenn Jochen keine Beziehung zu einem Menschen herstellen kann, wird er hilflos." Mit seinem Bedürfnis nach ständiger Nähe habe er Helga Hirsch überfordert. Und dennoch lebe die Beziehung zu ihr fort, auf intellektueller Ebene.

Auf Gaucks Familienfeiern, bei denen Cyranka manchmal zu Gast ist, erlebt er etwas Erstaunliches: Gaucks Verhältnis zu seinen Söhnen scheint wieder intakt, auch das zu den Töchtern. Sogar die verlassene Ehefrau, die allein in Rostock lebt, feiert mit, genau wie Gaucks Lebenspartnerin Daniela Schadt. Cyranka sagt: "Ich hätte mir nie vorstellen können, dass so was gelingt." Gauck beendet Beziehungen nicht, er verwandelt sie. Aus jeder zerbrochenen Liebe rettet er etwas von der alten Verbundenheit. So ist zu erklären, dass eine Frau, die sich in ihn vor langer Zeit verliebte, heute in einem Café sitzt und sagt: "Wenn es mit ihm geklappt hätte, dann hätten wir bald Silberhochzeit."

Joachim Gauck, im Kriegsjahr 1940 geboren, hat das System der DDR verachtet, das System überwunden, war auf dem Weg zum Bundespräsidenten zunächst Kandidat und Verlierer, dann Kandidat und Sieger – er hat erreicht, was er erreichen wollte. Sein Wegbegleiter Hansjörg Geiger, der Gaucks wichtigster Mann in der Stasi-Unterlagen-Behörde war, sagt: "Ich glaube, er freut sich jeden Tag, dass er Bundespräsident ist." Gaucks Sohn Christian sagt: "Er ist einfach echt. Dafür mögen wir ihn."

Joachim Gauck ist inzwischen so beliebt, dass der Grünen-Chef Cem Özdemir im Mai auf die absurde Idee kam, mehr als zwei Jahre vor dem Ende der Amtszeit Gaucks für eine weitere zu werben. Gauck wäre dann 77. Obwohl er stockkonservative Werte vertritt, gefällt er erstaunlich vielen Grünen. Gaucks Liebe zum Vaterland kommt ohne jeglichen Nationalismus aus, sie ist erfüllt von dem Stolz des Siegers auf das Ende der SED-Diktatur. So sehen Grüne in ihm einen Anwalt der Menschenrechte, die SPD erkennt seinen Bürgersinn, die CDU den christlichen Glauben, die FDP die Freude an der Marktwirtschaft. Sie alle halten Joachim Gauck für ihre ureigene Erfindung, während er sich in diesem staatstragenden Missverständnis sonnt.

Gauck hat es sogar geschafft, aus kritischen Medien einen Club von Anhängern zu machen. "Gauck hat recht", das ist inzwischen ein gängiger Satz in deutschen Leitartikeln. So schnell sein Vorgänger Wulff als der Falsche abgestempelt worden war, so bedenkenlos wurde Gauck zum Erlöser erkoren. Nach der Verkleinerung Wulffs drängte sich die Vergrößerung Gaucks auf.

Joachim Gauck hat sich, so muss man es sagen, auf ganzer Linie durchgesetzt. Er ist nie gefallen, nicht einmal gestolpert. Oder doch?

Vor 14 Jahren suchte Gauck eine neue Aufgabe, die Zeit der Gauck-Behörde lag hinter ihm. Da schlug Heribert Schwan vom WDR eine politische Talkshow vor, mit Gauck als Moderator. Um einen Seiteneinsteiger wie ihn an den mächtigen Chefredakteuren und Kulturchefs der ARD vorbei ins Programm zu schleusen, musste Heribert Schwan, der Erfinder der Sendung, seine enge Verbindung zum WDR-Intendanten Fritz Pleitgen ausreizen. "Schwan, Sie sind der Held der ARD, wenn Sie das schaffen", habe Pleitgen damals gesagt. Schwan strengte sich an.

Er besorgte Gauck ein weit überdurchschnittliches Honorar, ein imposantes Fernsehstudio, eine kleine Redaktion. Der Sender bezahlte auch die Anzüge, die der Talkmaster Gauck trug. Angela Merkel trat bei ihm auf, Joschka Fischer, trotzdem wurde die Show nach 20 Sendungen abgesetzt. Die Quoten waren schlecht, Gauck kam nicht an.

"Wir haben ihn damals gesteuert", sagt Schwan, "ihm Fragetechniken beigebracht." Ohne Menschen, die ihn bemuttern, sei er aufgeschmissen. "Die Gauck-Behörde hätte eigentlich Geiger-Behörde heißen müssen", sagt Schwan, "alle rechtlichen Konflikte hat sein Direktor Geiger gelöst." Schwan wunderte sich über Gauck. Wozu Willy Brandts Ostpolitik denn gut gewesen sei, habe Gauck ihn gefragt. "Über Gerhard Schröder und Helmut Schmidt hat er gelacht." Schwan sagt: "Es wäre an der Zeit, Joachim Gauck tiefer zu hängen."

An einem Abend in Prag ist der Bundespräsident mit Daniela Schadt im Palais Lobkowicz erschienen, dem Dienstsitz des deutschen Botschafters. Es ist der 6. Mai, Staatsbesuch Gauck. Seit Tagen ist er in Tschechien unterwegs, er hat getrauert, gelacht und geweint. Er ging als Staatsmann würdevoll neben einer merkwürdigen Gestalt her, dem tschechischen Präsidenten. Miloš Zeman ist vier Jahre jünger als Gauck, aber er stützt sich beim Gehen auf einen Stock. Er ist krank, hat in seinem Leben Unmengen von Alkohol in sich hineingekippt. Es fehlte nicht viel, dann wäre Zeman bei einem öffentlichen Auftritt im Mai 2013 in die böhmischen Kronjuwelen gefallen. Gehen die beiden nebeneinander her, muss Gauck sich bremsen, damit Zeman mithält und nicht stolpert.

Kurz vor dem Ende der Reise bittet Gauck zu einem seiner Hintergrundgespräche, über deren Inhalte man nicht berichten darf. Man darf aber sagen, dass Daniela Schadt souverän neben ihm sitzt wie eine kritische Moderatorin, während seine Pressesprecherin darauf drängt, zügig zum Ende zu finden. Gauck hat sich, wie so oft in seinem Leben, in der Mitte zwischen zwei Frauen platziert, die ihn glänzen lassen.

Als das Gespräch vorüber ist, bittet Gauck die Journalisten, ihm zu folgen. "Das muss ich Ihnen zeigen", sagt er und öffnet eine Tür. Sie führt zu den privaten Räumen des Botschafters. Dort steht dessen Frau, sie schaut Gauck unsicher an. Da schreitet der Bundespräsident an ihr vorbei und zeigt den Journalisten den atemberaubenden Blick auf die erleuchtete Prager Burg. Er wendet der Hausherrin den Rücken zu, steht mit einem Glas Rotwein in ihrem Wohnzimmer und deutet aus ihrem Fenster, aber er tut so, als gehöre das Wohnzimmer ihm.

Aktion Schreibtisch

Sein wohl ambitioniertestes Ziel hat Entwicklungsminister Dirk Niebel nicht erreicht: Helmut Kohls Schreibtisch zu ergattern. Dabei hat sein Haus wirklich alles versucht

Von Robin Alexander, Welt am Sonntag, 03.11.2013

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz BMZ, ist ein gewaltiger Apparat. Fast 800 Beamte verteilen jährlich einen Etat von über sechs Milliarden Euro in über 50 Ländern rund um den Globus unter dem schönen Motto: „Wir machen Zukunft. Machen Sie mit.“ Dirk Niebel, der als FDP-Generalsekretär das BMZ noch abschaffen wollte, hat es als Minister seit 2009 nach eigener Einschätzung zu neuer Bedeutung geführt: „Das ist nicht mehr das Almosenministerium, das ist das Globalisierungsministerium von Dirk Niebel“, verkündete er stolz.

Doch Globalisierungsminister Niebel hatte auch an der Heimatfront Großes vor. Mit Akten, die der "Welt am Sonntag" zugespielt wurden, lässt sich nun das wohl ambitionierteste politische Projekt aus Niebels Amtszeit nachzeichnen. Nennen wir es „Operation Schreibtisch“.

Dabei geht es nicht um irgendein Büromöbel, sondern um ein ganz besonderes: groß, dunkelbraun, alt, aus edlem Palisanderholz. In seiner Wuchtigkeit nicht gerade ein Objekt moderner Innenausstattung, aber eines mit historischem Flair. Es geht um nicht weniger als den Schreibtisch von Helmut Kohl. 16 Jahre lang hat der Kanzler der Einheit daran Politik gemacht und Geschichte geschrieben – von 1982 bis 1998 im ehemaligen Bundeskanzleramt in Bonn. Das Gebäude ist heute der Hauptsitz des BMZ, das wie viele Ministerien auch nach dem Umzug der Regierung in der „Bundesstadt Bonn“ blieb.

Hier sieht es noch nach Bonner Republik aus: Die aus alten „Tagesschau“-Sendungen bekannte schöne Skulptur „Large Two Forms“ von Henry Moore steht noch davor, aber drinnen wird jetzt afrikanische Kunst ausgestellt. „Als hätte sich am Rhein ein Dritte-Welt-Diktator hochgeputscht“, bemerkt ein sentimentaler Architekturkritiker in der „Süddeutschen Zeitung“ pikiert: „Dabei ist es nur Dirk Niebel, der hier regiert.“

Als der 2009 den Laden übernahm, ließ er wohl Inventur machen. Jedenfalls merkte einer seiner Leute: Ein Schreibtisch fehlt im alten Kanzleramt. Der Schreibtisch. Noch am Tag der Amtsübernahme von Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ Helmut Kohl nämlich den Tisch in seine neues Abgeordnetenbüro tragen. Später zog er mit dem gesamten Bundestag an die Spree. Dort steht er heute noch im Büro des Altkanzlers, das pikanterweise in dem Gebäude untergebracht ist, in dem zu DDR-Zeiten die Volksbildungsministerin und Diktatorengattin Margot Honecker residierte. Kohls Schreibtisch ist also bei Kohl.

Aber da sollte er nicht bleiben. Dafür warf das BMZ seinen ganzen Apparat an. Zuerst begann „Operation Schreibtisch“ ganz klein, bei Judith Koppetsch, einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin der Stiftung Haus der deutschen Geschichte. Die Historikerin stellte eine kleine Ausstellung in drei Räumen des ehemaligen Kanzleramtes zusammen und fragte höflich im Büro Kohl an, wo denn der Schreibtisch sei. „Wir sind dann so verblieben, solange Kohl seinen Schreibtisch braucht, bleibt er dort“, erinnert sich Koppetsch. Geärgert hat die Historikerin das nicht, schließlich wird das ehemalige Büro des Kanzlers als profanes Besprechungszimmer im BMZ genutzt und ist für Fans der Bonner Republik nur am jährlich einmal stattfindenden Tag der offenen Tür zu besichtigen.

Doch die brave Wissenschaftlerin dachte zu unpolitisch. Ganz anders als Hans-Jürgen Beerfeltz. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer der FDP war mit Niebel ins BMZ gekommen – als Staatssekretär, als Nummer zwei im Ministerium, ja als Niebels rechte Hand. Und Beerfeltz sah gar nicht ein, dass Kohl seinen Schreibtisch behalten wollte: „Der Tisch gehört der BuReg!!“, vermerkte er mit doppeltem Ausrufezeichen handschriftlich in den Akten, die ihm mitteilten, dass Kohl seinen Tisch behalten

wollte. Beerfeltz legte gleich den bürokratischen Schlachtplan fest: „Brief“, „Einladung“, „Übernahme Tisch mit Presseaktion“!

Eigentlich hätte der Staatssekretär mit dem Megaprojekt der Zusammenlegung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und dem Deutschen Entwicklungsdienst zur „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ voll ausgelastet sein müssen. Aber für den Kampf um den Schreibtisch nahm er sich Zeit. Den Sinn des Aufwandes verrät eine weitere Anmerkung: „den möchte ich dann mit Foto-T. (Termin, die Redaktion) in Empfang nehmen“, vermerkte Beerfeltz: „danke!“ Dass Politiker einiges tun, um ein Foto mit dem Regierungschef zu bekommen, ist bekannt. Ein Bild mit einem Kanzler-Schreibtisch ergattern zu wollen, ist zumindest eine originelle Idee.

Die aber mit allem Nachdruck betrieben wurde. Jetzt wurde eine Operation eingeleitet, bei der ein Großteil der BMZ-Führung involviert war. Der Vorgang ging nicht nur an Staatssekretär Beerfeltz, sondern ausweislich der Akten auch an Werner Bruns, den „politischen Direktor“, Leiter der „Abteilung 1“ mit Zuständigkeit für „Zivilgesellschaft und Wirtschaft“. Ebenfalls involviert: Ministerialrätin Gisela Hammerschmidt, Leiterin der „Unterabteilung 21“ für „Grundsatzfragen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit“. Für einen Möbeltransport von Berlin nach Bonn wurde erstaunlicherweise auch die „Unterabteilung 30“ eingeschaltet unter Ministerialdirigentin Gudrun Grosse Wiesmann – Zuständigkeit laut Ministeriums-Organigramm: „Afrikapolitik“. Und schließlich auch noch das „Referat 101“: „Veranstaltungsmanagement“.

Diese geballte Beamtenkompetenz wurde politisch von allerhöchster Stelle überwacht: Staatssekretär Beerfeltz zeichnete alles mit seiner Paraphe ab und vermerkte stets: „BM z.K.“ – Bundesminister zur Kenntnis. „Operation Schreibtisch“ war also Chefsache. Unter dem Geschäftszeichen „101 O5000-0062/001“ ging es jetzt richtig los. Die Beamten wagten zwar noch nicht, einen Möbelwagen zu bestellen, gaben aber mutig den „Entwurf eines Anschreibens an Herrn Dr. Kohl“ in Auftrag.

Eine Prozedur, den bürokratie-unerfahrene Leser vielleicht unterschätzten. Denn im BMZ muss jeder Vorgang vor seiner Durchführung intern bewertet werden – mit einem „Strategiebarometer“. Diese Innovation war von Niebel eingeführt worden, der

die Entwicklungspolitik mit modernen Managementmethoden aus der „Schlabberpulli-Ecke“ holen wollte. Es gehe um „mehr Freiheit in Verantwortung“ begründete Staatssekretär Beerfeltz das „Strategiebarometer“ bei seiner Einführung, das „Angstmanagement“ wollte man hinter sich lassen: „Ich sehe das BMZ nicht als Obrigkeitsverwaltung wie das BMF“ (das Finanzministerium). Die „roten Gittermappen, die ungefähr seit Max Weber wohl ein klassischer Weg der Behördenkommunikation sind“, würden nun abgelöst, durch eine Methode, „die gewährleistet, dass das Thema Wirksamkeit nicht wolkig bleibt, sondern von Anfang an konsequent mitbedacht wird“.

Besser regieren als Max Weber und Wolfgang Schäuble? Konkret bedeutete das bei der „Operation Schreibtisch“: Die Beamten mussten auf einer Skala von 1 bis 10 bewerten, wie sinnvoll der Transport des Möbels unter folgenden Gesichtspunkten sei: „Gute Regierungsführung, Bekämpfung der Bildungsarmut, Beteiligung der Wirtschaft, Einbeziehung der Zivilgesellschaft, hohe Wirksamkeit, bessere Sichtbarkeit“. Erstaunliches Ergebnis für den Schreibtisch: Immerhin zwei von zehn möglichen Punkten. Ob irgendeine Maßnahme des Ministeriums in der Legislaturperiode mit 0 oder 1 auf dem Strategiebarometer abgeschnitten hatte? Dies herauszufinden bleibt Historikern vorbehalten. Das BMZ bestätigte der „Welt am Sonntag“ zwar, dass man sich um Kohls Schreibtisch bemüht habe, aber weder Minister Niebel noch Staatssekretär Beerfeltz wollten sich persönlich dazu äußern.

Nicht immer war man so pressescheu. Das zeigt die zweite, ministeriumsinterne Analyse zu „Operation Schreibtisch“. Im Reich Niebels musste nämlich jede Aktion des Ministeriums zusätzlich noch auf seine „Relevanz für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ bewertet werden. Und hier bekam die Operation ein ermunterndes „Ja“. Es ging, wir erinnern uns, schließlich um ein Foto.

Die Beamten focht nicht an, dass Vorsondierungen bei Kohl durch das Haus der Geschichte bereits abschlägig beschieden worden waren. Kein Wunder, der Schreibtisch hat für Kohl eine enorme emotionale Bedeutung. Sein Nachfolger Gerhard Schröder hatte dies 1998 erkannt und Kohl im Stile eines Gentlemans signalisiert, dass er selbstverständlich über die persönlichen Dinge im Kanzleramt verfügen könne. Die legendäre Sammlung von 700 Elefantenfiguren erhielt seine

langjährige Büroleiterin Juliane Weber. Das ebenfalls legendäre 240-Liter-Aquarium mit Panzerwelsen, Skalaren und Beilbäuchen schenkte Kohl aus Dankbarkeit einem Polizisten, der ihn lange bewacht hatte. Streng genommen waren die Fische auch Staatseigentum, aber eine Rückführung der historischen Tiere ins BMZ steht trotzdem nicht an. Das Aquarium zerbarst wenige Jahre nach seinem Übergang in private Hände bei einem Wohnungsbrand. Kohl blieben Bücher, eine Deutschlandfahne und eine geschnitzte Madonnenstatur, die ihm Mutter Teresa einst schenkte – und sein Schreibtisch.

Doch das BMZ ließ sich nicht durch Sentimentalitäten aufhalten. „Operation Schreibtisch“ ging weiter. Staatssekretär Beerfeltz schrieb auf Grundlage der durch das Strategiebarometer bewerteten Vorlage nun einen zweiseitigen persönlichen Brief an den Altkanzler: „Ich wende mich heute mit einem Anliegen an Sie, das mir sehr am Herzen liegt.“ Nach einigen Schmeicheleien kommt er auf den Schreibtisch zu sprechen: „Es wäre ein nicht zu übertreffender Gewinn für das Gebäude und seine Gäste, wenn das Kanzlerarbeitszimmer mit diesem historischen Schatz bestückt und weiter vervollständigt werden könnte.“ Erst zum Schluss lässt er die Katze aus dem Sack: „Das Ergebnis der Übergabe würde ich gerne mit einem Pressetermin unter Beteiligung des ‚Hauses der Geschichte’ verbinden, zu dem ich Sie und Ihre Frau schon jetzt herzlich einlade.“ Der Staatssekretär schließt lapidar: „Die Einzelheiten könnten dann rechtzeitig abgestimmt werden.“

Aber so weit kam es nicht. Wie die Bestellung eines Möbelwagens im „Strategiebarometer“ des BMZ bewertet worden wäre, werden wir nie erfahren. Nicht Helmut Kohl, sondern die Leiterin seines Büros antwortete in einem knappen, ja schroffen Fünfzeiler: „Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, dass er seinen Schreibtisch in seinem Berliner Büro in Gebrauch hat.“

War die Aktion mit dieser Absage endlich vorbei? Noch nicht. Staatssekretär Beerfeltz malte einen Smiley neben den letzten Satz von Kohls Schreiben, schrieb „BM“ darauf, damit der Brief an Niebel weitergeleitet würde, und kreuzte im Behördenstempel an: „w.V.“ – weitere Veranlassung. Dazu wird es nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag wohl nicht mehr kommen. Es war also der Wähler, der die "Operation Schreibtisch" gestoppt hat.

Abflug

Als seine FDP längst verschwunden ist, sorgt sich Guido Westerwelle noch einmal um das Große und das Kleine. Um den Weltfrieden, afrikanische Elefanten – und sein Vermächtnis als deutscher Außenminister.

Von Alexander Osang, Der Spiegel, 07.10.2013

Das Wundersame am Politiker Guido Westerwelle ist, dass er mit zunehmender Bedeutung sein Publikum verlor. Er ist ein Benjamin Button der deutschen Politik, ein Mann, der immer kräftiger wird, je mehr er sich dem Ende nähert. Als kindliche Knallcharge der FDP kannten ihn alle, als erwachsener Staatsmann geriet er in Vergessenheit. Als er nun, ganz am Ende und auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn, einen staatsmännischen Schwanengesang anstimmt, hört kaum noch jemand zu.

Westerwelle steht in der Generalversammlung der Vereinten Nationen und spricht über Deutschland, Europa und die Welt. Sein Gesicht flimmert auf zwei großen Leinwänden hinter ihm. Es sieht ernst aus, blass, die Krawatte ist blau. Der Saal ist nur zu einem Drittel gefüllt. Die 68. Uno-Generalversammlung ist fast vorbei. Die Topstars Obama und Rohani sind abgereist, die absurden Sicherheitskontrollen der Uno-Faschingspolizei haben nachgelassen. Es war eine aufregende Woche, nun ist der Morgen danach, die Welt wirkt verkatert. In der sechsten Reihe schlafen die beiden Abgesandten von Trinidad und Tobago.

Die Uno wird renoviert, sagt Guido Westerwelle und schaut durch den Ausweichsaal, in dem sie heute tagen, eine Turnhalle eher als ein Konferenzraum. Man solle die Renovierung nicht auf die Gebäude beschränken. Man müsse die Welt endlich sehen, wie sie ist. Er umkreist den Arabischen Frühling, die Verbrechen in Syrien, das sich öffnende Land Iran, das israelisch-palästinensische Verhältnis. Krisenherde, die man eher mit politischen als mit militärischen Mitteln befrieden müsse. Er beschreibt die neuen Weltenspieler Südamerikas und Asiens, er skizziert Deutschlands Rolle in Europa.

Es sind die drei Eckpunkte seiner Ära als Außenminister. Die Kultur der militärischen Zurückhaltung. Die neuen Kraftzentren in der Welt. Europa. Das war ihm wichtig. Guido und wie er die Welt sah. The world according to Guido.

"Diese Woche in New York war eine gute Woche für die Welt", sagt Westerwelle.

Ein großer Satz. Wo soll er künftig hin mit diesen Sätzen, in Charlottenburg?

Die Woche, die gut für die Welt war, begann schlecht für ihn. Seine Partei verlor bei der Bundestagswahl, Guido Westerwelle wird bald kein Außenminister mehr sein, kein Abgeordneter. Er wird keinen Schreibtisch in der Politik mehr haben, kein Vorzimmer, keinen Fahrservice und keinen Sicherheitsdienst. Ein Politiker verschwindet, und Westerwelle kämpft gegen das Vergessen.

Er saß mit den wichtigsten Außenpolitikern der Welt in Sitzungen, wo über das iranische Atomprogramm und die Kontrolle der Chemiewaffen in Syrien beraten wurde. Gestern noch trat er vor die Weltpresse, um vom neuen, entspannteren Verhältnis zwischen Iran und den USA zu berichten. Vor ihm sprach der russische Außenminister Lawrow, nach ihm der amerikanische Kerry. Hinter ihm hing der Wandteppich mit Picassos "Guernica". Guido Westerwelle stand im Weltenfeuer.

Er war überall. Er sorgte sich um den Nahen und den Fernen Osten, aber auch um die afrikanischen Elefanten. In der Mitte der Woche lud Guido Westerwelle gemeinsam mit Ali Bongo Ondimba, dem Präsidenten von Gabun, zu einer Konferenz, auf der über die zunehmende Wilderei an Elefanten und Nashörnern beraten wurde. Der deutsche Außenminister informierte die Welt darüber, dass noch vor fünf Jahren ein Dutzend Nashörner getötet wurden, während es im vorigen Jahr bereits 700 waren. Er saß mit Ondimba im Präsidium des Konferenzsaals Nummer 1 und sprach über Elfenbein und Organisierte Kriminalität. Weißer Jäger, schwarzes Herz. Anschließend traten die beiden Männer mit ernsthaften Mienen vor die Presse. Ein seltsames Paar, dachte man.

In Gabun sterben Elefanten, in Deutschland stirbt die FDP.

Deutschland bleibt ein verlässlicher Partner in Europa, sagt Guido Westerwelle am Ende seiner Rede vor der Generalversammlung. Er ordnet sein Manuskript und tritt

vom Rednerpult zurück. Der blasse Deutsche verschwindet von der Leinwand, er geht ein paar Schritte auf die Tür am Rücken des Saales zu, die ein Sicherheitsbeamter aufhält. Er verlässt die Weltbühne, es kommt der Außenminister Rumäniens. Irgendeiner kommt ja immer.

Ein paar Stunden später fährt Guido Westerwelle in einer Kolonne durch New York. Sie holen ihn aus dem Hotel Four Seasons ab, wo er immer schläft, wenn er hier ist. Er liebt New York. Die Energie. Vom Four Seasons ist es nicht weit bis zum Central Park, wo er joggt. Er mag Metropolen. Auch Istanbul, Hongkong, Tel Aviv. Die deutsche Kolonne wird von der New Yorker Polizei durch die Rushhour geleitet, sie fährt direkt und ohne lästige Kontrollen auf das Rollfeld des John-F.-Kennedy-Flughafens, wo der Regierungs-Airbus steht. Er wartet hier seit fünf Tagen auf Guido Westerwelle. Der Pilot steht am Fuß der Gangway und schüttelt die Hand des Außenministers.

Die Macht entweicht aus Guido Westerwelle, und vielleicht sieht das Flugzeug deshalb noch größer aus als sonst. Es wirkt riesig und auch ein bisschen verzweifelt wie eine zu dicke Uhr. In Berlin reden sie über Regierungskoalitionen. Niemand braucht das Flugzeug im Moment. Als Westerwelle nach New York startete, waren vier deutsche Journalisten an Bord. Jetzt auf dem Rückflug sind noch zwei übrig. Zwei Journalisten, ein Außenminister, ein Airbus.

Alle prügeln in Deutschland auf die FDP ein wie auf ein totes Pferd. Guido Westerwelle macht erst mal weiter. Er bringt das Amt mit großer Disziplin zu Ende. New York war gut, aber er wäre in den schwersten Stunden seiner Partei lieber in Berlin geblieben. Das war keine Option. Er kneift nicht, so ist er nicht erzogen worden.

Er ist in seine Flugkleidung geschlüpft, blaue Strickjacke von Ralph Lauren, helle Hose, Slipper. Er sitzt im Konferenzraum im Bauch des Airbusses, Ledersofas, Tischchen aus edlem Holz, die man ausklappen kann. Der Airbus hat seine Reiseflughöhe ereicht, eine Tür öffnet sich, und der Steward kommt mit Rotwein. Und riesigen Gläsern. Es ist ja ein Abschiedsflug.

Westerwelle schwenkt den Rotwein, verschränkt die Beine, ein Arm hängt über der Rückenlehne des Ledersofas. Kapitänspose. Draußen wird es langsam dunkel, der Airbus überfliegt Nova Scotia.

Wie bei einem Ertrinkenden scheint an Guido Westerwelle sein politisches Leben vorbeizuziehen. Ab und zu öffnet sich die Kabinentür, und der Steward schenkt nach.

Westerwelle redet über Disziplin. Er redet über Verrat. Er redet über die Zukunft. Die westliche Welt hat sich der deutschen Kultur der militärischen Zurückhaltung angenähert. Eine große Genugtuung, das am Ende seiner Laufbahn erleben zu dürfen.

Er hat viel Zuspruch bekommen von seinen Kollegen bei der Uno, einige haben ihn zu sich eingeladen für die Zeit danach. Vielleicht macht er das. Vielleicht schreibt er ein Buch. Keine Memoiren, dafür ist er zu jung. Ein Reiseführer, das wäre doch was. Aber da muss er noch drüber nachdenken. Er will in so einer emotionalen Ausnahmesituation nicht entscheiden, was er künftig macht. Er ist ja keine dreißig mehr. Klar ist, dass er nicht zu einer einjährigen Wanderschaft in die Berge oder die Wüste aufbricht. Er findet Einsamkeit entsetzlich. Die Freunde bleiben. Er lebt in einer Freundesfamilie, in der sich glücklicherweise kaum Politiker befinden.

Er war so aufgeregt, als er das erste Mal vor die Vereinten Nationen trat. Das Herz schlug ihm in den Ohren. Inzwischen ist er seit vier Jahren in der außenpolitischen Gemeinschaft unterwegs. Die Welt hat auf die Wahl in Deutschland geschaut, und das hat auch mit ihm zu tun. Es ist auch nicht so üblich, dass ein deutscher Außenminister Gast in amerikanischen Talkshows ist. Er war zwei Jahre im Sicherheitsrat und hat wichtige internationale Konferenzen nach Deutschland geholt. Er will nicht von Vermächtnis reden, das sollen andere entscheiden.

Dann geht er essen. Es riecht schon so gut, sagt er. Essen und ein bisschen schlafen.

Als die Maschine Grönland überfliegt, sagt ein Mitarbeiter: Vor zweieinhalb Jahren, als Guido Westerwelle ganz unten war, habe er sich entschieden, sich noch einmal neu zu erfinden. Als Außenpolitiker.

In Berlin empfängt die Morgensonne die Delegation des Auswärtigen Amtes. Als die Mitarbeiter langsam aus dem Flugzeug steigen, ist Guido Westerwelle schon weg. Er hat ein anspruchsvolles Programm vor sich. Hohe Taktdichte, sagt er, Disziplin, keine Weinerlichkeit. Er bringt das ordentlich zu Ende.

Er besucht die Mitarbeiter in Berlin, seinen Wahlkreis in Bonn, er muss nach Afghanistan, um gemeinsam mit dem Verteidigungsminister das Bundeswehrlager in Kunduz zu schließen. Er wird am Festakt zum Tag der Deutschen Einheit nach Stuttgart reisen, in die Ukraine fliegen und auf der Frankfurter Buchmesse eine Rede zum Gastland Brasilien halten.

Mitte der Woche besucht er das Auswärtige Amt in Bonn, heute eine Außenstelle der Berliner Zentrale. Die Sonne scheint immer noch. Gestern Abend hat er sich im Rathaus mit seinem FDP-Kreisverband getroffen, um über die Wahl zu sprechen. Anschließend war er mit dem Chef des Kreisverbands bei dem Griechen, bei dem er schon vor 30 Jahren war. Deswegen rieche er vielleicht noch ein bisschen nach Knoblauch, sagt Westerwelle.

Das Bonner Außenministerium ist ein elegantes Gebäude, in dem man einen Agenten-Thriller aus den siebziger Jahren drehen könnte. Es würden nicht viele Menschen ins Bild laufen, nur ab und zu huscht ein Schatten über die langen Flure, einer gehört Walter Eschweiler, einem ehemaligen Fußballschiedsrichter, der als Konsul im Diplomatischen Dienst arbeitet. Er erzählt von der Mentalität der Südländer.

"Mañana, mañana", sagt Eschweiler.

Westerwelle sieht ihn an, lächelt. Der alte Konsul wirkt wie ein Möbelstück seiner Kindheitserinnerungen, ein Teil seiner Geschichte. Eschweiler wurde in Bonn geboren und hat die Abschiedsspiele von Franz Beckenbauer, Uwe Seeler und Horst-Dieter Höttges gepfiffen.

Westerwelle hüpft mit leichten Schritten durch das Haus. Dort oben war die "Brücke der Seufzer", sagt er und zeigt einen schmalen, gläsernen Gang, der zum ehemaligen Büro des Außenministers führt. Als er das erste Mal im Haus war, saß dort, am Ende der Brücke, Hans-Dietrich Genscher. Den kannte er aber schon von der

Geburtstagsfeier einer Bonner Freundin, deren Eltern mit den Genschers befreundet waren. Es gab Erdbeerkuchen mit Schlagsahne, und irgendwann stiegen Herr und Frau Genscher über den Jägerzaun des Grundstücks. Da war Westerwelle 17.

Jetzt ist er 51, nicht alt für einen Politiker und doch schon ein Urgestein, ein Bonner Elefant, bedroht wie die afrikanischen. Er wurde in Bad Honnef geboren, wo Konrad Adenauer starb. Mit Westerwelle geht, das sieht man erst jetzt, wo er so still geworden ist, ein Stück der alten Bundesrepublik.

Er öffnet die Tür zum Büro des Außenministers. Auch hier siebziger Jahre,

schlicht, gerade, elegant. Vor den Fenstern der Rhein.

An der Wand hängen die Porträts der deutschen Außenminister. Der erste war Adenauer, der letzte ist Westerwelle. Es sind erst elf.

Auf der Fahrt hierher hat ihn ein ehemaliger Ministerpräsident angerufen und ihm gesagt, er solle sich nicht sorgen, es gebe keinen politischen Entzug. Das Leben sei viel freier ohne die Politik.

"Im Dezember könnte es die neue Regierung geben, am 8. Dezember wird dann der Parteitag der FDP sein, und dann nehme ich mir ein paar Wochen Auszeit - passt ja auch ganz gut, über die Weihnachtstage - und ordne ein paar Dinge, danach werde ich entscheiden, wie es weitergeht", sagt Guido Westerwelle.

Vielleicht geht er in die Wirtschaft, vielleicht nach Europa, vielleicht arbeitet er als Berater.

Westerwelle schaut zur Ahnengalerie.

Sie haben alle irgendwie weitergemacht. Steinmeier ist in die Opposition gegangen und kommt demnächst vielleicht wieder zurück. Fischer wurde Lobbyist, Gastprofessor, Berater und wieder dick. Kinkel arbeitet als Anwalt in Sankt Augustin, er war Botschafter der Fußball-WM für Menschen mit Behinderungen und ist Ehrenmeister der Karlsruher Handwerkskammer. Es ist nicht einfach.

Westerwelle erzählt jetzt eine Geschichte, die seine Verwandlung vom Parteipolitiker zum Staatsmann beschreibt. Sie klingt, als hätte sie sich Loriot ausgedacht.

"Als die Nachricht aus Fukushima kam, saß ich in Schloss Gödöllö in der Nähe von Budapest. Neben mir saß Alexander Stubb, der damalige finnische Außenminister", sagt Westerwelle. "Er zeigte mir die Fukushima-Bilder auf seinem iPad. Da wusste ich, dass es die Debatte ändern wird."

Die FDP flog aus zwei Landesparlamenten, die Partei drängte ihn aus seinen Ämtern. Es war 2011. Er hörte auf, sich zu innenpolitischen Themen zu äußern. Es fiel ihm anfangs schwer, sagt er. Später aber gefiel es ihm, sich auf die Außenpolitik zu konzentrieren, noch mal ein anderer Politiker zu werden. Sich selbst als Staatsmann zu erleben.

Inzwischen ist er einer der dienstältesten Außenminister. Er hat in seiner Amtszeit vier französische Außenminister erlebt.

Zählt er eigentlich die Länder, die er bereist hat?

"Ich nicht, aber mein Amt macht das", sagt Westerwelle.

"Es sind 107", sagt sein Sprecher.

Westerwelle weiß, dass es dennoch immer Menschen geben wird, die fürchten, er könne Deutschland in der Welt blamieren. Als schwuler Außenminister. Er hat gerade in einer Nachbetrachtung zur Wahl in einer großen deutschen Zeitung gelesen, dass er es, statt sich mit Finanzpolitik zu befassen, vorgezogen habe, sich als schwuler Weltliberaler zu präsentieren.

"Natürlich freut es mich, an einem Prozess der Normalisierung mitgewirkt zu haben", sagt Westerwelle. "Ich konnte zeigen, dass das auch an verantwortlicher Stelle in der Bundesregierung kein Problem ist, und in der Welt auch nicht. Der Nächste hat's leichter."

Er hat sich, so sieht es aus, immer weiter in die Welt zurückgezogen. Sein Bild am Ende der Ahnengalerie der deutschen Außenminister hängt ziemlich fest. Neben Adenauer, Brandt, Scheel und Fischer.

Ob er stolz ist, dazuzugehören, will er lieber nicht sagen. Er will nicht eitel wirken oder persönlich. Der Mann, der einst in den "Big Brother"-Container einzog und mit einem gelb-blauen Guidomobil durchs Land reiste, redet heute wie ein

japanischer Botschafter. Ein Fotograf, der die deutschen Außenminister auf ihren Reisen um die Welt begleitet, sagt, dass Westerwelle sich nie außerhalb seiner Rolle fotografieren lasse. Steinmeier habe er auch mal mit Füßen auf dem Tisch und offenem Hemd porträtieren dürfen. Westerwelle sehe er so gar nicht.

Guido Westerwelle sitzt auf dem Bonner Außenministerstuhl, auf dem schon Joschka Fischer und Klaus Kinkel saßen, und nippt an seinem Kaffee. Er muss noch ein Telefongespräch mit seinem israelischen Kollegen führen, sagt er. Es ist Mittag. Hinter den Vorhängen flimmert der Rhein. Westerwelle steht in der Tür des Büros wie das Exponat eines Museums der deutschen Außenpolitik. Es war ein langer Weg, aber er ist jetzt fast da.

Deutsche Vita

Er, Sohn eines palästinensischen Gastarbeiters, will Berlin regieren. Raed Saleh wäre der erste Ministerpräsident mit Wurzeln in einem anderen Land. Der Weg von unten nach oben. Das ist auch seine Geschichte. Sie beginnt in Spandau.

Von Lucas Vogelsang, Der Tagesspiegel, 13.09.2014

Im Spandauer Bürgerbüro von Raed Saleh, Marktstraße 1, hängt ein Bild. Pigment auf Holz, 95 x 75 Zentimeter. Es trägt den Titel: „Willy Brandt 1937“. Und zeigt den ehemaligen Kanzler und Bürgermeister von Berlin, gerade 23 Jahre alt, gerade nach Norwegen gegangen, gerade nicht mehr Herbert Frahm.

Es ist eine Arbeit des Berliner Künstlers Detlef Waschkau, der sich eigentlich auf den späten, den schon zerfurchten Willy Brandt spezialisiert hat. Für Raed Saleh aber musste es dieses Bild sein. Der alte Willy Brandt, sagt er, ist beeindruckend. Ein Vorbild. Dem jungen Brandt jedoch fühlt er sich näher, verbunden. Brandt, sagt Saleh, musste viel aushalten. Ein uneheliches Kind, ein Vaterlandsverräter, geschmäht. Er ist einen langen Weg gegangen. Brandt war ein Kämpfer.

Raed Saleh steht in seinem Bürgerbüro, zeigt auf dieses Bild und zieht mit jeder Bewegung seiner rechten Hand gleich auch eine Parallele. Zwischen den Biografien. Der junge Brandt, der junge Saleh. Zwei Kämpfer. Zwei Sozialdemokraten.

Raed Saleh, geboren im Westjordanland, aufgewachsen in Spandau, hat dieses Bild bewusst gewählt. Es soll Brandts Geist in sein Büro bringen, es soll aber auch deutlich machen, wie er selbst die Geschichte der Sozialdemokratie liest. Von Brandt über Schröder und Wowereit. Zu Saleh. Er leitet aus ihr eine Zwangsläufigkeit ab.

Ich bin dran.

Im November könnte er, 37 Jahre alt, der Nachfolger Klaus Wowereits als Regierender Bürgermeister werden. Saleh ist neben Jan Stöß und Michael Müller einer

von drei Kandidaten, aus denen die SPD-Mitglieder wählen müssen – und in diesem Rennen der Außenseiter, weit zurück in den Umfragen.

Er, Sohn eines palästinensischen Gastarbeiters, wäre der erste deutsche Ministerpräsident mit Wurzeln in einem anderen Land. Raed Saleh wäre eine internationale Lösung und dabei im Grunde eine sehr sozialdemokratische. Der Weg von unten nach oben. Das ist auch seine Geschichte. Sie hat nicht weit von hier begonnen.

Das Hochhaus, in dem Raed Saleh aufgewachsen ist, steht an einer Kurve, die hineinführt in die Stadtrandwirklichkeit. Blasewitzer Ring 16, Heerstraße Nord. Quartier unter Aufsicht. Problemkiez, kriminell belastete Ortschaft. Schlagworte wie Schlagringe.

Die Platten, einst weiß, nun an den Rändern dunkel angelaufen. Auf dem Spielplatz noch dieselben Klettergerüste wie damals. Nicht weit von hier hatte einer Uran im Keller gelagert. Bis die Polizei kam. Im Parkhaus wurden früher mal geklaute Pkws umgespritzt. Bis die Polizei kam. Wer sich etwas dazuverdienen möchte, arbeitet beim Penny an der Ecke. Oder dealt an einer anderen. Bis die Polizei kommt. Vorne kauern die Trinker.

Wenn es einer von hier schafft, weg vom Rand, dann gibt es dafür Gründe. Dann hat er etwas, das andere nicht haben. Die einen sagen: Talent. Die anderen sagen: Wille. Nashed, 34 Jahre alt, Kumpel von damals, sagt: Raed war einer, der versucht hat, nach vorne zu kommen.

Nashed, der Vater Ägypter, die Mutter Deutsche, ist im selben Haus groß geworden wie Raed Saleh. Ihre Klingelschilder, vierter und neunter Stock, waren die einzigen, die einen arabischen Namen trugen. Anfang der 80er.

Er spricht, war gewesen, hatte gehabt, das Stadtrandidiom vieler Spandauer. Gerne ehrlich, gerne vor die Fresse. Was willste? Kriegste! Er spricht, das Sch leicht verschleppt, aber auch den Akzent der Straße. Er spricht ein bisschen wie Raed Saleh. Das bekommste nicht raus.

Nashed sagt: Raed hat immer geredet. Das konnte er gut. Aber er wusste, wann er sich raushalten muss. Raed war nie mit denen unterwegs, die Stress gemacht, Stress gesucht haben. Das war die Erziehung, sagt Nashed.

Sie spielten, Kinder noch, Schiffeversenken mit Pflastersteinen, bis einer blutete. Raed saß zu Hause und lernte. Sie surften, Jugendliche schon, auf einem der Fahrstühle, Blasewitzer Ring 16. Bis die Polizei kam. Raed saß zu Hause und lernte. Sie tranken, Erwachsene bald, feierten. Raed Saleh ging arbeiten. Der Vater, sagt Nashed, war streng. Er hat viel Wert auf Bildung gelegt.

Raed Salehs Vater, so erzählt es Saleh selbst, war ein kleiner Mann von großerAutorität. Er hatte das Heimatdorf Sebastia, 4500 Einwohner heute, verlassen, um in Deutschland etwas Neues aufzubauen. Eine Zukunft zu finden. Lebte erst, mit sieben anderen Männern, in einem Zimmer in Stuttgart, zog dann nach Berlin und holte die Familie nach. Hier arbeitete er in einer Großbäckerei. Schlüterbrot. Alte Westberliner Firma. Raed Saleh, sechstes von neun Kindern, war fünf Jahre alt, als die Familie in ein anderes Land kam. Sie packten ihre Koffer aus und der Vater sagte: Das hier ist euer neues Zuhause. Hier bleiben wir. Benehmt euch. Die Familie sollte ankommen, es gab kein mentales Rückflugticket. Deutschland, das hatte der Vater beschlossen, sollte das Land sein, in dem seine Kinder ihren Weg gehen. Auch deshalb mied er Kreuzberg oder Neukölln, zu jener Zeit Kristallisationspunkte der Einwanderer, und zog stattdessen nach Spandau.

Spricht Raed Saleh über seinen Vater, ist er deshalb sofort ganz bei sich, sofort bei seiner Partei. Von Salehs Vater zur SPD ist es ein kurzer Weg. Mein Vater wäre ein guter Politiker gewesen, sagt Saleh. Und beschreibt einen Mann, der sich gekümmert hat, um die Kinder, um die Leute aus der Nachbarschaft. Während er spricht, ist es nicht schwer, sich vorzustellen, wie viel er sich bei diesem Mann abgeschaut hat. Den Umgang mit den Menschen, das offene Ohr, die Autorität. Vor allem aber die Strenge, diese preußische Arbeitsethik.

Raed Saleh sitzt an diesem Vormittag vor einem Restaurant in der Altstadt Spandau. Trägt einen dunklen Anzug und erscheint trotzdem wie einer, der jeden Moment die Ärmel seines Hemdes hochkrempeln, etwas anpacken wird. Eben noch hat er mit den Taxifahrern gesprochen, die hier auf Kundschaft warten. Er hat sie an

den Armen gefasst, wie man das macht, wenn der einfache Händedruck abgenutzt, nicht mehr genug ist.

Er sagt: Ich habe mich immer reingekniet. Sagt: Vielleicht ist das dieser Aufstiegsgedanke. Der Gedanke des Vaters. Er schwingt mit, wenn Raed Saleh spricht. Im Grunde orientiert er seine Politik am Wertekanon des Vaters. Verargumentiert so auch die eigene Biografie. Sie ist seine größte Stärke.

Sie beschert ihm die Aufmerksamkeit, die er so dringend braucht, die er so gerne sucht. Gerade hat die „Times of Israel“ ein Porträt gebracht, die „Global Post“ angefragt. Der Sohn eines Palästinensers als Bürgermeister der deutschen Hauptstadt, ein Zeichen, eine Provokation auch, natürlich schauen nun wieder alle auf diese Stadt. Die Internationalität, sagt Saleh, haben wir schon. Sagt, bisschen Selbstironie auch: Nun fehlt nur noch der Glamour. Raed Saleh weiß um die Kraft der Sprache.

Sein Lieblingswort, sagt Ismael Öner, war schon damals: Aufstieg. Raed ist ja selbst das beste Beispiel dafür. Er hat seine Kraft immer aus seiner sozialen Herkunft gezogen.

Ismael Öner ist mit Raed Saleh zur Schule gegangen. Der Kontakt riss danach nie ab. Nichts ist unter den Jungs von früher so verpönt wie zu vergessen, woher man kommt. Nichts so wichtig wie Zusammenhalt, Gemeinschaft.

Raed Saleh sagt über sich selbst: Ich habe wenig Freundschaften in der Politik. Aber Raed Saleh hat Freunde, die er in die Politik geholt hat. Freunde, enge Vertraute, auf die er sich verlassen kann. Seine Ohren, seine Rauchmelder, die es Saleh erlauben, vor anderen zu wissen, wo es brennt. Sein Prinzip Kohl.

Freunde wie Ismael Öner, den er irgendwann anrief, ihn überzeugte, mitzumachen. Erst in der Arbeitsgemeinschaft Migration, später auch in der BVV. Öner ist Sozialarbeiter. Im vergangenen Jahr wurde ihm für sein Projekt Mitternachtssport e. V. der Integrationsbambi verliehen. Sein größter Tag. Er spricht Salehs Sprache, ihre Biografien lesen sich ähnlich.

Wenn ich an Raed denke, sagt Öner, habe ich immer ein Bild im Kopf. 1990, siebte Klasse. Coolnesszeit. Die Hosen hingen tief, Hip-Hop war der Soundtrack des Schulhofs. Und jeder hatte einen Rucksack. Nur einer nicht. Raed Saleh trug einen

Aktenkoffer. Das, sagt Ismael Öner, ist ein Symbol für mich geworden: Raed trägt in diesem Aktenkoffer von 1990 heute die Hausaufgaben, die ihm die Stadt aufgibt.

In der Spandauer Altstadt bleiben die Menschen stehen, wenn sie ihn sehen. Sie begrüßen Raed Saleh wie einen Sohn, auf den die ganze Familie stolz ist. Ein Versprechen. Ein Mann mit Herz und Kopf. Wir sind auf Ihrer Seite, Herr Saleh. Wir würden Sie wählen, Herr Saleh.

Er, hallo, Tachchen, kennt seine Leute. Weiß, wer im Urlaub war, wer jetzt in Rente ist. Er umarmt. Volksnaherholung. Fragt: Wie geht es der Frau, den Kindern. Sagt: Ihr Lieblingsitaliener ist auch mein Lieblingsitaliener. Als hätte er sich zu jedem Gesprächspartner Notizen gemacht. Notizen, die er dann auswendig gelernt hat. Raed Saleh arbeitet Smalltalk. Er kniet sich in die Gespräche. Es ist eine Disziplin, die er beherrscht. Ein Talent, das er über die Jahre verfeinern konnte. Er lächelt dabei viel.

Es kann ein ehrliches, ein warmes Lächeln sein. Es kann aber auch ein eiskaltes, ein berechnendes Lächeln sein. Raed Saleh interessiert sich für Menschen. Sagen die einen. Es ist ein Kompliment. Raed Saleh interessiert sich für Personen, sagen andere. Und beschreiben ihn als politischen Schachspieler, beschreiben einen, dem es um Kontrolle geht. Um die Domestizierung des Zufalls.

Ende August stand Saleh im Berliner Abgeordnetenhaus und gab seine Kandidatur bekannt. Ja, ich möchte Regierender Bürgermeister werden. Er las sein Bekenntnis von einem Zettel ab.

Es sah aus, als stünde da einer, der vor allem darauf bedacht ist, keinen Fehler zu machen. Der zeigen wollte, dass er gut vorbereitet ist, seine Hausaufgaben erledigt hat.

Das Lernen, sagt Saleh, ist mir immer leichtgefallen. Deutsch, Politische Weltkunde. Meine Abiturnote war gut.

Im Sekretariat des Lily-Braun-Gymnasiums, nicht weit entfernt vom Spandauer Rathaus, steht eine gleich sehr aufgeregte Deutschlehrerin und erinnert sich an einen Raed Saleh, der immer freundlich war. Immer sehr konservativ gekleidet.

Er hat sein Abitur bei ihr gemacht. Deutsch. Christa Wolf, „Der geteilte Himmel“. Hat erklärt, wie der Sozialismus Einzug hielt in die Literatur. Eins minus.

Er hatte, sagt die Lehrerin, einfach alles zu diesem Thema gelesen. Der Raed war ein Schüler, wie man ihn sich nur wünschen konnte. Sagt das, als würde sie ihm den Zeugniskopf noch einmal schreiben. Er hat nie gefehlt. Kam selbst dann am Morgen pünktlich, wenn er spät abends noch gearbeitet hatte. Ach, der Raed. Im Schichtdienst. Bei Burger King.

Raed Saleh hat 1994 im Spandauer Franchise der Fastfoodkette in der Küche angefangen. Er war gerade 17 Jahre alt, arbeitete am Wochenende, in den Ferien. Manchmal mehr als 140 Stunden im Monat. Er sagt: Ich habe gerne gearbeitet. Mir hat das Spaß gemacht.

Er ist dort, bei Burger King, schnell aufgestiegen. Die alte Geschichte. Vom Fritteusenjungen zum leitenden Angestellten. Raed Saleh hat in dieser Zeit gelernt, wie ein Unternehmer zu denken. Ein Kaufmann. Unter ihm wurde der Burger King in Spandau eine der erfolgreichsten Filialen in Deutschland. Weil Raed Saleh seinen Ideen vertraute. Er bot, als Erster überhaupt, einen Lieferservice für seine Burger an. Er hatte verstanden. Wenn man die Menschen erreichen will, muss man ab und an auch an ihrer Haustür klingeln. Irgendwann ist es dann egal, ob man Burger oder politische Ideen verkauft.

Saleh ist ein paar Monate nach der ersten Schicht bei Burger King in die SPD eingetreten. Zu Beginn nur eine weitere Nebenbeschäftigung, hat er auch dort irgendwann begonnen, seinen Weg zu gehen. Nach oben, durch die Institutionen. Mit den Themen – Jugend, Bildung, Integration –, die vor der Haustür lagen. Politik für die Kinder, Politik für den Vater. Seit 2011 ist er Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus. Auch das ganz bewusst. Er hat sich in Position gebracht.

Wenn Saleh Werbung macht, in eigener Sache, sagt er: Mein Angebot stimmt. Er sagt: Meine Bilanz stimmt. Die passenden Slogans gibt es ohnehin. In einem Gespräch wie jenem in Spandau, aber auch in den Interviews der jüngsten Zeit, spricht Raed Saleh Sätze, die druckreif sind. Es sind Stanzen, die er ständig wiederholt, selbst dann aufsagt, wenn sie gar nicht abgefragt werden. Maschinell fast. Als versuchte er, seine Worte in das Bewusstsein des Gegenübers zu drücken.

Wir brauchen eine hinschauende Integrationspolitik.

Ich möchte eine Kita-Pflicht für alle.

Ich möchte der Regierende Bürgermeister für alle sein.

Ich kenne die Stadt, Gott sei Dank, nicht nur aus den Sitzungssälen.

Es sind aber auch Sätze, die er bei sich trägt, wie auf einen Spickzettel geschrieben. Die er trägt wie ein Korsett, das ihn stützt. Er, sein eigener Pressesprecher dann, antwortet nicht. Er sendet Botschaften. Fein säuberlich und gut sichtbar platziert. Angebote in der sozialdemokratischen Auslage.

Raed Saleh beherrscht den kleinen Handel, sagt Hans-Georg Lorenz. Er ist ein Verkäufer. Das kann er besser als die meisten, die ich kenne.

Der Anwalt Hans-Georg Lorenz gilt als enger Vertrauter und Förderer Salehs. Er kennt ihn seit dessen Eintritt in die Partei, 1995. War sein Vorgänger als Abgeordneter im Wahlkreis, Spandauer Neustadt, und später als Kreisvorsitzender. Lorenz, den einige als das linke Gewissen der Berliner SPD bezeichnen, war mal innenpolitischer Sprecher der SPD. Hat damals für die Gleichberechtigung Homosexueller gekämpft, kümmert sich in seiner Kanzlei vorrangig um Ausländerrecht. Im Abgeordnetenhaus haben ihn einige deshalb früher auch Kanaken-Lorenz genannt.

Er kennt sich also aus in der Gefühlswelt der Minderheiten, ist dort Seismograf für Befindlichkeiten, nah dran. Und fasst das deshalb noch mal zusammen. Den Weg Salehs bis hierher, den Weg, den er vielleicht noch gehen wird. Strichdrunter-Sätze des Juristen. Sagt also: Sein Aufstieg ist kein Migrantenaufstieg. Aber Saleh kann für die Migranten in dieser Stadt das sein, was Klaus Wowereit für die Lesben und Schwulen war.

Es ist ein Vergleich, der auch Raed Saleh in seinem Bürgerbüro gefallen würde. Brandt, Wowereit, Saleh.

Migrant. Arbeiterkind. Sozialdemokrat. Der Erfolg, das Amt des Regierenden Bürgermeisters, würde seiner Biografie, dieser Geschichte des Aufsteigers, etwas Unbezweifelbares geben.

Freut euch nicht zu früh

Nach der Finanzkrise vor fünf Jahren versprachen die mächtigsten Politiker der Welt, sie hätten die Lage jetzt im Griff. Doch ein Blick hinter die Kulissen zeigt: Seitdem ist alles schlimmer geworden. Die nächste Krise wird noch viel gefährlicher.

Von Lorenz Wagner und Alexander Hagelüken, SZ Magazin, 21.03.2014

Natürlich treffen sie sich *nicht* im Büro. Es ist ein Gespräch unter Vertrauten, inoffiziell. Also ein Hotel, eines, dessen Café eine Empfangsdame bewacht. »Sie haben reserviert?« Ein Tisch in einer Nische, Blick auf die Londoner City, die wichtigste Finanzmeile der Welt. Um die Ecke thront die Bank of England; vorne, in den Gassen, treiben die Menschen dem Wochenende entgegen, die Händler in Grau, die Analysten in Blau. Die Restaurants sind voll, vor den Bars drängen sich die Menschen. Gelächter, Musik, Champagner. Weihnachten rückt näher, Boni-Zeit. Allein die Bank Barclays schüttet fast drei Milliarden Euro aus. Cheers.

Die drei Männer im Hotel plaudern ein wenig. Auf der einen Seite ein älterer Herr, graues Haar, Hemd mit Seidenschimmer, Union Jack auf den Manschettenknöpfen. Er ist eine Instanz in der Wirtschaftswelt, seine Worte bewegen Märkte und Milliarden. Auf der anderen Seite zwei jüngere Manager, die auch mal zum Empfang des Notenbankchefs gehen oder mit Angela Merkel telefonieren. Sie freuen sich, den Alten zu treffen. Was hat er zu erzählen, wie sieht er die Lage?

Die beiden sind sich nicht ganz einig: Der eine fürchtet schwere Zeiten, vielleicht sogar eine neue Bankenkrise, der andere widerspricht. Die Zahlen sind doch gut. Es herrscht sogar ein neuer Geist in der City, sagt er. Die jüngsten Skandale? Einzelfälle. Er redet etwas hastig; ein wenig, als wolle er sich selbst beruhigen.

Der Alte hört geduldig zu. »Sie fürchten also«, sagt er nach einer Weile, »dass uns wieder eine solche Finanzkrise trifft?« Die beiden schauen ihn an.

Eigentlich müsste der Alte jetzt sagen, was er immer sagt, in Interviews, in

offiziellen Gesprächen: »Wir sind in der Phase der Erholung.« Und er müsste hinzufügen: »Der Patient hat das Schlimmste überstanden.« Schließlich ist er Wortführer einer Institution, die allein mit ihren Worten die Welt erschüttern kann. Oder beruhigen.

Aber der Alte sagt sie nicht, diese vertrauten Sätze. Er lächelt nur bitter. »Nun, ich fürchte, nach unserem Gespräch werden Sie noch mehr Angst haben.« Stille.

Noch mal eine Finanzkrise? Noch mal einen Absturz der Wirtschaft. Millionen Arbeitslose. Firmenpleiten. Kurzarbeit. Banken retten, mit Billionen Steuergeld.

•

Genau fünf Jahre ist es her, dass die großen Nationen der Welt ein Versprechen gegeben haben, hier in London, Anfang April 2009, beim G20-Treffen, dem »entscheidendsten Gipfel«, wie Angela Merkel damals sagte. Es war die Konstitution einer Weltregierung, der Versuch, die Wirtschaft zu retten. Und die Banken zu fesseln, die Auslöser der Jahrhundertkrise.

Zwei Tage lang tagten die Regierungschefs. Ließen sich berichten, was ein Bankenversagen bedeutet. Erschraken, als ihnen der Präsident der Weltbank beim Arbeitsessen erklärte: »Zum ersten Mal seit 1945 schrumpft die Weltwirtschaft, um 1,5 Prozent. Die Kindersterblichkeit wird steigen. 200 000 Babys, die sterben müssen.«

Und sie begannen zu streiten. Wer trug die Schuld? Und Barack Obama stand auf und sagte: »Es stimmt, dass die Krise in den USA begonnen hat, ich übernehme die Verantwortung.« Und sie überlegten, was zu tun sei. Sie gaben eine Billion für die Wirtschaft. Und zur großen Überraschung kamen sie in einer Frage überein: Sie wollten den Banken Fesseln anlegen, auch Großbritannien und die USA, die das bisher ablehnten. Am Ende sprachen sie von einem historischen Tag. Nie mehr, sagte Obama, werde es eine solche Finanzkrise geben. Der damalige britische Premier Gordon Brown verkündete: »Wir räumen bei den Banken auf.« Und Angela Merkel antwortete erleichtert auf eine Frage: Ja, das Monster, »es wird gebändigt«.

•

Peer Steinbrück war damals mittendrin in den Streitereien, und auch er glaubte, der Gipfel würde unsere Zukunft sicherer machen. Er sitzt im Winter 2013 in seinem kleinen Bundestagsbüro und sagt: »Ich war danach regelrecht euphorisch. Ich fand das einen entscheidenden Durchbruch.« Sogar die genauen Worte weiß er noch, mit denen er als Finanzminister vor die Presse ging: »Jeder Akteur soll kontrolliert werden, jedes Produkt, jeder Marktplatz.« Schluss mit der Zockerei.

Er springt auf, eilt zum Regal. Sein Buch über die Finanzkrise, sein Bestseller, wie er sagt. Er fängt an zu lesen, Passagen der schwersten Zeit seines Politikerlebens.

Einmal, auf einer der Sitzungen, schob ihm Frankreichs Finanzministerin einen Zettel zu: »Im Kommunismus verstaatlicht man Banken, und dann gehen sie pleite. Im Kapitalismus gehen Banken pleite, und dann verstaatlicht man sie.«

Und einmal, da wurden ihm die Knie weich, ein Mitarbeiter musste ihm einen Stuhl reichen. Als Steinbrück auf einer Reise nach St. Petersburg am Telefon erfuhr, dass die Bank HRE weitere Milliarden brauchte. Woher nehmen?

Und dann dieser Sonntag, der 5. Oktober 2008. Die Deutschen hatten begonnen, ihr Geld abzuheben, in den Automaten wurden die großen Scheine knapp. Ein Ansturm drohte: Schlangen vor den Banken, Bilder, wie sie Deutschland gesehen hatte, kurz bevor Hitler die Macht ergriff. »Da wussten wir, dass wir handeln müssen.« Die Bundeskanzlerin und er traten vor die Kameras: »Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind.«

Ein Bluff! Der Staat hätte das Geld so schnell nicht gehabt. »Sie kommen manchmal in Ihrem politischen Leben an einen Punkt, wo Sie so etwas machen müssen.«

Und so war er eben aufgekratzt, nach dem Gipfel in London. Was für Versprechen: eine strenge Aufsicht für Banken und Hedgefonds; eine Grenze für die Millionen-Boni der Banker; ein weltweites Frühwarnsystem, das Stopp ruft, wenn sich irgendwo Gefahren entwickeln.

»Es wirkte wie ein Aufbruch«, sagt Steinbrück. »Aber vieles ist bis heute nicht realisiert.« Und die grundlegende Frage nicht beantwortet: »Wer entscheidet? Die Politik oder völlig entgrenzte Finanzmärkte?«

Diese Broker! Wenn er sie schon sieht, freitags, in der Blue Hour in den Frankfurter Bars: kalt, maßlos, nicht von dieser Welt. »Spricht man sie drauf an, dass ihr Tun erhebliche Risiken hat, reagieren sie völlig verständnislos.«

•

London, Stadtteil Mayfair, am frühen Mittag, Dezember 2013, im »PunchBowl«, bis vor Kurzem der Pub von Guy Ritchie, Madonnas Ex-Mann. 250-jährige Geschichte, dunkles Holz, Stammgäste wie Jude Law. Igor wartet schon, er ist Banker, Investor. Was wollen Sie trinken? Cappuccino? Er schaut mitleidig. Ale oder Lager? Ale.

Vor einem Jahr ist er ausgestiegen. Er hatte genug. Genug Geld. Genug vom Bankerleben. Er war kein Händler, kein Zocker, aber Investmentbanker. Ein schöner Beruf, sagt er, mittendrin im Milliardenspiel: Firmenkäufe, Börsengänge, großes Rad, große Risiken, eben nichts für Cappuccino-Trinker.

Dieser Beruf wurde ihm verleidet. Zuerst, kurz vor der Finanzkrise, gab ihm seine Bank weniger Geld für seine Geschäfte, sie gab es lieber den Zockern. Dann, während der Finanzkrise, gab sie ihm weniger Geld, weil die Zocker es eben verzockt hatten. Und nun, nach der Finanzkrise, kriegen es wieder die Zocker. Das Spiel geht von vorne los. Er hat Freunde, sagt er, da verstehe nicht mal er, was die machen. So was kann keiner kontrollieren. Oder verbieten.

»Es ist doch ganz einfach. Es gibt Menschen, die spielen Poker. Du verbietest Poker, dann spielen sie Black Jack. Du verbietest Black Jack, dann spielen sie eben Roulette.« Noch ein Ale?

Da sitzt nun dieser Investmentbanker, der so gar nichts mit dem Bild gemein hat, das Steinbrück von ihnen hat, im verwaschenen Polo-Shirt, er schlürft sein Bier und macht sich seine Gedanken. »There is no silver bullet«, sagt er immer wieder mit seinem russischen Akzent. Keine Silberkugel, die den Werwolf töten könnte. Das Monster. Er selbst nennt es so, nach mehr als 15 Jahren im Geschäft.

Was ist der Sinn einer Bank, fragt er auf einmal. – Nun, sie verhilft Menschen zu Geld. Dass sie ihr Haus bauen können, ihr Geschäft aufbauen, ihre Zukunft gestalten. – Das war ihr Sinn, sagt Igor.

Er ist nun Investor. Tut, was Banken immer weniger tun: Firmen Geld geben. Ihm nutzt der Wandel im System.

Aber woher kommt dieser Wandel? Und wie ticken diese Händler, von denen alle sprechen? Was macht sie gefährlich?

Einer von ihnen, Kweku Adoboli, sitzt seit mehr als einem Jahr in einer Gefängniszelle, auf der Isle of Portland, im Süden Englands. Ab und an kommt Paul, sein Anwalt, zu Besuch. Und ab und an schreibt er Freunden bittere Briefe, mehrfach angefangen. Es geht ihm nicht gut, sagen sie.

2,3 Milliarden Dollar hat Adoboli verzockt. Er belegt Platz drei in der Weltrangliste der Schurkenhändler.

Die neuen Gesetze, die strengere Aufsicht, sie haben seine Tat nicht verhindert. Fast hätte Adoboli die UBS, die größte Schweizer Bank zerstört, die Finanzwelt in ein Desaster gestürzt. Im Sommer 2011, lange nach dem G20-Gipfel, in einer Zeit also, in der die Gefahr angeblich gebannt war. Ein ungeheuerlicher Fall. Viel sagt er aus über das Hier und Jetzt der Hochfinanz und das Elend, das bevorsteht.

Als die betrügerische Laufbahn des Kweku Adoboli beginnt, ist er keine 30 Jahre alt. Er handelt mit einem jüngeren Kollegen Aktien im Wert von 50 Milliarden Dollar. Arbeit von 6 bis 22 Uhr, die Zeiten sind hart, die Banken müssen das Geld zurückholen, das sie in der Krise verloren haben. Oft gelingt ihm das nicht. Er sitzt vor seinen Bildschirmen, vor den Kurven und Zahlen, alle Sekunden ein Reiz, E-Mail, Instant-Message, Kundenorder, Handelswarnung, und er verliert und verliert. Und eines verflixten Tages kommt der Anruf eines Kunden. Er erwartet einen Einbruch an der Börse, möchte Wertpapiere verkaufen. Nun müsste Adoboli, um die UBS abzusichern, einen Kunden finden, der das Gegenteil glaubt und kauft. Ein Gegengeschäft. Er findet ihn nicht. Die Bank verliert 400 000 Dollar. Aber Adoboli will das nicht. Also erfindet er ein Gegengeschäft, bucht es einfach ins System. Keiner merkt es. Kurz darauf gewinnt er das Geld zurück. Uff.

Es ist der Tag, an dem der Händler etwas Fatales lernt. Früher standen Leute wie er noch auf dem Parkett. Und jeder alte Händler kann Geschichten erzählen von einem Unglücksraben, der neben ihm stand und zu viel wagte. Der kaufte, weil der Preis

verlockend fiel, und darauf setzte, dass der bald wieder steigt. Manchmal jedoch sackte der Kurs kurz vor Börsenschluss in ein Loch und blieb darin, bis die Glocke erklang. Seine Verluste konnte dann niemand irgendwo hinbuchen wie Adoboli. Es wurde abgerechnet. Auf dem Parkett. Cash. Und fehlte einem dazu das Geld, verlor er noch am Abend seinen Sitz. Und sein Vermögen. Und alle sahen es: Wehe, du kannst für deine Fehler nicht zahlen.

Adoboli hat das nie gelernt. Seine ganze Generation hat das nicht gelernt. Möchte man das Unglück der Hochfinanz in einem Satz zusammenfassen, hier ist er: Die Banker haben verlernt, für ihre Fehler zu zahlen, Verantwortung zu übernehmen.

Von diesem unheilvollen Tag an schafft sich Adoboli seine Welt selbst. Er schiebt Verluste in die Zukunft, Gewinne in die Vergangenheit, er schreibt sie ins System, und sie sind Wirklichkeit. Man muss sich nur auskennen in den IT-Netzen der Banken, die in der Globalisierung zu Großbanken wurden. Die also eine Bank nach der anderen dazugekauft und deren IT hinzugefügt haben, zu einem wirren Geflecht. Leicht lässt sich da eine Million verstecken oder zehn oder 100 Millionen – Adobolis Tageslimit.

Er hält sich nicht dran. Hat nicht sein Vorstandschef Oswald Grübel die Richtung vorgegeben? »Nach meinem Geschmack sollten wir mehr Risikofreude an den Tag legen«, hat dieser gesagt. Kurz nach dem Londoner Gipfel. Adoboli hat Freude am Risiko. Und macht ja erst mal Gewinne. »Bei dir scheint immer die Sonne«, lobt sein Abteilungsleiter. Er habe eben einen Regenschirm, antwortet Adoboli. Seine Luftbuchungen: Regnet es Verluste, bleibt er trocken. Angst, der Chef könnte ihn melden, hat er nicht.

Wir Europäer denken ja, eine Grossbank sei gebaut wie eines unserer Unternehmen: eine Pyramide. Oben der Chef, er verdient am besten, unten die Angestellten. Gemeinsame Kultur, die Informationen laufen von oben nach unten und zurück.

Eine Großbank aber, auch wenn sie in Frankfurt oder London sitzt, ist nicht europäisch. Sie ist ein Geschöpf der Globalisierung. Sie ist keine Pyramide, sie ist ein

Archipel, viele einzelne Inseln, unter der Oberfläche verbunden. Kaum Wir-Gefühl, viele Informationen bleiben auf den Inseln.

Auch verdient nicht der oberste Chef am meisten. Es sind die Investmentbanker. Geld ist für sie nicht nur Geld, es ist Lob, Status. Dein Bonus ist hoch? Also bist du ein Star. Alle kommen zum Schwätzchen, wollen Tipps, Freunde sein. Adobolis Abteilung hat viele Freunde in diesen Zeiten. Sechs Millionen Gewinn 2009, elf Millionen 2010, dann allein im ersten Halbjahr 2011 64 Millionen. Was soll da einer petzen?

Aber eines Tages rutscht Europa in die Krise. Adoboli wettet auf Erholung. Er verliert, er verliert, er verliert. Und nach drei Monaten lernt auch er endlich seine Lektion. Am Morgen des 14. September 2011 geht er in die Kirche und betet; am Mittag schreibt er eine E-Mail, die seine Bank, ganz London erschüttert: »Es tut mir leid, dass ich Ihnen dieses Schlamassel hinterlasse.«

Er bekommt sieben Jahre Haft. Von seinen Kollegen will keiner was gewusst haben, sie weichen aus, lügen, selbst als ihnen vor Gericht Mails vorgelegt werden, in denen sie über Adobolis Regenschirm schreiben. Warum er ihn denn nicht gestoppt habe, wird sein Abteilungsleiter gefragt. Die Antwort: »Weil ich blöd bin.« Wirklich? Er wird nie verurteilt.

•

Lange kommt von Joris Luyendijk keine Antwort, nicht auf Mails, nicht auf Twitter. Er lebt gerade ein Leben ohne E-Mail, sagt er. Nichts soll ihn ablenken. Er muss arbeiten. Sein Büro im Londoner Norden ist derart mit Akten vollgestellt, er setzt sich lieber ins Atelier seiner Büro-Nachbarin, einer Künstlerin, auf dem Boden Tennisbälle und Stangenskulpturen: weniger Chaos.

Luyendijk ist Anthropologe. Seit zwei Jahren sorgt er in der City für Gerede. Er, der sich bisher mit Ägypten beschäftigte, mit der Rolle der Frau im Islam, hat ein neues Forschungsobjekt: Banker. Zwei Jahre hat er sich unter sie gemischt. Nie hätte er gedacht, dass ihn das erst so faszinieren und dann so entsetzen würde.

Der Fall Adoboli, sagt er, ist für ihn logisch. »Er ist das Produkt des Systems.« Wie ist denn das System?

»Ein amerikanisches System: Wettbewerb. Mir haben viele Händler gesagt: ›Der Feind sitzt neben dir.‹ Jeder gegen jeden, oft im gleichen Markt. Bei einer Bank werfen sie jedes Jahr fünf Prozent der Leute raus. Die Schlechtesten. Jedes Jahr. So werden Menschen atomisiert.«

Was bedeutet das für die Kultur?

»Keine Sicherheit heißt keine Loyalität. Ich war in Banken, da waren plötzlich ganze Flure leer. Die Personalabteilung kommt rein, und es geht bumm, bumm, bumm. Und Leute wie Adoboli, die Geld bringen, werden gefeiert.«

Und keiner schaut, ob es saubere Gewinne sind?

»Niemand will es wissen. Leute aus dem Backoffice, dem Controlling, haben mir gesagt: Die Chefs tun alles, um nichts mitzukriegen. Sobald sie etwas wissen, sind sie verantwortlich.«

Aussteiger sagen, bei den Banken liefen noch viele Adobolis rum.

»Es wäre nun aber falsch zu sagen: Findet die, räuchert sie aus, und das Problem ist gelöst. Als Sozialwissenschaftler schaue ich auf die Strukturen. Nicht das Individuum, die Struktur schafft diese Skandale. Es ist ein Wunder, dass es nicht mehr solche Fälle gibt. Aber sie werden auch gar nicht richtig verfolgt.«

Der Menschenforscher redet noch lange über die Struktur, in der er die nächste Katastrophe für die Menschheit angelegt sieht. Man muss da was tun, sagt er beim Rausgehen in den Londoner Regen. »Ich will meine Mitbürger warnen. Sie müssen wissen, was hier geschieht. Ich denke, ich werde in die Politik gehen. Ich kenne Banker, die haben sich hier in der letzten Krise Waffen gekauft.« Sie wollten sich verteidigen können, wenn es zum Zusammenbruch kommt, zu leeren Supermärkten und Plünderungen.

•

Banker sollen ja das Risiko suchen, es gehört zu ihrem Beruf, Kredite gehen verloren, die Börse ist ein Auf und Ab, ein guter Banker muss verlieren können. Die Bankenchefs kennen aber das Risiko nicht mehr, das Gefühl der Niederlage. Ihre Lektion aus der letzten Krise: Wir werden gerettet. Oder wie es im Krisenjargon heißt:

»Too big to fail.« Nie darf eine Großbank untergehen, denn sie würde die anderen mitreißen.

Nun sind die großen Banken seit dem Londoner Gipfel aber noch stärker geworden, die kleinen wurden aufgekauft. Diese Banken können die Staaten weiter erpressen. Das Geschäft etwa von Barclays ist größer als Englands Bruttoinlandsprodukt.

Und diese Großbanken fangen wieder an zu zocken. Ausgerechnet mit dem Geld, das die Zentralbanken wegen der letzten Krise in die Wirtschaft gebracht haben. Dieses Kapital dreht sich, schneller und schneller; da die Zinsen niedrig sind, wollen die Leute es anlegen, sie kaufen alles, zu fast jedem Preis.

Blasen wachsen. Wie 2008 bei den Immobilien. In den USA steigen derzeit die Preise von Bürogebäuden zweistellig. In Deutschland sind die Wohnimmobilien 20 Prozent überbewertet. Die Bundesbank warnt, dass die Banken sorglos Kredite vergeben könnten, einer der Hauptgründe der letzten Krise.

Und seit einigen Monaten sind Firmenanleihen das große Ding, Schulden von Firmen, auch Mistfirmen, in Pakete verpackt, wie wir es aus der letzten Krise kennen. Solche Papiere haben früher Spezialisten gekauft. Heute Stiftungen, Pensionsfonds und Omis aus Bottrop. Ein Milliardengeschäft.

Dort mischt immer mehr eine neue Weltgefahr mit, die Schattenbanken: Hedgefonds und andere Finanzfirmen. »Sie werden längst nicht so kontrolliert wie nötig«, sagt Peer Steinbrück. Oft haben sie ihren Sitz auf den Cayman-Inseln und spekulieren mit Summen, so groß wie Deutschlands Bruttoinlandsprodukt der nächsten 20 Jahre.

Viele Mitarbeiter dieser Schattenbanken waren in der letzten Krise noch Händler bei Investmentbanken. Er war vorher bei Lehman in London, erzählt einer von ihnen bei einem Gespräch im Januar. Damals rief ihn der Chef, Dick Fuld, in sein Büro. Der hatte genau eine Frage: »How can you make me a billion dollars?« Wie machst du mir eine Milliarde? Dann wackelte der Junge raus, und versuchte, wenigstens Millionen zu machen. Bis zu dem Tag im Herbst 2008, als die Bank Lehman die Weltwirtschaft in die Krise riss.

Er war gerade auf einer Banker-Hochzeit in New York, ein wunderbarer Tag. Bis auf einmal die Handys klingelten. Immer mehr Leute gingen aus der Kirche. Limos fuhren vor, brachten die Chefs zur Krisensitzung der Notenbank. Der Händler verlor sein gesamtes Vermögen. Es ist nur Geld, sagt er. Er verdient im Jahr so viel wie seine Mutter, eine Lehrerin, in ihrem Leben.

Seine Freundin fragte ihn damals: »Was heißt das für uns?« Seine Antwort: »Frag lieber: Was heißt das für die Welt?«

Die Wochen danach blieb er in New York, arbeitete wie irre. Den Schaden begrenzen, für die Kunden etwas zurückgewinnen. »Während um dich die gesamte Industrie zusammenbricht. It was fascinating. A great time.«

Das schweißt zusammen. Er ist mit seinem Team von damals zusammengeblieben. Vereint sind sie zu einem Hedgefonds gewechselt. »Wir machen das Gleiche wie zuvor«, sagt er. Handel. So komplex und schnell, dass seine Sprache sich im Laufe der Jahre angepasst hat. Doch bei den großen Fragen, da ist er sehr klar.

Hat der Gipfel etwas verändert?

Er schüttelt den Kopf: »Haben die Regulierer und die Spitzenpolitiker die Kontrolle? Nein, ganz sicher nicht.«

Aber die Banken sind sicher heute?

»Sie sind sogar ein größeres Risiko.«

Fürchtet er, wieder zu erleben, was er bei Lehman erlebte?

»You know«, zitiert er Mark Twain, »history never repeats itself but it rhymes.« Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.

Genau das sagen auch andere kluge Köpfe, und weil sie keine Banker sind mit Schweigeklauseln, auch offen: »Das Finanzsystem ist heute nicht sicherer als vor Lehman. Die Situation ist sogar schlimmer«, sagt Didier Sornette, Risiko-Forscher an der ETH Zürich.

»Mit Blick auf die nächsten fünf Jahre müssen wir davon ausgehen, dass sich eine ähnliche Katastrophe, möglicherweise eine schlimmere, ereignen wird«, sagt Simon Johnson, Wirtschaftsprofessor am MIT in Boston.

Und der langjährige Chef der britischen Finanzaufsicht, Lord Adair Turner, sagt: »Schattenbanken könnten die Krise von 2015 oder 2020 kreieren.«

Wie kann das sein? Wieso wurde nicht erreicht, was Brown, Obama und Merkel vor fünf Jahren versprochen haben? Wer hat das Aufräumen verhindert? Und warum?

•

Allein in den letzten zwei Jahren hatte er 200 Gespräche mit diesen Typen. In sein Büro sind sie hineingerauscht, haben ihn gleich geduzt: »Hey, Markus.« Haben ihm ungebeten fertig formulierte Gesetzestexte zur Regulierung vorgelegt: Bräuchte er nur zu übernehmen. Und einer, den er nicht kannte, hat bei seiner Sekretärin angerufen mit dem Satz: »Machen Sie einen Termin, Herr Ferber ist informiert.« Es ist die Pest, sagt Markus Ferber, EU-Abgeordneter, 49, CSU, verantwortlich für die neuen Gesetze an den Finanzmärkten.

Seit Jahrzehnten ist er im Geschäft, solch einen Sturm hat er noch nie erlebt. Die Banken kämpfen gegen den Wandel, mit ihrer Lobby, der stärksten auf der Welt. »Die Banker sind am innovativsten von allen darin, Lücken im Gesetz zu finden«, sagt Ferber. In der Nähe des Frankfurter Flughafens gibt es einen Internetknoten, den einst die Army nutzte. Genau da siedelten sich Händler an, die damit ein paar unfaire Millisekunden schneller waren als die Konkurrenz.

Das immerhin, sagt Ferber, hat er verboten. Auch sonst haben er und seine Kollegen einiges erreicht: gefährliche Produkte verboten, Boni begrenzt und Banken verpflichtet, mehr Eigenkapital zu halten. Schöne Erfolge, im Kleinen.

Im Großen haben die Regulierer verloren. Weiter haben sie keine Kontrolle über die Finanzwetten, deren Wert zehn Mal so hoch ist wie alles, was die Welt im Jahr an Waren herstellt. Die Banken haben gesiegt. In Europa, wo die Regierungen genug andere Sorgen haben. In den USA, wo es vier lange Jahre dauerte, bis die Volcker-Regel kam, der Kern der Reform. Als das Gesetz vor drei Monaten vorgestellt wurde, kommentierte die *Financial Times*: »Die Veröffentlichung einer wirkungslosen Richtlinie sollte nicht fälschlicherweise für einen echten Fortschritt gehalten werden.«

Ferber und seine Mitstreiter können nicht zufrieden sein mit ihrem Kampf, der niemals endet. Aber manchmal, sagt er, macht der auch Spaß. Einmal kam der

Cheflobbyist von Goldman Sachs vorbei. Mit Schwung auf den Stuhl, Lächeln. Nein, was die Europäer vorhätten, gehe gar nicht. Überhaupt sei Goldman an der Finanzkrise unschuldig. Da sagte Ferber: »Und warum habt ihr Produkte entwickelt, die ganze Staaten in den Abgrund treiben? Wissen Sie, für mich sind Sie Darth Vader.«

•

»Halt, Einspruch!« Immer diese Angriffe: Kampflobbyisten, Zocker, Casino-Banker. Jürgen Fitschen hat diese Vorwürfe satt, er will widersprechen, ist deswegen an diesem Februartag ins Deutsche Theater in Berlin gekommen, wo ein Wirtschaftsbuch vorgestellt und mal wieder gegen seine Zunft gewettert wird.

Fitschen ist einer der beiden Chefs der Deutschen Bank. Er ist also mehr als ein Banker, er lenkt nicht nur sein Institut, er beeinflusst auch die Geschicke des Landes, ist die wichtigste deutsche Stimme in der Weltfinanz.

Die Politik war froh, als er vor gut zwei Jahren neben Anshu Jain an die Spitze der Bank kam. Fitschen schien wie geschaffen, Vertrauen zurückzugewinnen: der Scheitel gerade, die Sprache bodenständig. Er ist in Harsefeld geboren, in der norddeutschen Tiefebene, 12 000 Einwohner. Seine Eltern betrieben einen Hof und das Gasthaus »Linde«, seine Mutter, Spitzname Tante Ilse, war berühmt für ihre Kohlrouladen. Als Fitschen in Harsefeld seinen 60. Geburtstag feierte, kamen die alten Tischtenniskameraden.

In der Bank war er lange verantwortlich für die Firmenkunden, ein Geschäft, das an das alte Bankierswesen erinnert: den Unternehmen Geld geben, das sie brauchen, um Deutschlands Wohlstand zu sichern.

Fitschen rief dann auch den Kulturwandel bei der Deutschen Bank aus. Aufrichtig sollen alle Mitarbeiter sein. Den Kunden dienen. Langfristig denken, nicht nur an das schnelle Geld.

Ein neues Modell, ein Gegenentwurf zum Schrecken des Anthropologen Luyendijk: no loyality, atomisierte Menschen, Informationen, die auf der Insel bleiben.

Doch die Deutsche Bank stolpert weiter von Skandal zu Skandal, und selbst

wenn dies meist Altsünden sind, die hochkommen, nimmt ihm bisher kaum einer den Wandel ab. Mal kritisiert ihn die Finanzaufsicht in einem bitterbösen Brief, der nach draußen gespielt wird; mal greift Finanzminister Wolfgang Schäuble Fitschen offen an: »Die Kreativität der Banken, die Regulierung zu umgehen, ist weiterhin groß«, sagte der. »Ich weiß ja, dass die Banken meinen, es reiche nun. Aber da sage ich zum Beispiel vor einigen Tagen zu Jürgen Fitschen: Es waren nicht die Staaten, welche die Krise ausgelöst haben. Das war die Finanzbranche! Deshalb kann es kein Ende der Regulierung geben.«

Was war Fitschen wütend! »Die aktuellen Schlagzeigen«, schimpfte er, »haben mit Dingen zu tun, die vor vielen Jahren passiert sind. Wenn man mit solchen Parolen so populistisch Dinge kommentiert, ist das unverantwortlich.« Es war die falsche Antwort.

Und auch an diesem Februartag in Berlin, wo Fitschen reden möchte, nicht streiten, die Menschen für sich einnehmen, da gibt er die falschen Antworten.

Ja, sagt er, mehr Regeln sind gut. Aber nicht nur für uns. Auch für die Amerikaner und Briten.

Und ja, sagt er. Wir müssen uns wandeln. Aber eben nicht nur wir.

Er schaut nur auf die anderen, auf die Briten und Amerikaner, auf Goldman, Barclays und JP Morgan. Wie soll sich was ändern, wenn einer der mächtigsten Deutschen und der wichtigsten Banker der Welt nicht mehr zu bieten hat?

Wie soll das ein Mensch verstehen, etwa einer aus Harsefeld, der einfach nur wissen will, was Fitschen denn nun tun will?

Vielleicht hätte Fitschen besser erklärt, was tatsächlich eine Gefahr ist: Verliert die Deutsche Bank ihr Gewicht in der Welt, herrschen in der Hochfinanz nur noch Briten und Amerikaner, dann hat sich das alte Modell endgültig durchgesetzt.

Und vielleicht hätte Fitschen bei dem Streit Wolfgang Schäuble nicht angreifen sollen, sondern einfach darauf hinweisen, dass er nicht die ganze Wahrheit sagt: Von wegen »Es waren nicht die Staaten, welche die Krise ausgelöst haben!«

•

Wer verstehen will, warum wir der Katastrophe entgegentreiben, sollte den Blick abwenden von den Banken. Es ist so, wie Lenny Fischer sagt, das einstige Wunderkind im Vorstand der Dresdner Bank: »Wir Banker sind weder klug noch machtvoll genug, solch eine Krise alleine anzuzetteln.« Unser Finanzsystem wurde von Bankern ausgenutzt, geschaffen wurde es von der Politik.

Vor 30 Jahren haben die Regierungen in den USA und Großbritannien entschieden, dass ihre Industrie der Zukunft nicht mehr die Autos oder Minen, sondern die Banken sind. Seitdem haben sie alles getan, ihre Fesseln zu lösen. Haben jede Pleite von ihnen ferngehalten. Der Finanzmarkt hat sich nicht selbst entgrenzt, hat sich nicht alleine zum Monster entwickelt, wie Steinbrück und Schäuble und so viele sagen. Die Politik hat ihn dazu gezüchtet.

»Im Grunde«, sagt Fischer, »müssen Sie alle vier, fünf Jahre eine Bank pleitegehen lassen, dass die Banker merken: ›Mist.‹ Und Sie müssen auch Großbanken pleitegehen lassen. Sonntags gehen sie pleite und montags machen sie als staatliche Banken wieder auf. Die Einlagen sind gesichert, die Aktionäre verlieren ihr Geld, die Manager alle Ansprüche. Ein paar Banker werden ärmer, das System bleibt gesund.«

Aber die USA und Großbritannien haben erst in zweiter Linie Interesse am System; sie wollen vor allem eines: ihre Banken schützen und deren Weltherrschaft. Wir erleben den Wettstreit der Kulturen. Hier das europäische System, dort das anglo-amerikanische. Es ist kein Zufall, dass Markus Ferber, der gequälte Regulierer sagt: »Die Briten torpedieren einfach alles.« Die Londoner City ist das Herz der britischen Wirtschaft, wichtiger als für Deutschland die gesamte Autoindustrie.

Und die USA? »Obama war bereit, die Wall Street viel stärker an die Kette zu legen«, sagt Steinbrück. »Aber er ist gegen die massiven Interessen nicht durchgekommen.« Gegen die mächtigste Lobby der Welt. Größter Finanzier im Wahlkampf.

Obama kann es verschmerzen. So eine Finanzkrise trifft sein Land zuletzt. Hat es halt noch mehr Schulden. Wer soll es zwingen, sie je zurückzuzahlen? Das trauen sich nicht mal die Chinesen. Es würde die Welt zerstören. Too big too fail.

Und so ist der Londoner Gipfel von 2009, der »entscheidendste Gipfel«,

gescheitert, weil drei Sätze damals falsch waren:

1) Dass die USA Verantwortung tragen.

Sie müssen es nicht.

2) Dass die Briten aufräumen.

Sie wollen es nicht.

3) Dass wir das Monster zähmen.

Wir Deutschen können es nicht.

•

Ja, sie haben allen Grund, nach dem Gespräch mehr Angst zu haben als vorher, die beiden Manager, die den Alten getroffen haben, zum Gespräch im Hotel, nahe der Bank of England. Alle finsteren Themen haben sie durchgesprochen: Too big to fail. Die Verschuldung der Banken. Die neue Spekulation. Die Rolle der Politik.

»Wir sind nicht am Ende der Krise«, sagt der Alte, »wir sind am Anfang. Wir hauen dem Patienten den Defibrillator drauf, die Paddles. Wir haben nicht verstanden, dass er tot ist. Nur noch zuckt.«

Zahlen, Charts, Einblicke, über eine ganze Stunde hinweg, hoch kompliziert und tief beängstigend. Einer der beiden redet manchmal rein, erschreckt stellt er Fragen, eine so naiv, wie ein Unbeteiligter sie stellen müsste: Warum kehrt man nicht zurück zu dem System des 19. Jahrhunderts, von dem der Alte kurz erzählt hat? Warum keine Rückkehr zur unbeschränkten Haftung, zur Bank, deren Eigner, die Aktionäre mit ihrem Vermögen haften? Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen.

Der Alte lacht. »Das ist nun mal ein radikaler Ansatz«, freut er sich. »Aber das wird die Politik sich nicht trauen.« Und sie fangen an über die Folgen für die Gesellschaft zu diskutieren. Und sie kommen zu demselben Schluss wie Peer Steinbrück: »Die Gefahr ist«, sagt der, »dass bei der nächsten Krise wieder der Steuerzahler haften wird. Das würde eine echte Belastungsprobe für die Demokratie.«

•

Zutritt nur mit Einlasskarte, die Stühle sind abgezählt. Doch so viele

Menschen drängen heran, die Kontrolleurin macht die Tür frei. In der Halle des Wiener Palais Epstein stehen die Menschen am 18. Februar bis vor die Tür, alle wollen hören, was Andreas Mölzer zu sagen hat. Sein Thema: Europa.

Mit Jeans und Sakko sitzt er auf der Bühne, hört sich an, was seine Vorredner zu sagen haben, über den Abstieg der EU, über die Bankengefahr, die Lobbyisten, eine mögliche Inflation. Wie kommt das alles? Mölzer, der Europa-Abgeordnete, hat ein paar Antworten:

Die EU, sagt er, sei doch eine Diktatur, dagegen sei »das Dritte Reich wahrscheinlich formlos und liberal« gewesen. »Weil es sicher nicht so viele Regeln und Vorschriften, Gebote und Verbote gegeben hat.«

Die EU, sagt er, müsse sich fragen, ob sie ein »Negerkonglomerat« sei, beherrscht von »einer Bande von Lobbyisten«.

»Und wir«, ruft er schließlich, »diese bösen rechtspopulistischen Kräfte, die es nun ja überall gibt, sind die einzige und letzte Hoffnung der europäischen Völker.«

Nicken, Applaus. Von Menschen, die vor Kurzem noch nicht den Weg zu ihm gesucht haben: ein Querschnitt durch die Gesellschaft, Tweed-Sakko und Karohemd, Jeans und Pulli, Pelzhut und Seidentuch.

Im Mai ist Europawahl. Wie geht es weiter mit der EU?

Für Europas Rechtspopulisten sieht es gut aus. Der Front National ist stärkste Partei in Frankreich. Alle haben Zulauf, die Dänische Volkspartei, die Lega Nord in Italien, die Freiheitspartei in Holland, in Deutschland die AfD, die den Satz »Schäuble rettet nur die Banken« plakatiert. Mölzers FPÖ wird wohl jeder vierte Österreicher wählen. Platz zwei, nahe an der eins.

Ja, sie sind die Krisengewinnler, sagt Andreas Mölzer, am nächsten Morgen beim Frühstück.

»Das ist der Fluch der Demokratie.« Er schaut sehr entspannt.

»Das mag man für Populismus halten, aber es ist legitim.« Er lächelt.

»Manche sagen, wir würden Ängste schüren, hetzen.« Er schaut unschuldig.

»Ich brauche keine Ängste zu schüren. Die Bedrohung durch die Bankenkrise ist Realität.«

Er muss los, Flug nach Kärnten, Wahlkampf. Das kleine Bundesland muss vielleicht für das Desaster der Hypo Alpe Adria mitbezahlen, sagt Mölzer. »Dann können Sie dort zehn Jahre lang keine Straße reparieren.« Er weiß, was er den Wählern in seiner Heimat sagen wird.

Nur eine Sache, sagt er, mache ihm Sorgen. »Was passiert, wenn wir wirklich in die Verantwortung kämen? Was dann? Weil, wenn man die Bankenfrage mal betrachtet: Was machen wir dann? Da ist man fast froh, wenn man sagt: Wir sind Gott sei Dank nur in der Opposition.«